Münster.1932.№/ Jur. Diss

Die Wiederbelebung der Quantitätstheorie

Jnaugural-Dissertation

zur

Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

einer

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität Münster i. Westf.

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt Jan Bakker
aus Emden in Ostfriesland

Gedruckt bei B. Davids, Emden (Ostfriesland)
1932

Die Wiederbelebung der Quantitätstheorie

Jnaugural-Dissertation

zur

Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

einer

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität Münster i. Westf.

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt Jan Bakker
aus Emden in Ostfriesland

Gedruckt bei B. Davids, Emden (Ostfriesland)
1932

Referent: Prof. Dr. Fr. Hoffmann
Korreferent: Prof. Dr. H. Weber

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorwort.

Aufgabe vorliegender Arbeit war es, einen Vergleich zwischen den alten und den neueren Formulierungen der Quantitätstheorie zu ziehen, um an Hand dieses Vergleiches festzustellen, ob es sich bei diesen neueren Formulierungen nur um eine einfache Wiederbelebung handelt oder ob sie eine Erweiterung der Erkenntnis über die Zusammenhänge zwischen Geldmenge und Güterpreisen bedeuten. Es war nicht beabsichtigt, den alten Streit für und wider die Quantitätstheorie in allen Einzelheiten wieder aufzurollen. Ebenso wenig war eine dogmengeschichtliche Zusammenstellung aller neueren Quantitätstheorien geplant, sondern der Zweck der Arbeit war eine systematische Gegenüberstellung des theoretischen Inhalts der älteren und neueren Fassungen der Quantitätstheorie. Daraus ergab sich von selbst der Aufbau der Arbeit. Der I. Teil behandelt das Wesen der Quantitätstheorie, ihren Begriff, ihre Hauptformulierungen und die wichtigsten Einwendungen gegen sie. Im II. Teil wird das statische Problem der Quantitätstheorie erörtert und an drei typischen neueren Vertretern der Quantitätstheorie gezeigt, wie sie von ihrer Auffassung über das Wesen des Geldes zum Begriff des Geldwertes als Kaufkraft und von dort zur Quantitätstheorie gelangen und wie sie diese formulieren. Der III. Teil beleuchtet das dynamische Problem der Quantitätstheorie. Hier wird der Fortschritt der modernen Fassungen ersichtlich, indem wiederum an Hand der drei als typisch herausgestellten Theorien dargestellt wird, wie von der Konstruktion einer statischen Wirtschaft ausgehend die Quantitätstheorie als Grundlage für die Erklärung der Preisbewegungen in der wirklichen d. h. dynamischen Wirtschaft benutzt werden kann.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, Herrn Professor Dr. Friedrich Hoffmann für die Anregung zu dieser Arbeit und für die vielfache wohlwollende Förderung auch an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ferner bin ich Herrn Professor Dr. Wilhelm Kromphardt für die mir bei der Ausarbeitung erteilten Ratschläge zu besonderem Dank verpflichtet.

Inhalt.

Seite

Problemstellung 1

I. Teil. Das Wesen der Quantitätstheorie 2

1. Kapitel. Begriff und Bedeutung der Quantitätstheorie . . 2

2. Kapitel. Die Hauptformulierungen der Quantitätstheorie . 5

II. Teil. Das statische Problem der Quantitätstheorie 9

3. Kapitel. Die Theorie der Weltgoldmenge 9

4. Kapitel. Die Theorie der Proportionalität der künstlichen Kaufkraftzeichen mit dem Golde 24

5. Kapitel. Die Theorie der indirekten Tauschgüter 34

III. Teil. Das dynamische Problem der Quantitätstheorie 53

6. Kapitel. Die Theorie der gleichmäßigen Expansion . . . 53

7. Kapitel. Die Theorie der rhythmischen Expansion 60

8. Kapitel. Die Theorie der explosiven Expansion 68

Zusammenfassung 80

Literatur 83

Problemstellung.

Der Streit für und wider die Quantitätstheorie ist fast so alt wie die Geldtheorie überhaupt. Man trifft sie auf jeder Stufe der wachsenden Erkenntnis über das Wesen des Geldes. Je tiefer man aber in die komplizierten Zusammenhänge des Geldumlaufs eindringt, desto mehr verliert die Quantitätstheorie an Bedeutung. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ist sie schließlich so verklausuliert, daß man von einer Quantitätstheorie kaum noch reden kann. Da wird sie zu Anfang des 20. Jahrhunderts von einer ganzen Anzahl von Geldtheoretikern zu neuem Leben erweckt.

Sucht man nach der Ursache dieser Wiederbelebung, so findet man zwei Gründe dafür.

Der erste liegt in der Wandlung der Ansichten über das Wesen des Geldes. Sowohl durch den Nominalismus als auch durch die Grenznutzentheorie wird die bisher geltende Erklärung für den Wert des Geldes, der sog. innere Geldwert, mag er nun auf der Waren- oder der Funktionswerttheorie beruhen, abgelehnt. Da das Geld keinen Eigenwert mehr hat, müssen die Bestimmungsgründe für seinen Wert außerhalb liegen, und zwar findet man ihn in dem Austauschverhältnis zwischen Geld und Waren. Dabei sind nur Mengenbeziehungen ausschlaggebend, und damit ist man bei der Quantitätstheorie angelangt.

Der zweite Grund für die Wiederbelebung der Quantitätstheorie ist die gesteigerte Besorgnis um die Stabilität der Währung Man sieht diese von zwei Seiten her gefährdet. Bei den an das Gold gebundenen Währungen fürchtet man, daß die Goldproduktion dem wachsenden Geldbedarf nicht folgen kann, daß also eines Tages zu wenig Geld da sein wird. Bei den freien Währungen hält man eine willkürliche Neuschaffung von Kaufkraft, also ein Zuviel an Geld, für höchst bedenklich. In beiden Fällen muß die Quantitätstheorie die Voraussetzung für den zu führenden Beweis abgeben.

Nun ist es klar, daß man bei einer solchen Wiederbelebung der alten Quantitätstheorie den Fortschritt in der allgemeinen Geldtheorie nicht unbeachtet lassen kann. Man muß die alte Theorie in eine Form bringen, die dem heutigen Stande der Erkenntnis über das Wesen des Geldes entspricht. Wie man das gemacht hat und ob die neue Formulierung richtig ist, soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden.

I. Teil.

Das Wesen der Quantitätstheorie.

1. Kapitel.

Begriff und Bedeutung der Quantitätstheorie.

Ueber die Quantitätstheorie finden sich in der geldtheoretischen Literatur die verschiedenartigsten Ansichten. Während Wicksell behauptet, „daß es neben der Quantitätstheorie keine zweite gibt, welcher der Name einer durchgeführten, in sich zusammenhängenden Theorie des Geldes beigelegt werden könnte“,[1]) sie also als die Geldtheorie schlechthin ansieht, will Schumpeter ihr nur die Bedeutung eines geldtheoretischen Lehrsatzes beimessen[2]); während Altmann schon jede Theorie, „die zwischen der Menge des Geldes und den Geldpreisen eine enge Beziehung derart annimmt, daß eine Geldvermehrung die Preise steigert, eine Verminderung sie senkt“[3]) als Quantitätstheorie anspricht, ist nach Spiethoff[4]) die Annahme eines streng proportionalen Verhältnisses zwischen Geldmenge und Güterpreisen das Kennzeichen der Quantitätstheorie. Dieser Mangel an einheitlicher Beurteilung veranlaßt Amonn in seiner Kritik des Casselschen Systems mit Recht zu der Behauptung: „Die Meinungsverschiedenheit zwischen den heutigen Vertretern der Quantitätstheorie und ihren heutigen Gegnern hat gewöhnlich darin ihren Grund, daß beide an ganz verschiedene Lehrsätze denken“.[5]) Es ergibt sich daraus für die vorliegende Arbeit die Notwendigkeit, zunächst Begriff und Inhalt der Quantitätstheorie festzustellen. Kirmaier bringt in seiner Abhandlung über die Quantitätstheorie[6]) eine Sammlung der verschiedensten Definitionen, um sich zuletzt für diejenige Diehls zu ent-

[1]) Wicksell, Geldzins und Güterpreise, Jena 1908, Seite III.

[2]) Schumpeter, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige, in „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“, 44. Band, Seite 648.

[3]) Altmann, Die Quantitätstheorie, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, III. Auflage, VI. Band, Seite 1257 ff.

[4]) Spiethoff, Die Quantitätstheorie insbesondere in ihrer Verwendbarkeit als Haussetheorie, in „Festgaben für Adolf Wagner zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages“, Leipzig 1905, Seite 249.

[5]) Amonn, Alfred, Cassels System der theoretischen Nationalökonomie, in „Archiv f. Sozialw. und Sozialpolitik“, 51. Band, Seite 329.

[6]) Kirmaier, Karl, Die Quantitätstheorie, Jena 1922.

scheiden, der die Bezeichnung Quantitätstheorie als einen Sammelbegriff für alle diejenigen Theorien ansieht, „die einen innigen Zusammenhang zwischen der Menge des Geldes und der Höhe der Warenpreise behaupten".[1]) Aus dieser weitgehenden Fassung zieht er mit Recht die Folgerung: „So verstanden sind wohl ziemlich alle Geldtheorien auch Quantitätstheorien".[2]) Zum Beweise führt er eine große Anzahl alter und neuer Geldtheoretiker an, die alle den Einfluß der Geldmenge auf die Preise anerkennen.[3]) Aber gerade dadurch zeigt er, daß er ebensowenig wie Diehl, dessen Definition er annimmt, den Kern der Quantitätstheorie erkannt hat. Wenn seine Auffassung, daß ziemlich alle Geldtheorien auch Quantitätstheorien sind, zu Recht bestünde, dann wäre der Begriff „Quantitätstheorie" mindestens überflüssig, wenn nicht sogar sinnlos. Denn eine derartige Benennung hat doch nur Zweck, wenn man dadurch etwas Charakteristisches an einer bestimmten Theorie hervorheben und sie dadurch von anderen unterscheiden will. Was ist nun das Charakteristikum der Quantitätstheorie gegenüber anderen Geldtheorien? Jede Geldtheorie will irgendwie den Wert des Geldes erklären. Das kann auf verschiedene Weise, z. B. durch die Produktionskostentheorie, die Warentheorie oder auch durch die Funktionswerttheorie geschehen. Wenn eine Gruppe von Theoretikern die Anwendung der Wertlehre auf das Geld ablehnt, so bestreiten sie damit selbstverständlich nicht den Geldwert an sich. Es handelt sich vielmehr nur um die Ablehnung des Versuchs, die Gründe für den Wert des Geldes im Gelde selbst zu suchen, weil man diese Erklärungsgründe für den Geldwert nicht anerkennen kann. Man versucht daher auf andere Weise, an das Problem des Geldwertes heranzukommen, und nun tritt die Quantitätstheorie in die Erscheinung. Das typische Kennzeichen der Quantitätstheorie ist nämlich, daß sie einen sog. inneren Geldwert ablehnt[4]) oder wenigstens für unwesentlich hält, und den Wert des Geldes nur aus den damit gekauften Warenmengen ableitet, den Geldwert also als einen Reflexwert bezeichnet. Je mehr Geld den Waren gegenübersteht, desto weniger Ware entfällt auf eine Geldeinheit, d. h. desto weniger „Wert" hat diese. Geldmenge und Geldwert stehen in umgekehrt proportionalem Verhältnis. In diesem Sinne ist die Quantität allein ausschlaggebend für den Geldwert und nur in diesem Sinne ist die Quantitätstheorie als eine

[1]) Kirmaier, a. a. O., Seite 6 und Diehl und Mombert, Ausgewählte Lesestücke zum Studium der pol. Oekonomie: Zur Lehre vom Geld, Seite 7.
[2]) Kirmaier, a. a. O., Seite 6.
[3]) Kirmaier a. a. O., Seite 6—12.
[4]) Vergleiche Wagemann, Ernst, Allgemeine Geldlehre, Band I, Seite 133.

echte anzusehen. Gewiß müssen auch die anderen Geldtheorien den Einfluß der Geldmenge auf die Preise zugeben, aber damit sind sie noch keine Quantitätstheorien. Es kommt auf die Erklärung dieser Einwirkung an, die anf mancherlei Art, so z. B. bei den Warenwerttheoretikern durch die Annahme einer Veränderung in Angebot und Nachfrage,[1]) oder bei den Anhängern der subjektiven Wertlehre durch eine Verschiebung des Grenznutzens erfolgen kann. Die Quantitätstheorie erklärt sie so, daß einer vermehrten Geldmenge die gleiche Warenmenge gegenübersteht, mithin auf eine Einheit Ware eine größere Anzahl Geldeinheiten entfällt, also die Preise steigen müssen. Aus dieser Auffassung heraus schließen wir uns der Definition Spiethoffs an, der die Quantitätstheorie folgendermaßen charakteristiert: „Die Quantitätstheorie läßt den Wert des Geldes unter sonst gleichen Umständen von seiner umlaufenden Menge abhängen. Steigt diese, so fällt sein Wert, vermindert sie sich, so erhöht sich dieser und zwar so, daß Menge- und Wertveränderung in demselben Verhältnis vor sich gehen und der Stand der Preise von der jeweils umlaufenden Geldmenge abhängt."[2]) Man hat diese Fassung der Quantitätstheorie vielfach als die „naive" oder die „mechanische" bezeichnet gegenüber den sog. modifizierten Quantitätstheorien, die den Einfluß irgendwelcher anderen Faktoren als z. B. des Gebrauchswerts, der Produktionskosten, vor allem aber des Geldbedarfs neben der Geldmenge für den Geldwert bestimmend sein lassen. Modifiziert sind diese Theorien im Sinne der allgemeinen Geldtheorie. Ihre Aussagen sind als Einwand gegen die Quantitätstheorie zu werten. Sie sind daher nach der angenommenen Begriffsbestimmung nicht mehr als echte Quantitätstheorien anzusehen, obwohl sie in der Literatur sehr häufig unter dieser Bezeichnung anzutreffen sind. Im Sinne der Quantitätstheorie gibt es eine Modifikation nur hinsichtlich des allein ausschlaggebenden Faktors, nämlich der Quantität. Demnach erscheint es zweckmäßig, bei einer Darstellung des Entwicklungsganges der Theorie, soweit diese für die vorliegende Arbeit erforderlich ist, eine Einteilung nach dem Gesichtspunkt der engeren oder weiteren Fassung der Geldmenge vorzunehmen. Denn es dreht sich bei dem ganzen Problem, um einen Ausdruck Amonns zu gebrauchen, „immer nur um die Definition oder begriffliche Bestimmung der „Quantität", um die es sich handelt".[3])

[1]) Wagemann, a. a. O., Seite 128 und 133.
[2]) Spiethoff, a. a. O., Seite 249.
[3]) Amonn, a. a. O., Seite 330.

2. Kapitel.

Die Hauptformulierungen der Quantitätstheorie.

Will man die charakteristischen Typen in der Entwicklung der Quantitätstheorie herausstellen, so lassen sich drei Stufen in gedanklicher und mit geringer Einschränkung auch in zeitlicher Reihenfolge erkennen, und zwar erstens die Theorie der Münzenmengen, zweitens die Theorie des Münzenvolumens und drittens die Theorie des Geldzeichenvolumens.

Während man bei den ersten Betrachtungen über das Geld den Wert der Edelmetalle für unveränderlich hält und „Wucher, Monopolunwesen, Spekulation, Luxus und Fürkauf für die Ursache der Preissteigerungen ansieht“ [1]), bricht sich infolge der gewaltigen Vermehrung des Goldes und Silbers im 16. Jahrhundert die Erkenntnis Bahn, daß die Ursache für die Veränderung der Preise auf der Geldseite zu suchen sei. Hier liegt die Wurzel der Quantitätstheorie. Die erste Formulierung gibt Davanzati, der den Satz aufstellt, daß alles Gold, Silber und Kupfer in der Welt durch Uebereinkunft der Menschen allen irdischen Gütern gleich sei.[2]) Es ist dies die krasseste Form der Theorie. eine Gegenüberstellung des gesamten Geldmetalls und der gesamten Warenmenge. Typisch ist, daß der Wert des Edelmetalls nicht durch eine Eigenschaft des Stoffes selbst, sondern durch etwas außerhalb Liegendes, nämlich durch die Uebereinkunft der Menschen, begründet wird. Diese Auffassung, die in der Literatur als die Konventionstheorie bekannt ist, wird von Wagemann als Symbolismus und als Vorläufer des Nominalismus bezeichnet, der nach ihm aus demselben Grunde, der Ablehnung des inneren Geldwertes, zur Quantitätstheorie führen muß.[3]) Man setzt also Münzen- und Warenmenge derart in Beziehung, daß eine Vermehrung der Geldmenge ein Fallen der Preise herbeiführt, und zwar ist hierbei zunächst die gesamte vorhandene Geldmenge, nach Davanzati sogar der gesamte Vorrat an Edelmetallen, für die Preisbildung entscheidend. Wir haben diesen Typ die Theorie der Münzenmengen genannt. Er bildet den Ausgangspunkt der Theorie. Die weitere geschichtliche Entwicklung steht unter dem Gedanken der verschiedenen Abgrenzbarkeit der Quanten, die für die Preisbildung in Frage kommen. Unter diesem

[1]) Wagemann, a. a. O., Seite 132.
[2]) Wagemann, a. a. O., Seite 15 und 132.
[3]) Wagemann, a. a. O., Seite 12 und 45 ff.

Gesichtspunkt kann man bei der Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Theorie verschiedene Typen erkennen, die in einer gewissen Weise aufeinander folgen.

So gelangt man z. B. bald zu der Erkenntnis, daß nur das in der Wirtschaft zirkulierende Geld, welches wirklich gegen Waren zum Austausch kommt, und ebenso nur die Waren, die auf den Markt kommen, für den Preisstand Bedeutung erlangen können. Man zieht von der Geldmenge die „Horte" ab. Entscheidend bleibt aber immer nur die Menge des Geldes.

Der zweite charakteristische Typ der Quantitätstheorie, der die Theorie des Münzenvolumens genannt werden soll, bringt neben der Geldmenge einen neuen Faktor in das Problem hinein, nämlich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Es liegt dabei die Beobachtung zugrunde, daß mit demselben Geldstücke mehrere Zahlungen geleistet und mehrere Umsätze bewirkt werden können. Daher kommt es nicht allein auf die Menge, sondern auch auf die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes an. Die Geldmenge multipliziert mit ihrer Umlaufsgeschwindigkeit bestimmt die Preise. Der Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit ist zwar keineswegs ein einheitlicher. Doch kommt es hier nur auf die typische Auffassung ihrer Wirkung an: eine Veränderung der Umlaufsgeschwindigkeit wirkt genau so, wie eine Veränderung der Geldmenge. Es ist dasselbe, ob diese oder jene sich verdoppelt: die Preise müssen in beiden Fällen auf das Zweifache steigen.

Der dritte Typ der Quantitätstheorie, die Theorie des Geldzeichenvolumens, bringt keine grundsätzlich neue Erkenntnis, sondern ist nur die Folge der weiteren Entwicklung des Geldwesens. Sobald neben dem Metallgeld papierene Geldzeichen im Umlauf sind, müssen diese zur Geldmenge hinzugerechnet werden. Es ist nur fraglich, was als Geldzeichen anzusehen ist. Sind es nur die sog. Geldsurrogate, Banknoten oder eigentliches Papiergeld, oder auch alle Arten des Kredits vom umlaufenden Wechsel bis zum Bankkredit? Die Frage ist hier nicht zu entscheiden. Es genügt die Feststellung der Tatsache, daß die Geldmenge durch Einbeziehung sämtlicher Geldzeichen erweitert wird, die multipliziert mit ihrer Umlaufsgeschwindigkeit nunmehr als Geldzeichenvolumen den Waren gegenüber stehen.

Damit ist im wesentlichen der Entwicklungsgang der Quantitätstheorie gekennzeichnet. Es sei jedoch ausdrücklich betont, daß hiermit nur eine schematische Einteilung versucht ist. In dieser reinen Form findet sich die Quan-

titätstheorie äußerst selten. Die meisten Autoren sehen sich unter dem Zwang der Gegenargumente zu allerlei Einschränkungen genötigt, wodurch ihre Theorie zuweilen so verklausuliert wird, daß von einer Quantitätstheorie nicht mehr viel übrig bleibt.[1])

Bei der systematischen Zusammenstellung der wichtigsten Einwände gegen die Quantitätstheorie lassen sich sämtliche Gegenargumente in zwei Gruppen einteilen, erstens in solche, die die Quantitätstheorie grundsätzlich ablehnen, und zweitens in solche, die sich gegen einzelne Ausführungen der betreffenden Theorie richten.

Die erste Gruppe berücksichtigt das statische, die zweite das dynamische Problem. Vom statischen Gesichtspunkt aus werden zur Hauptsache drei Gegenargumente angeführt:

1. der Wert des Geldes richtet sich nach seinen Produktionskosten,
2. das Geld ist eine Ware wie jede andere, sein Wert richtet sich nach Angebot und Nachfrage,
3. das Geld hat zwar keinen inneren Wert, aber es ist eine abstrakte Rechnungseinheit, die juristisch oder wirtschaftspsychologisch bestimmt ist und somit von seiner Menge nicht beeinflußt werden kann.

Die beiden ersten Ansichten ziehen sich durch die ganze Polemik gegen die Quantitätstheorie hindurch, die letzte tritt erst mit der Begründung der nominalistischen Theorie in die Erscheinung.

Die zweite Gruppe der Einwände liegt auf dynamischem Gebiet. Sie richten sich in erster Linie gegen die von der Quantitätstheorie behaupteten Proportionalität zwischen Geldvermehrung und Preisniveau. Auch hier lassen sich drei Hauptpunkte herausstellen:

1. bei einer Geldvermehrung wird nicht alles neue Geld in den Verkehr aufgenommen, sondern nur soweit ein Bedarf dafür vorliegt. Das übrige fließt in private Kassen und Bankreserven, wirkt also nicht auf die Preise.
2. Die Wirkung des neuen Geldes ist verschieden je nachdem, ob es in die Hände der Konsumenten oder der Produzenten gelangt. Bei ersteren wird es mehr die Preise der Konsumgüter, bei letzteren hingegen die Preise der Produktivgüter beeinflussen. Jedenfalls wird eine gleichmäßige Preissteigerung dadurch verhindert.

[1]) Wagemann, a. a. O., Seite 140.

3. Durch das neu hinzutretende Geld kann eine Produktionssteigerung angeregt, die Geldvermehrung durch eine Warenvermehruug ausgeglichen und dadurch einer Preissteigerung entgegengewirkt werden.

Bei der kritischen Betrachtung der neueren Formulierungen der Quantitätstheorie werden wir zu prüfen haben, wieweit diese Einwände gegen sie geltend gemacht werden können. Alle Einwände auf dynamischem Gebiet lassen sich vermeiden durch die bekannte Einschränkung „ceteris paribus". Die Berechtigung dieser Einschränkung ist jedoch umstritten. Es wird daher zu untersuchen sein, ob und inwiefern sie von den neueren Quantitätstheoretikern angewendet wird und ob diese imstande sind, ohne sie das Problem der dynamischen Wirkung der Geldvermehrung zu lösen.

II. Teil.

Das statische Problem der Quantitätstheorie.

3. Kapitel.

Die Theorie der Weltgoldmenge.

Im ersten Teile der Arbeit ist festgestellt worden, daß das Hauptmerkmal einer Quantitätstheorie darin besteht, daß sie den Geldwert aus den Warenmengen, die eine Geldeinheit kaufen kann, ableitet. Es kommt bei der Formulierung der Theorie vor allem auf die Abgrenzung der Geld- und Warenquantitäten an, die einander gegenübergestellt werden. Demgemäß soll bei einer Darstellung der neueren Fassungen der Quantitätstheorie der Versuch gemacht werden, die engere oder weitere Fassung der in Frage kommenden Geldquantität als Einteilungsmaßstab zu nehmen. Danach lassen sich drei verschiedene Theorien feststellen und zwar:

1. die Theorie der Weltgoldmenge,
2. die Theorie der Proportionalität der künstlichen Kaufkraftzeichen mit dem Golde,
3. die Theorie der indirekten Tauschgüter.

Bei der Darstellung der drei Typen soll weniger auf eine Aufzählung aller ihrer Spielarten als vielmehr auf die Herausarbeitung der für sie charakteristischen Züge an einem ihrer Vertreter Gewicht gelegt werden.

Die Theorie der Weltgoldmenge setzt den gesamten Goldvorrat der Welt zum Preisniveau in Beziehung. Sie wird am schärfsten formuliert von Gustav Cassel,[1]) dessen Ausführungen für eine kritische Darstellung der Theorie als Grundlage dienen sollen. Unter der Voraussetzung der gleichbleibenden Umlaufsgeschwindigkeit und des gleichbleibenden Realumsatzes kann man nach Cassel „die Quantitätstheorie dahin formulieren, daß das allgemeine Preisniveau der gesamten Goldmenge direkt proportional ist".[2])

Wie kommt Cassel zu dieser Behauptung? Er geht aus von dem Begriff des Geldes als einer abstrakten Rechnungseinheit. Im Laufe der Entwicklung des Tauschverkehrs ge-

[1]) Gustav Cassel: Theoretische Sozialökonomie, III. Auflage, Erlangen und Leipzig, 1923.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 406.

wöhnt man sich daran, die Werte der verschiedenen Güter zu einem allgemein geschätzten Gut, dem „Standardgut", in Beziehung zu setzen. Man schätzt alle Güter in einem und demselben Gut. Dieses Gut übernimmt die Rolle eines gemeinsamen Nenners für alle Güter und wird dadurch zum Gelde.[1]) Infolge unendlich vieler Schätzungen in diesem Geldgut entwickelt sich eine sogenannte Rechnungsskala, in der das Austauschverhältnis der Güter zueinander festgelegt wird. Diese Rechnungsskala ist durchaus abstrakt. Sie bestimmt nur das relative Austauschverhältnis der Güter, das durch ihre relative Knappheit bedingt ist. Die absolute Höhe der Preise wird festgestellt, indem der Preis eines Gutes in dieser abstrakten Rechnungsskala festgelegt wird. Der Preis dieses Gutes wird ausgedrückt in einem allgemeinen Tausch- oder Zahlungsmittel. Cassel trennt also zwischen dem Gelde als Rechnungseinheit und als allgemeinem Tausch- und Zahlungsmittel. Das Standardgut braucht nicht auch Tausch- und Zahlungsmittel zu sein, es hat nur Bedeutung als Rechnungseinheit für die Rechnungsskala. Für die Höhe der Preise ist das allgemeine Tausch- und Zahlungsmittel entscheidend. In ihm wird der Preis des Standardgutes ausgedrückt und mit der Festlegung dieses einen Preises wird die abstrakte Rechnungsskala zu einer Preisskala. Wie hoch der Preis des Standardgutes und mit ihm der aller anderen Güter ist, richtet sich nach den vorhandenen Zahlungsmitteln, denen autoritativ eine bestimmte Zahlungskraft beigelegt ist. Unterliegt die Menge der Zahlungsmittel, die innerhalb einer Volkswirtschaft dem Gütervorrat gegenübertritt, keiner Beschränkung, so kann die Preisskala nicht stabil bleiben, da dann jeder Preis für Waren und Dienstleistungen geboten werden kann. Die Menge der Zahlungsmittel ist bestimmend für die Höhe der Preise. Damit hat Cassel den Anschluß an die Quantitätstheorie erreicht. Der Geldbegriff ist nicht an irgendeinen Stoffwert gebunden, er ist eine abstrakte Rechnungseinheit, die sich von dem ursprünglichen stofflichen Inhalt gänzlich losgelöst hat. Dieser hat für die Bewertung keine Bedeutung mehr. Da man aber mit einem „abstrakten" Gelde einen Tausch- und Zahlungsverkehr nicht durchführen kann, ist ein allgemeines Tausch- und Zahlungsmittel erforderlich, das mit der abstrakten Rechnungseinheit in Beziehung gesetzt wird, z. B. ein „Ochse" = 100 as, oder 1 kg Gold = 2790.— Mk. Aus welchem Stoff die Zahlungsmittel bestehen, hat nur währungstechnische Bedeutung.

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 39.

Es muß nur für eine gewisse Knappheit gesorgt werden. Denn „wäre ein Zahlungsmittel in unbeschränkter Menge zu haben, könnte offenbar jeder Preis für Waren und Dienste geboten werden.“ [1]) Je mehr Zahlungsmittel vorhanden sind, desto weniger Ware entfällt auf eine Einheit der Zahlungsmittel, desto weniger Wert hat diese. Das Zahlungsmittel erhält seinen Wert nur von außen her durch die Waren, die damit gekauft werden. Nur Mengenbeziehungen zwischen Geld und Waren sind für den Geldwert entscheidend, und damit ist das Charakteristikum für eine Quantitätstheorie gegeben.

Das Wesen des Geldes ist nach Cassel ein doppeltes. Es ist als abstrakte Rechnungseinheit ein Wertmesser und als stoffliches Geld ein Tausch- und Zahlungsmittel. Da die Quantitätstheorie nur mit realen Mengen rechnet, kommt für sie nur Geld in letzterer Eigenschaft in Frage. Wenn im weiteren Verlauf der Darstellung von Geldmengen geredet wird, ist immer Geld im Sinne des Tausch- und Zahlungsmittels zu verstehen. Geld in diesem Sinne ist nach Cassel „jedes allgemeine Zahlungsmittel, das als solches anerkannt wird.“ [2]) Die Knappheit dieses Geldes ist für die Stabilität der Preisskala entscheidend. Um festzustellen, von welchen Umständen die Versorgung einer Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln abhängt, untersucht Cassel daraufhin die verschiedenen Währungssysteme. Er betrachtet zunächst nur das Geld im engeren Sinne, Metallgeld und Papiergeld unter Außerachtlassung der Bankzahlungsmittel und unterscheidet demgemäß zwischen Metallwährung und freier Währung. Bei der Metallwährung sieht er drei Möglichkeiten:

1. es zirkuliert nur ein Zahlungsmittel aus einem Metall. Dann ist bei Vorhandensein reichlicher Zahlungsmittel der Münzwert gleich dem Metallwert. Unter diesen kann er nicht sinken. Bei einer Knappheit an Zahlungsmitteln steigt der Wert der Münze über ihren Materialwert.
2. Es sind zwei Zahlungsmittel aus verschiedenem Metall mit gesetzlicher Zahlungskraft, A und B, vorhanden, von denen A den größeren Materialwert hat. Hier sind zwei Fälle möglich. Ist B in hinreichender Menge vorhanden, so ist der Münzwert gleich dem Materialwert von B. Bei einer hinreichenden Knappheit von B, ist der Münzwert höher als der Metallwert B. Sind beide Zahlungsmittel knapp, so

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 399.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 345.

kann der Münzwert sogar über den Materialwert A hinausgehen.

3. Bei einem Vorhandensein von mehreren Zahlungsmitteln verschiedener Qualität und reichlicher Zahlungsmittelversorgung richtet sich der Münzwert nach dem Metallwert des letzten Zahlungsmittels, das für den Verkehr erforderlich ist. Die Münzen mit höherem Metallgehalt werden dem Verkehr entzogen.[1])

Diese drei Sätze geben Cassel die Unterlage für eine Untersuchung über die Probleme der Münzzirkulation, die aber in diesem Zusammenhang unwesentlich ist. Die geschichtliche Entwicklung hat zur Goldwährung geführt, d. h. „daß nur Goldmünzen mit unbeschränkter Zahlungskraft und mit freier Prägung ausgeprägt werden".[2]) Der Name „Goldwährung" ist nach Cassel so aufzufassen, daß Gold das Währungsmetall ist, nicht die Preiseinheit der Währung. Die Preiseinheit ist z. B. bei der deutschen Währung die Mark. Die Markwährung ist aber nur eine abstrakte Rechnungsskala. Diese wird dadurch fixiert, daß der Preis für eine Ware, das Gold, festgelegt wird. Aus einem kg Gold werden 279 Zehnmarkstücke ausgeprägt, sodaß der Preis für 1 kg Gold 2790.— Mark beträgt. Bei freiem Prägerrecht ist, wie unter 1 festgestellt wurde, der Münzwert gleich dem Metallwert. Die geringen Abweichungen, die durch die Technik der Ausprägung bedingt werden (Remedium, Schlagschatz), können unberücksichtigt bleiben. Ebenso spielen die Scheidemünzen, die nur in beschränktem Maße in den Verkehr kommen, für die Preisbildung keine Rolle. Die Stabilität der Preisskala bei einer reinen Metallwährung ist abhängig von der Knappheit des Münzmetalls, in dem angeführten Beispiel von der Knappheit des Goldes. Diese ist durch objektiv gegebene Verhältnisse, durch den Vorrat und die Produktion an Gold, bestimmt.

Das ist nicht der Fall bei einer freien Währung, die nicht an ein Metall gebunden ist. Hier bestimmt der Staat die Knappheit der Zahlungsmittel. Besteht dieses aus Metall mit gesperrter Prägung, so ist sein Wert nach unten hin durch den Materialwert begrenzt, nach oben hin ist der Bedarf an Zahlungsmitteln entscheidend. Bei großer Knappheit liegt der Münzwert weit über dem Materialwert. Die Regelung des Preises liegt in der Hand des Staates, der ein Ausgabemonopol hat. Bei einer reinen Papierwährung

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 349.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 358.

bestimmt ebenfalls der Staat die ausgegebene Menge. Wird zuviel Papiergeld ausgegeben, so ist die Stabilität der Preisskala gefährdet. „Die Rechnungseinheit wird entwertet, die Preise steigen".[1])

Zwei Faktoren bestimmen nach Cassel die Knappheit der Zahlungsmittel bei einer reinen Papierwährung, die Menge des Papiergeldes und der Bedarf an Zahlungsmitteln innerhab der betreffenden Volkswirtschaft.[2]) Der Staat hat die Stabilität der Preisskala in der Hand, da er die Menge des Papiergeldes bestimmen kann.

Dieser Fall ist aber nur eine theoretische Konstruktion, da in einer modernen Volkswirtschaft nie Papiergeld allein, sondern daneben noch viele andere Zahlungsmittel, z. B. Banknoten, Depositen und Scheckguthaben, im Umlauf sind. Auch sie üben die Geldfunktion aus, können die Stabilität der Preisskala beeinflussen. Es muß daher auch für ihre Knappheit gesorgt werden. Wie kann das geschehen? Um die Bedingungen dafür festzustellen, untersucht Cassel zunachst das Zustandekommen der Depositen. Sie entstehen durch die Zentralisierung der Kassenhaltung in den Banken, die Cassel in vier Stufen entwickelt. In der ersten Stufe übertragen verschiedene Einzelwirtschaften ihre Kassenvorräte einer Bank und lassen sich je nach Bedarf von ihrem Vorrat ausbezahlen. Da nicht alle Wirtschaften gleichzeitig Geld abheben, kann der Geldvorrat der Bank kleiner sein als der Gesamtbetrag der Kassen der Einzelwirtschaften. Je mehr Einzelwirtschaften sich an diesem Bankzahlungsverkehr beteiligen, desto kleiner ist der Bedarf an zirkulierendem Gelde. Dieser ist somit abhängig von den Zahlungsgewohnheiten innerhalb einer Volkswirtschaft. Die Schwankungen im Geldbedarf werden durch einen Reservevorrat der Banken ausgeglichen. Das Ergebnis drückt Cassel auf zweifache Weise aus: „es kann bei gegebener Geldmenge eine gesteigerte Zahlungsleistung bewältigt werden" oder „die Konzentrierung der Kassenhaltung verringert die Knappheit des Geldes".[3]) Da die Banken nicht alle eingezahlten Gelder für ihre Kunden zur Verfügung zu halten brauchen, können sie den Ueberschuß über die durchschnittlich beanspruchten Barmittel gewinnbringend anlegen. Diese Geldmengen werden Kapitalanlage; ebenso sind die als Sparguthaben eingezahlten Summen als Kapitalanlagen anzusehen. Sie werden daher von Cassel als Geld ausgeschaltet. Depositen sind nach ihm nur die Guthaben,

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 364.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 364.
[3]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 369.

über die mittels Schecks verfügt werden kann.[1]) Damit ist schon die zweite Stufe der Entwicklung erreicht. Durch die Einrichtung des Scheckverkehrs wird es möglich, Zahlungen ohne Benutzung von Bargeld, nur durch Ueberschreibung von einem Konto auf das andere, zu leisten. Abgesehen von der Möglichkeit, den Scheck selbst durch Weitergeben als Zahlungsmittel zu benutzen, bringt seine Einführung wiederum eine Verringerung der Zahlungsmiltelknappheit mit sich. Wenn nun noch die Banken untereinander die ihnen zum Inkasso übergebenen Schecks aufrechnen, wird noch mehr Bargeld gespart. Dieses Ausgleichsverfahren, das Clearing, ist nach Cassel die dritte Entwicklungsstufe. Die vierte Stufe wird erreicht dadurch, daß alle Banken einer Volkswirtschaft ihre über den täglichen Bedarf hinausgehenden Kassenbestände einer einzigen Bank, der Zentralbank, übergeben. Das Clearing vollzieht sich jetzt durch Giroverkehr mit der Zentralbank. Auf diese Weise vollzieht sich der Scheckverkehr vollständig bargeldlos. Die Zentralbank kann allerdings von den ihr übergebenen Geldsummen nur einen kleinen Teil als Kapital anlegen, da sie allen Anforderungen, die aus der gesamten Volkswirtschaft nach Bargeld erhoben werden und die bei ihr zusammenlaufen, bei jeder Konjunkturlage gewachsen sein muß. Immerhin ist auch durch diesen Schritt eine weitere Ersparnis an Bargeld ermöglicht. Die wichtigste Folgerung, die Cassel aus seiner Schilderung des Zustandekommens der Depositen und der weiteren Entwicklung des Scheckverkehrs zieht, ist die Erkenntnis, daß „die Depositen den Charakter von selbständigen, das Geld ersetzenden Zahlungsmitteln bekommen.“[2]) Es erscheint verständlich, daß sie bei einer Gegenüberstellung von Geld- und Warenmengen berücksichtigt werden müssen, da sie die Knappheit des Geldes wesentlich verringern oder umgekehrt den Zahlungsmittelvorrat vergrößern. Nach der bisher gegebenen Schilderung ist die Schaffung der Depositen durch die Einzahlungen der Kunden bei den Banken ermöglicht. Die Versorgung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln wäre mit dem Ausbau der geldsparenden Einrichtungen abgeschlossen, wenn nicht noch auf andere Art Depositen geschaffen werden könnten. Dies kann nach Cassel dadurch geschehen, daß die Banken ihren Kunden ein Kreditkonto eröffnen, ohne daß darauf Einzahlungen erfolgt sind. Ueber dieses Kreditkonto kann ebenfalls durch Scheck verfügt werden. So werden neue Depositen ge-

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 369.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 371.

schaffen, die als Zahlungsmittel genau so wie die durch Einzahlungen entstandenen fungieren. Die Banken können jedoch nicht willkürlich diese Neuschaffung ausdehnen, da sie immer damit rechnen müssen, daß die Depositen in Bargeld eingelöst werden können. Nach Cassel pflegt mit dem Anwachsen der Depositen auch der Bedarf an Bargeld zu steigen. Die erhöhten Anforderungen können nur aus den Barreserven der Banken befriedigt werden, sodaß diese Reserven die äußerste Grenze für die Ausdehnung des Depositenverkehrs bilden, da sie immer in einem bestimmten Verhältnis zu den Depositen vorhanden sein müssen. Das Eindämmen der Kreditansprüche besorgen die Banken durch Verschärfung ihrer Vorschußbedingungen, insbesondere durch Erhöhung des Diskontsatzes. Dadurch wird die Knappheit der Depositen verbürgt.

Neben dem Depositengeld gibt es ein anderes Bankzahlungsmittel, das im Zahlungsverkehr einer Volkswirtschaft weit mehr in die Erscheinung tritt, es sind die Banknoten. Cassel muß auch für sie die Bedingungen ihres Entstehens und ihrer Begrenzung feststellen. Wie die Depositen, so werden auch die Banknoten von den Banken geschaffen. Ursprünglich entstehen sie unter denselben Bedingungen wie jene, sie sind eine Bescheinigung der Bank über eingezahltes Geld. Da sie auf den Inhaber lauten, können sie viel leichter in die Zirkulation gelangen als ein Scheck, zumal sie auf abgerundete Beträge ausgestellt sind und als Zahlungsversprechen einer großen Bank allgemeines Vertrauen genießen.[1]) Sie kommen nach Cassel in ihrer Eigenschaft als Zahlungsmittel dem Gelde am nächsten, werden aber erst Geld, wenn die Bank sie nicht mehr in Geld einzulösen braucht. Da sie aber immer die Rolle des Geldes ausüben, müssen sie in die umlaufende Geldmenge einbezogen werden. Solange sie nur das in den Banken lagernde Geld vertreten, können sie den Zahlungsmittelvorrat nicht vermehren. Aber genau so wie die Depositen können sie als Kredit in den Verkehr gelangen. Die Zentralbanken können Noten über die bei ihnen deponierten Geldbeträge hinaus abgeben, indem sie Forderungen ihrer Kunden diskontieren. Damit durch diese vermehrte Notenausgabe die Knappheit der Zahlungsmittel nicht aufgehoben wird, muß sie irgendwie begrenzt werden. Dies geschieht nach Cassel bei Einlösungspflicht der Banken durch die erforderliche Barreserve, die stets in einem bestimmten Verhältnis zu der ausgegebenen Notenmenge

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 379.

vorhanden sein muß. Außerdem ist meistens die Notenausgabe gesetzlich geregelt. Die nicht in bar gedeckten Noten sind kontingentiert, wie z. B. in England, oder sie sind in ein festes Verhältnis zum Barvorrat gesetzt, wie es in Deutschland der Fall ist. Eine absolute Sicherheit gegen eine übermäßige Vermehrung der Bankzahlungsmittel gewähren nach Ansicht Cassels diese Systeme nicht, da sie ebenso durch Gesetz wieder aufgehoben werden können. Die Begrenzung durch die Deckungsvorschriften ist für die Banken nur für außerordentliche Anforderungen anwendbar. Um auch den erhöhten Ansprüchen in Krisenzeiten gewachsen zu sein, müssen sie in normalen Zeiten einen weit größeren als den gesetzlichen Barvorrat halten. In Wirklichkeit müssen nach Cassel die Banken die Banknotenmenge auf andere Art begrenzen, und zwar regeln sie die Anforderungen wie bei den Depositen durch ihre Vorschußbedingungen, d. h. im wesentlichen durch den Diskontsatz. Drei Faktoren sind nach Cassel bei der Untersuchung über die Begrenzung der Bankzahlungsmittel zu berücksichtigen: die Rückströmung, die Deckung und der Zins. Die regelmäßige Rückströmung der Bankzahlungsmittel wird dadurch gewährleistet, daß diese nur als kurzfristige Vorschüsse mit festen Fälligkeitszeiten in Umlauf gesetzt werden.[1]) Die Rückströmungsgeschwindigkeit ist abhängig von der Dauer der Umlaufszeiten und von dem Verhältnis zwischen der Gesamtsumme der Vorschüsse und den täglich fälligen Rückzahlungen. Das letzgenannte Verhältnis bezeichnet Cassel als die Liquidität der Aktiva.[2]) Um auf die Zahlungsmittelversorgung einen wirksamen Einfluß ausüben zu können, müssen die Banken eine möglichst große Liquidität und eine möglichst hohe Rückströmungsgeschwindigkeit erstreben, d. h. die Kredite müssen kurzfristig, und die Summe der Bankzahlungsmittel muß im Verhältnis zu den Gesamtvorschüssen möglichst klein sein.[3]) Dadurch sind die Banken in der Ausgabe von Bankzahlungsmitteln beschränkt. Eine weitere Beschränkung ist durch die Deckung, die für die Vorschüsse als Sicherheit dient, gegeben. Eine wirksame Begrenzung kann aber nach Cassel „nur die Produktion, nicht das Vermögen der Volkswirtschaft“[4]) garantieren. Mit anderen Worten, nicht die Lombardierung von Wertpapieren, sondern die Diskontierung von Wechseln soll die Grundlage für die Ausgabe

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 386.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 386.
[3]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 388.
[4]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 393.

von Bankzahlungsmitteln bilden, oder: nicht festes, sondern bewegliches Realkapital ermöglicht die Rückströmung. Letzteres wird nach Cassel durch den Warenwechsel vertreten, der auf jeder Stufe des Produktionsprozesses anzutreffen ist. Die Bank stellt, indem sie den Wechsel diskontiert, dem Käufer einer Ware die nötige Kapitaldisposition für die Zeit, in der die Ware seinen Betrieb durchläuft, zur Verfügung.[1]) Dadurch, daß die Bankzahlungsmittel nur durch kurzfristige Wechsel, diese wieder durch das im Produktionsprozeß befindliche bewegliche Realkapital gedeckt sind, kann sich die Zahlungsmittelversorgung dem jeweiligen Umfang der Produktion anpassen und findet durch ihn seine natürliche Begrenzung. Nun sieht Cassel sehr wohl, daß in der Wirklichkeit eine Kontrolle darüber, ob der Wechsel durch bewegliches oder festes Kapital gedeckt ist, kaum möglich ist. Falls die Vorschußbedingungen günstig sind, ist die Nachfrage nach Kapitaldisposition praktisch unbegrenzt und die Tendenz vorhanden, die von den Banken geschaffenen Zahlungsmittel als festes Realkapital anzulegen. Hier muß der Bankzins regelnd einsetzen. Der Kapitalmarkt ist im Gleichgewicht, wenn sich der wirkliche Zins mit dem natürlichen Zins deckt. Letzterer ist so hoch, daß die durch ihn geschaffene Nachfrage nach Kapitaldisposition durch das Angebot befriedigt wird. Ohne die Schaffung künstlicher Kaufkraft durch die Banken würde dieses Gleichgewicht immer wieder von selbst zustande kommen, indem ein zu niedriger Zinssatz durch verstärkte Nachfrage nach Kapitaldisposition zum Steigen, ein zu hoher durch vermehrtes Kapitalangebot zum Sinken gebracht würde. Aber auch die Schaffung künstlicher Kaufkraft durch die Banken wird nach Ansicht Cassels „durch das Hervortreten entgegenwirkender Kräfte“ [2]) ausgeglichen. Kommen infolge des zu niedrigen Diskontsatzes größere Mengen Bankzahlungsmittel in den Verkehr, so wird zunächst der Markt für kurzfristige Darlehen flüssig, von hier erstreckt sich die Wirkung auf den Markt für „langfristige oder beständige Kapitaldispositionen.“ [3]) Der billige Anlagekredit veranlaßt eine verstärkte Investierung, wodurch eine Produktionssteigerung an festem Realkapital hervorgerufen wird. Dies verstärkte Angebot an Realkapital müßte nach Cassel normalerweise den Zins zum Sinken bringen.[4]) Da er aber schon zu niedrig war, ist nunmehr bei gleich-

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 390.
[2]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 396.
[3]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 396.
[4]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 397.

bleibendem Zins das Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt wiederhergestellt. Gleichzeitig ist auch die vermehrte Ausgabe von Bankzahlungsmitteln zum Stillstand gekommen. Erst wenn der Zinssatz nochmals gesenkt wird, lebt die gesteigerte Nachfrage nach ihnen wieder auf, und es vollzieht sich das eben beschriebene von neuem mit demselben Ergebnis. Wie lange das fortgesetzt werden kann, sagt Cassel nicht; wichtig ist für ihn die Feststellung, daß die Wirkung der ersten Zinssenkung in der Annahme, daß die Banken es dabei bewenden lassen, darin besteht, „daß der Kapitalmarkt von einer Gleichgewichtslage in eine andere übergeführt ist, wo größerer Kapitalreichtum und niedrigerer Zinsfuß herrschen, und daß gleichzeitig eine Vermehrung der Bankzahlungsmittel stattgefunden hat.“ [1]) Eine weitere Wirkung, die Cassel hier nicht erwähnt, ist ein erhöhtes Preisniveau. Nach seinen bisherigen Ausführungen ist aber anzunehmen, daß er sich darüber klar ist. Denn nur so ist die vom ihm beschriebene künstlich verstärkte Kapitalproduktion, „die erzwungene Erhöhung der volkswirtschaftlichen Sparsamkeit“ [2]) verständlich. Infolge der vermehrten Bankzahlungsmittel steigen nämlich die Preise, das Realeinkommen der Konsumenten mit festem Nominaleinkommen wird zugunsten der Produzenten, denen die vermehrten Bankzahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden, verkleinert. Die Folge ist das erzwungene Sparen. Für Cassel ist in diesem Zusammenhange das wichtigste Ergebnis, daß die Banken durch ihre Zinspolitik die Knappheit der Zahlungsmittel regulieren können. Zusammenfassend sei festgestellt, daß nach Cassels Untersuchungen die Begrenzung der drei Arten von Zahlungsmitteln auf folgende Weise ermöglicht wird:

Bei dem reinen Metallgeld durch den Metallvorrat, beim Depositengeld durch die Rücksicht auf die ständige Liquidität, bei den Banknoten äußerlich durch gesetzliche Bestimmungen (Dritteldeckung), in Wirklichkeit aber auch nur durch Liquiditätserwägungen, da die Einlösungspflicht und die Deckungsvorschriften, wie aus der früheren Darstellung Cassels hervorgeht, nur die äußerste Grenze nach oben hin bilden. Wenn die Noten Zwangskurs haben, können sie nach Ansicht Cassels unbegrenzt vermehrt, bei einer reinen Papierwährung auch unbegrenzt verringert werden.[3]) Das Mittel, welches bei jeder Begrenzung angewandt wird, ist der Zins. „Mit ihm kann die Zentralbank

[1]) Gustav Cassel, a. a. O., Seite 397.
[2]) a. a. O., Seite 397.
[3]) a. a. O., Seite 398.

die ganze Zahlungsmittelversorgung nach Belieben regulieren."[1]) Um nun einen Gleichgewichtszustand zwischen Kapitalangebot und -Nachfrage aufrecht zu erhalten, müßte der wirkliche Zins gleich dem „Realzins" oder natürlichem Zins sein. Da es den in Wirklichkeit nicht gibt, orientieren in der Praxis die Banken ihre Zinspolitik nach dem Goldpreis, d. h. sie bemühen sich, „einen innerhalb gewisser Grenzen festen Goldpreis aufrechtzuerhalten."[2]) Das läuft nach Cassel auf eine Regulierung des allgemeinen Preisniveaus hinaus, oder anders ausgedrückt, die Stabilhaltung des Geldwertes bildet die Richtlinie für die Zinspolitik der Banken.

Damit ist Cassel bei dem Kernproblem, der Bestimmung des Geldwertes angelangt. Er hat festgestellt, daß die Preisskala nur bei Begrenzung des Zahlungsmittelvorrates stabil bleiben kann, und hat die Bedingungen für diese Begrenzung aufgezeigt. Er kann sich aber mit dieser allgemeinen Feststellung nicht begnügen, sondern er muß den quantitativen Zusammenhang zwischen Geldwert und Geldmenge näher bestimmen. Zu diesem Zwecke bedarf er einer Definition des Geldwertes. In seiner allgemeinen Theorie hat er den Wert eines Gutes mit dem Preise identifiziert. Das ist beim Gelde unmöglich, da „der Preis einer Geldeinheit immer gleich eins ist."[3]) Um den Wert des Geldes zu finden, muß man untersuchen, welche Mengen an Gütern und Dienstleistungen für eine Einheit zu kaufen sind. Ein Steigen der Warenpreise bedeutet ein Sinken des Geldwertes. Cassel kann daher „den Geldwert als den reziproken Wert des allgemeinen Preisniveaus definieren."[4])

Um den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Geldwert ziffernmäßig auszudrücken, greift er auf die Formulierung der alten Quantitätstheorie zurück. Die älteste Form, die Gegenüberstellung der gesamten Geldmenge und der gesamten Warenmenge, kann er nicht annehmen. Er gelangt mit Hume zu der Einschränkung, daß nur das zirkulierende Geld und die Waren, die auf den Markt kommen, für das Preisniveau bestimmend sind, und kleidet dies in die Formel: $TP = M$, wobei T die Gesamtmenge der auf den Markt kommenden Waren, P das Preisniveau und M die zirkulierende Geldmenge bedeutet. Diese Gleichung ist nach Cassel nur für einen bestimmten Zeitpunkt aufzustellen, da „Warenmenge und Geldmenge nur in einem

[1]) a. a. O., Seite 398.
[2]) a. a. O., Seite 398.
[3]) a. a. O., Seite 401.
[4]) a. a. O., Seite 401.

bestimmten Augenblick gedacht werden können".[1]) Dann sei aber nicht einzusehen, weshalb gerade in diesem Augenblick die Gesamtmenge des Geldes die Gesamtmenge der Waren kaufen solle. Der Umsatz braucht Zeit; es ist daher seiner Ansicht nach die Ausdehnung der Untersuchung auf eine bestimmte Zeitperiode erforderlich. Dann ist es erklärlich, daß alle zum Verkauf gelangenden Waren mit dem in der Zirkulation befindlichen Gelde umgesetzt werden müssen. Dabei ergibt sich aber die Möglichkeit, daß die einzelnen Zahlungsmittel mehrere Male zu Zahlungen benutzt werden. Es tritt die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in Erscheinung, die bei der Formulierung zu berücksichtigen ist. In der Annahme, daß mit jedem Geldstück die gleiche Anzahl von Zahlungen geleistet wird, würde die Formel der Quantitätstheorie nunmehr TP = MV sein. „V ist die Anzahl der Zahlungen, die mit jedem Geldstück geleistet werden".[2]) In das T müssen nach Cassel nicht nur die Warenzahlungen sondern alle Zahlungen der Periode überhaupt einbezogen werden. Der Begriff V entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit, sodaß Cassel sich zu einer näheren Erklärung gezwungen sieht. Die Zahlungsleistung der Geldstücke ist nicht gleich; sie kann ausgedrückt werden durch das Produkt mv, wobei m den Nennwert des Geldstücks, v die Anzahl der mit ihm geleisteten Zahlungen bezeichnet. Die Summe Σmv ergibt dann die Gesamtzahlungsleistung der Geldmenge. Die Quote zwischen dieser Gesamtsumme und der Gesamtgeldmenge (M) ist nach Cassel die Definition für eine durchschnittliche Umlaufsgeschwindigkeit, sodaß also $V = \frac{\Sigma mv}{M}$ ist. Für M muß Cassel dabei voraussetzen, daß die Geldmenge, die auf einen bestimmten Augenblick bezogen werden muß, in der Periode sich nicht verändert. Das stimmt wieder nicht mit der Wirklichkeit überein. Er hilft sich, indem er „statt der wirklichen Periode eine fiktive setzt, wo alle Verhältnisse konstant geblieben sind".[3]) Das ist aber gleichbedeutend mit der Anwendung der bekannten Einschränkung „ceteris paribus", die er später verurteilt. Die Umlaufsgeschwindigkeit bezeichnet er deshalb als selbständigen Faktor des Preisbildungsproblems, weil sie durch außerhalb des Problems liegende Tatsachen, die Höhe der Kassenhaltung, die Bevölkerungsdichtigkeit, den Entwicklungsgrad der Tauschwirtschaft und des Transportwesens, bestimmt wird.[4])

[1]) a. a. O., Seite 402.
[2]) a. a. O., Seite 402.
[3]) a. a. O., Seite 403.
[4]) a. a. O., Seite 403.

Gleichwohl gibt er zu, daß sie auch von der Geldmenge oder dem Preisniveau her beeinflußt werden kann. In dieser Form hat nach Cassel die Quantitätstheorie zwar einen positiven Inhalt, nämlich den, „daß die vorhandene Geldmenge eine bestimmte Zahlungsleistung hervorzwingt, und daß das Preisniveau sich dem anzupassen gezwungen ist“,[1]) aber selbst bei der Annahme, daß die Umlaufsgeschwindigkeit konstant bleibt und nur die Geldmenge das Preisniveau beeinflußt, ist die Frage nach den Bestimmungsgründen des Preisniveaus nicht gelöst. Man muß dieses auf objektiv gegebene Faktoren zurückführen können. Mit der Annahme, daß nur das zirkulierende Geld die Preisbildung beeinflußt, kann Cassel nichts anfangen, da diese Größe vollständig unbestimmt ist. Sie ist von den in Kassen und Banken vorhandenen Reserven nicht zu trennen. Im Gegensatz zu der ersten Annahme bestimmt sogar erst die Höhe des Preisniveaus, wieviel von diesen Vorräten in die Zirkulation gelangen soll. Man muß nach Ansicht Cassels die gesamte Geldmenge zum Preisniveau in Beziehung bringen, wenn man dieses auf objektiv gegebene Bestimmungsgründe zurückführen will. In der Formel TP = MV ist dann M die gesamte Geldmenge. Wenn T und V konstant bleiben, sind also P und M direkt proportional. Es kommt nun darauf an, festzustellen, wodurch diese Geldmenge M objektiv bestimmt wird. Am einfachsten ist das bei einer reinen Papierwährung möglich. Hier wird die ausgegebene Geldmenge vom Staate fixiert. Liegt die Papiergeldausgabe in der Hand der Banken, so ist die Begrenzung der ausgegebenen Banknotenmenge, wie von Cassel bereits festgestellt ist, durch die Vorschußbedingungen der Banken gegeben. Auch in diesem Falle ist die Geldmenge objektiv bestimmt. Das ist bei der Goldwährung nicht möglich. Hier steht die Größe der Geldmenge nicht fest, da sie im Verhältnis zum gesamten Goldvorrat nicht fest abgegrenzt ist;[2]) „vielmehr wandert das Gold vom nicht-monetären Goldvorrat zum monetären über und umgekehrt.“ Hierbei kann die Höhe des Preisniveaus primär den Geldbedarf steigern, mithin eine vermehrte monetäre Verwendung hervorrufen. Um für den Fall der Goldwährung das Preisniveau auf objektive Bestimmungsgründe zurückführen zu können, muß Cassel es mit dem gesamten Goldvorrat, dem monetären wie dem nicht-monetären, die nicht zu trennen sind, in Beziehung setzen. Bei der Formulierung TP = MV ist jetzt M die gesamte Goldmenge, V die Zahlungsleistung pro Einheit dieser

[1]) a. a. O., Seite 404.
[2]) a. a. O., Seite 405.

Goldmenge, also die Umlaufsgeschwindigkeit. Indem er auch hier T und V als gleichbleibend annimmt, kann Cassel „die Quantitätstheorie dahin formulieren, daß das allgemeine Preisniveau der gesamten Goldmenge direkt proportional ist.“ [1]) Diese Formulierung gilt aber nur für den Fall, daß alle Zahlungen in Geld, d. h. bei Goldwährung in Bargeld, geleistet werden. Laufen daneben auch Banknoten und Schecks um, so will Cassel die von ihnen bewirkten Zahlungen zu den mit Geld geleisteten Zahlungen addieren. Er kleidet das in die Formel $TP = Z_1 + Z_2 + Z_3$. Dabei sind Z_1, Z_2 und Z_3 die Beträge der Barzahlungen, der Zahlungen durch Banknoten und der Zahlungen durch Schecks. Z_1, Z_2 und Z_3 lassen sich auflösen in M_1V_1, M_2V_2 und M_3V_3, wobei M_1, M_2 und M_3 die Gesamtbeträge des Geldes, der Banknoten und der Bankdepositen, V_1, V_2 und V_3 die Zahlungsleistung pro Einheit derselben bedeuten. Wenn wieder die Umlaufsgeschwindigkeit und der Realumsatz als gleichbleibend angenommen werden, sind $M_1 + M_2 + M_3$ dem Preisniveau P proportional oder, um die Ausdrucksweise Cassels zu gebrauchen, „die Schwankungen des allgemeinen Preisniveaus sind auf drei Veränderliche zurückgeführt, nämlich die Geldmenge, die Notenzirkulation und die Menge der Depositen“. [2]) Durch die Erwägung, „daß die Menge der Banknoten und Depositen bei gegebener Geldmenge gemeinschaftlich durch die Vorschußbedingungen der Banken reguliert werden“, gelingt es Cassel, diese drei Faktoren auf zwei zurückzuführen, auf die Vorschußbedingungen der Banken und die zirkulierende Geldmenge. [3]) Wie bereits festgestellt ist, muß statt dieser der gesamte Goldvorrat eingesetzt werden, sodaß nunmehr die Schwankungen des Preisniveaus bei gleichbleibendem Realumsatz bestimmt werden durch die gesamte Goldmenge und die Vorschußbedingungen der Banken, sowie auch durch die Ausnutzung der Zahlungsmittel. [4]) Dieser letzte Nachsatz ist das Wichtigste bei der ganzen Formulierung. Wenn Cassel jetzt zur ursprünglichen Formulierung der Quantitätstheorie zurückgeht und in die Gleichung $TP = MV$ nunmehr M als die gesamte Goldmenge und V als die gesamte Zahlungsleistung in der Einheitsperiode pro Einheit dieser Goldmenge einsetzt, dann ist auf dieses V ganz besondere Aufmerksamkeit zu verwenden. Deshalb mögen die drei folgenden Sätze wörtlich zitiert werden:

[1]) a. a. O., Seite 406.
[2]) a. a. O., Seite 406.
[3]) a. a. O., Seite 406.
[4]) a. a. O., Seise 407.

„Die wichtigsten Faktoren in dieser relativen Zahlungsleistung — also in V[1]) — sind offenbar der mehr oder weniger ausgedehnte Gebrauch von Bankzahlungsmitteln und die damit in Zusammenhang stehende Ausnutzung der Goldreserven der Banken sowie auch des gesamten Goldvorrats für Zahlungszwecke. Diese beiden Faktoren werden in jedem Augenblick wesentlich von den Vorschußbedingungen der Banken bestimmt. Daneben kommen die Schwankungen der Ausnutzung der verschiedenen Zahlungsmittel in Betracht. Ist die genannte relative Zahlungsleistung in den beiden zu betrachtenden Fällen dieselbe, so folgt, daß das allgemeine Preisniveau dem gesamten Golvorrat proportional ist". [2])

Dagegen ist nichts zu sagen, nur ist wohl zu beachten, daß Cassel die Zahlungsleistung der Bankzahlungsmittel hier als eine verstärkte Ausnutzung des Goldvorrats mithin als dessen Umlaufsgeschwindigkeit einsetzt. Wenn die Umlaufsgeschwindigkeit des Goldes so aufgefaßt und als gleichbleibend angenommen wird, dann kann man wohl das allgemeine Preisniveau zum gesamten Goldvorrat in Beziehung setzen.

„Ueber die Richtigkeit der in diesem Paragraphen formulierten Sätze soll an dieser Stelle noch kein Urteil gefällt werden" sagt Cassel anschließend. Es muß festgestellt werden, daß es auch später nicht geschieht und er also den theoretischen Beweis schuldig bleibt. Er hält jedoch besonders bei der Behandlung des dynamischen Problems einen theoretischen Beweis für unmöglich[3]) und versucht die Richtigkeit der Quantitätstheorie auf empirischen Wege zu beweisen. Dieser Beweis wird bei der Behandlung des dynamischen Problems zu untersuchen sein.

Im übrigen sei hier unter Vorwegnahme der später zu liefernden Kritik gesagt, daß die Formulierung Cassels wohl als richtig anzusehen ist; nur ist sie an eine Voraussetzung geknüpft, die in Wirklichkeit wohl nicht zutreffen dürfte.

---

[1]) Anmerkung des Verfassers.
[2]) a. a. O., Seite 407.
[3]) a. a. O., Seite 411.

4. Kapitel.

Die Theorie der Proportionalität der künstlichen Kaufkraftzeichen mit dem Golde.

Um das Preisniveau zu dem gesamten Goldvorrat der Welt in Beziehung setzen zu können. muß Cassel, wie im vorhergehenden Kapitel festgestellt worden ist, die Zahlungsleistung der Bankzahlungsmittel in die Umlaufsgeschwindigkeit des Goldes einbeziehen, d. h. die Ausdehnung des Banknoten- und Depositengeldes als eine verstärkte Umlaufsgeschwindigkeit des Goldes auffassen. Wird diese als konstant angenommen, ist im Sinne der Casselschen Gedankenführung eine Proportionalität zwischen Weltgoldmenge und Preisniveau nicht zu bestreiten. Diese Beweisführung wird aber praktisch wertlos durch die Ueberlegung, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Goldes sich umgekehrt zu dessen Menge verändern kann, mit anderen Worten, daß die Verknappung des Goldes zu einem verstärkten Gebrauch von Banknoten und Depositengeld führen kann. Diesem Einwand durch die Annahme, daß die Umlaufsgeschwindigkeit konstant sei, zu begegnen, erscheint gewagt. Wirklichen Wert erhält die Theorie Cassels erst durch die Voraussetzung, daß alle anderen Zahlungsmittel sich direkt proportional der Veränderung der Goldmenge anpassen. Cassel scheint das anzunehmen, einen Beweis führt er aber nicht.

Dagegen wird diese Ansicht vertreten von Irving Fisher,[1]) der ein festes Verhältnis zwischen Bargeld und Depositen behauptet. Im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit erscheint dieser Punkt seiner Theorie am wichtigsten, und deswegen hat das folgende Kapitel, in dem die Quantitätstheorie Fishers dargestellt werden soll, die Ueberschrift: „Die Theorie der Proportionalität der künstlichen Kaufkraftzeichen mit dem Golde“ erhalten.

Gegenüber dem Einwand, daß durch den zirkulierenden Kredit „jedwede zwischen den Preisen und der Quantität des Geldes bestehende Beziehung durchbrochen wird“,[2]) stellt Fisher fest: „Wäre der zirkulierende Kredit vom Gelde unabhängig, so träfe dies zu. Tatsächlich hat aber die Menge des zirkulierenden Kredites, G', die Tendenz, eine besimmte Beziehung zu G, der im Umlauf befindlichen Geldquantität, aufrecht zu erhalten, d. h. die Depositen sind unter normalen Umständen ein mehr oder weniger be-

[1]) Irving Fisher, Die Kaufkraft des Geldes, Berlin, 1916.
[2]) Fishers, a. a. O., Seite 40.

stimmtes Vielfaches vom Gelde.[1]) Dabei geht Fisher im Gegensatz zu Cassel allerdings nicht auf die Weltgoldmenge zurück, sondern seine Formulierung der Quantitätstheorie hat nur für den Rahmen einer Volkswirtschaft Gültigkeit und findet in der Verkehrsgleichung, $GU + G'U' = PH$, ihren mathematischen Ausdruck. Die einzelnen Größen der Gleichung haben folgende Bedeutung: G ist die gesamte Geldmenge und zwar zusammengesetzt aus Bargeld und Banknoten; G' ist die Gesamtmenge der Depositen. U bezw. U' bezeichnet die Umlaufsgeschwindigkeit. P ist das Preisniveau, H das Handelsvolumen, die Summe der gekauften Gütermengen. Diese Erklärung möge zunächst genügen. Vor einer eingehenderen Untersuchung ist darzustellen, wie Fisher von seiner Auffassung über das Wesen und den Begriff des Geldes zum Geldwert als Kaufkraft, von dort zur Aufstellung der Verkehrsgleichung und schließlich zur Quantitätstheorie kommt.

Er geht aus von dem Begriff des Reichtums als „Inbegriff materieller, im Besitze der Menschen befindlicher Gegenstände,[2]) und teilt ihn in drei Kategorien, Boden, Waren und Menschen ein. Die beiden Hauptmerkmale des Reichtums sind Stofflichkeit und Aneignung. Die Stofflichkeit ermöglicht das Messen durch physikalische Einheiten. Dieses physikalische Messen ist die Voraussetzung für ein psychisches Messen, für die Bewertung, da das Resultat des psychischen Messens, der Wert, nur in physikalischen Einheiten ausgedrückt werden kann. Zum Begriff Wert gelangt Fisher über den Begriff Preis. Indem er die eine von zwei gegeneinander ausgetauschten Reichtumsquantitäten durch die andere dividiert, erhält er den Preis der letzteren. Der Preis einer Ware wird in einer anderen ausgedrückt. Er ist das Verhältnis zweier materieller Quantitäten. Eine Ware, die im Austausch allgemein angenommen wird, bebezeichnet Fisher als Geld. Indem er den Preis in Geld ausdrückt, kann er den Wertbegriff so formulieren: „Der Geldwert irgend eines Postens von Reichtum ist dessen Preis multipliziert mit seiner Quantität".[3]) Damit setzt er den Wert einer Ware mit ihrem Geldwert gleich. Um diesen Schluß verständlich erscheinen zu lassen, hätte Fisher noch zwei Glieder in seine Gedankenreihe einfügen müssen, erstens, daß der Preis das Resultat des psychischen Messens ist und man daher Wert und Preis identifizieren kann, zweitens, daß der Preis allgemein in Geld ausgedrückt wird

[1]) Fisher, a. a. O., Seite 41.
[2]) a. a. O., Seite 1.
[3]) a. a. O., Seite 3.

und daher der Wert einer Ware im Geldwert ihren äußeren Ausdruck findet. Wichtiger erscheint jedoch der Schluß, den Fisher an dieser Stelle allerdings noch nicht klar zum Ausdruck bringt, das umgekehrt der Wert des Geldes durch die ausgetauschten Waren ausgedrückt wird.

Bisher hat Fisher nur den Austausch der „allgemein annehmbaren Ware" Geld gegen andere stoffliche Güter in Betracht gezogen. Um der Wirklichkeit gerecht zu werden, muß er jedoch seinen Geld- und Güterbegriff entsprechend erweitern. Das macht er mit dem oben festgestellten zweiten Hauptmerkmale des Reichtums, der Aneignung. Durch die Aneignung des Reichtums wird das Recht auf die Nutzleistungen desselben erworben. Dieses Recht nennt Fisher „Eigentumsrecht" oder auch kurzweg „Eigentum".[1]) Er unterscheidet zwischen Reichtum und Eigentum insofern, als er für Reichtum den Besitz, für Eigentum das Recht auf die Nutzung als charakteristisch ansieht. Der Reichtum ist stofflich, das Eigentumsanrecht abstrakt.[2]) Die physische Vertretung dieser abstrakten Anrechte sind die Ausweisscheine; sie sind „schriftliche Beweismittel für das Vorhandensein dieser Anrechte." Jedes Eigentumsrecht sowie jedes gedruckte Beweismittel seiner Existenz, das im Austausch allgemein angenommen wird, nennt Fisher Geld.[3]) Das bedeutet eine Erweiterung des Geldbegriffs vom Warengelde zum abstrakten Gelde, oder anders ausgedrückt zum stoffwertlosen Gelde. In den Begriff „Güter" werden außer Reichtum auch Eigentum und Nutzleistungen einbezogen. Damit hat Fisher nicht nur die stofflichen Güter, sondern auch die Nutzungen derselben und vor allen Dingen auch die menschlichen Dienstleistungen erfaßt. Jetzt erscheint es verständlich, weshalb er unter den drei Kategorien des Reichtums auch die Menschen anführt. Er kann so die Dienstleistungen in den allgemeinen Begriff Nutzleistungen des Reichtums einordnen.

Nachdem der Begriff Geld und Güter soweit geklärt ist, kommt es für Fisher darauf an, eine quantitative Beziehung zwischen beiden festzustellen. Dazu zieht er das Zeitmoment heran. Er unterscheidet zwischen einem Güterfonds, einer Gütermenge, die zu einem gewissen Zeitpunkt vorhanden ist, und einem Güterstrom, einer Gütermenge, die während einer bestimmten Zeitperiode produziert, verbraucht, transportiert oder umgetauscht wird [4]) Den Güterstrom, der durch den Wechsel des Eigentumsrechts in

[1]) a. a. O., Seite 3.
[2]) a. a. O., Seite 4.
[3]) a. a. O., Seite 4.
[4]) a. a. O., Seite 6.

Bewegung gesetzt wird, nennt er Handel. Dieser ist nach Fisher „einfach der Austausch eines Stromes übertragener Rechte an Gütern gegen einen gleichwertigen Strom übertragenen Geldes oder von Geldersatzmitteln".[1]) Die Gleichung zwischen diesen beiden Strömen nennt Fisher die Verkehrsgleichung.

Faßt man die Ergebnisse dieser Begriffsbestimmungen zusammen, so kann man folgende für eine Quantitätstheorie charakteristischen Punkte feststellen. Für das Geld ist das Vorhandensein eines Stoff- oder Warenwertes (innerer Wert) nicht erforderlich. Das Charakteristikum ist die allgemeine Annehmbarkeit. Der Geldwert ist das Austauschverhältnis zwischen Geld und Ware. Dieses ist bestimmt durch die Geldmengen, die im Geldstrom den Warenmengen im Güterstrom entsprechen. Mit der Aufstellung der Verkehrsgleichung ist der Anschluß an die Quantitätstheorie erreicht. Diese soll nach Fisher in der Verkehrsgleichung klarer gestellt werden.[2]) Dazu müssen die unbestimmten Größen Geldstrom und Güterstrom schärfer abgegrenzt werden. Nach der ersten Gegenüberstellung müßte alles, was gegen Güter ausgetauscht wird, auf der Geldseite umfaßt werden. Dieser Geldbegriff ist für die Verkehrsgleichung zu weit. Um Geld zu sein, muß nach Fisher ein Gut eine gewisse Stufe von Austauschbarkeit erreicht haben. Nicht ein gelegentlicher Austausch, sondern die allgemeine Uebung ist für das Geld charakteristisch. Geld ist nach ihm das, was allgemein zur Annahme gelangt. Danach wird alles, was nur in Ausnahmefällen die Geldfunktionen ausübt, auf der Geldseite nicht mehr angeführt. Es bleiben praktisch nur die Umlaufsmittel übrig, „die ihrem Hauptzweck und ihrem Gebrauche nach faktisch als Tauschmittel dienen"[3]) Diese setzen sich nach Fisher zusammen aus Geld und Bankdepositen. Letztere sind nach der gegebenen Definitation zwar kein Geld, da der Scheck nicht allgemein zur Annahme gelangt, sie müssen aber zu der Geldmenge hinzugezogen werden, da sie praktisch weit mehr als das Geld für Umsätze benutzt werden.[4]) Bei dem eigentlichen Gelde unterscheidet Fisher zwei Arten: Bargeld und Kreditgeld. Jenes hat vollen Eigenwert als Gut, dieses erhält seinen Wert nur durch das Vertrauen, daß es gegen Güter, insbesondere auch gegen Bargeld, ausgetauscht werden kann. Bargeld sind für den Fall einer Goldwährung nur Golzmünzen; das Kreditgeld umfaßt Scheidemünzen und Papiergeld, und

[1]) a. a. O., Seite 6.
[2]) a. a. O., Seite 13.
[3]) a. a. O., Seite 8.
[4]) a. a. O., Seite 9.

zwar Staatspapiergeld und Banknoten. Damit ist die Geldseite der Verkehrsgleichung umrissen, sie enthält Geld und Bankdepositen. Die Abgrenzung der Warenseite ist nun sehr leicht festzustellen. Sie umfaßt nur diejenigen Güter, die mit den auf der Geldseite angeführten Tauschmitteln umgesetzt werden. Alle anderen Austauschakte scheiden aus der Verkehrsgleichung aus. Damit ist der äußere Rahmen der Verkehrsgleichung gezogen.

Um nun zu den einzelnen Größen der Verkehrsgleichung, insbesondere zu den Begriffen Umlaufsgeschwindigkeit und Preisniveau, zu gelangen, erscheint es zweckmäßig, die mathematische Formulierung Fishers zu betrachten. Sie lautet $GU + G'U' = PH$; sie ist entstanden durch die Summierung aller einzelnen Austauschakte, Geld gegen Ware. Stellen wir uns mit Fisher ein hypothetisches Gemeinwesen vor, in dem es nur Geld und keine Bankdepositen gibt, so stehen auf der linken Seite alle ausgegebenen Geldsummen und auf der rechten Seite alle gekauften Güterquantitäten multipliziert mit den Einzelpreisen. Die rechte Seite lautet dann algebraisch ausgedrückt $\sum pQ$; das ist die Addition sämtlicher Q, der umgesetzten Güterquantitäten, multipliziert mit sämtlichen p, den Einzelpreisen. Für die Summe der Q setzt Fisher eine Größe ein, das Handelsvolumen, das in der Gleichung mit H bezeichnet ist. Um auch die Summe der p zu vereinfachen, errechnet er einen gewogenen Durchschnitt aller Einzelpreise, das ist das Preisniveau, in der Gleichung P genannt. Auf die Methoden zur Errechnung von P soll hier nicht eingegangen werden, da sie für die theoretische Betrachtung unwesentlich sind. Dem Produkt PH auf der rechten Seite steht auf der linken Seite die Summe aller Zahlungen gegenüber. Diese Zahlungen sind mit dem im Umlauf befindlichen Gelde (G) geleistet. Dies ist dabei mehrfach zu Zahlungen verwendet worden. Es muß mithin auf der Geldseite die Umlaufsgeschwindigkeit berücksichtigt werden. Diese berechnet Fisher auf eine von der allgemein üblichen Auffassung abweichende Art. In der Regel wird nämlich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes bestimmt als die Anzahl von Malen, in denen ein Geldstück zu Zahlungen verwendet wird. Fisher definiert sie als das Verhältnis des aufgewendeten Geldes zu dem durchschnittlich verfügbaren Gelde und nennt dies Verhältnis die Umsatzrate.[1]) Das Ergebnis ist, wie auch Fisher ausdrücklich betont, dasselbe. Man sieht das am besten bei einem Vergleich der Methoden Cassels und Fishers. Cassel, der die gebräuchlichere Definition anwendet, be-

[1]) a. a. O., Seite 289.

rechnet die durchschnittliche Umlaufsgeschwindigkeit, indem er die Summe der Nennbeträge aller vorhandenen einzelnen Münzen multipliziert mit ihrer Umlaufsgeschwindigkeit (Σ mv) durch die Gesamtmenge des Geldes (M) dividiert. Fisher dividiert nur alles aufgewendete Geld (A) durch das durchschnittlich verfügbare Geld (G). Die Größen Σ mv und A bedeuten dasselbe. Denn das Geld in der Größe Σ mv, welches im Fisherschen Sinne nicht aufgewendet ist, hat eben die Umlaufsgeschwindigkeit Null. Die Größen M und G unterscheiden sich ebenfalls nur durch die Methode ihrer Abgrenzung. Cassel sieht die Geldmenge unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt; M umfaßt alles in der Volkswirtschaft vorhandene Geld. Fisher erfaßt das Geld bei den Privatwirtschaften. G stellt einen gewogenen Durchschnitt durch die Kassenbestände aller Einzelwirtschaften innerhalb eines Jahres dar. Dabei ist zugleich das Moment der Umlaufszeit berücksichtigt, indem ein Durchschnitt sowohl durch die bei einer Einzelwirtschaft zu verschiedenen Zeiten des Jahres vorhandenen Beträge, als auch durch die bei allen Einzelwirtschaften insgesamt vorhandenen Beträge berechnet wird.[1])

Das Casselsche M ist nur auf einen bestimmten Zeitpunkt bezogen.[2]) Für die Umsatzperiode, die eine gewisse Zeit erfordert, nimmt Cassel M als konstant an. Die Methode Fishers hat insbesondere für einen praktischen Beweis den Vorzug der größeren Genauigkeit. Für die theoretische Betrachtung ist es gleich, ob man mit Cassel M während einer bestimmten Periode als konstant annimmt, oder mit Fisher einen Durchschnitt berechnet, denn die Bestände in den Einzelkassen ergeben zusammen immer die Gesamtgeldmenge (M). Es kommt nur auf die preissteigernde Wirkung an, die der Umlaufsgeschwindigkeit zuerkannt wird. Fisher zieht aus der Verkehrsgleichung für U folgende Schlüsse: „Wenn G und die Q unverändert bleiben, dann wird die Geldseite der Gleichung in demselben Verhältnisse variieren und ihre gleiche Größe, die Güterseite, muß daher in diesem Verhältnis ebenfalls variieren; demzufolge werden alle p in demselben Verhältnisse variieren, oder aber es werden einige mehr und andere entsprechend weniger variieren, um einen Ausgleich herbeizuführen".[3]) Das heißt Vergrößerung oder Verkleinerung von U wirkt wie eine Geldvermehrung bezw. Verminderung, und dies hat ein Steigen bezw. Fallen des Preisniveaus zur Folge. Die wichtigste Folgerung ist jedoch, daß bei unveränderter

[1]) Fisher, a. a. O., Seite 295 ff.
[2]) Cassel, a. a. O., Seite 403.
[3]) Fisher, a. a. O., Seite 22.

Umlaufsgeschwindigkeit und gleichem Handelsvolumen das Preisniveau der im Umlauf befindlichen Geldquantität direkt proportional ist. Dieser Schluß konstituiert nach Fisher die Quantitätstheorie des Geldes.[1]) Er erklärt sie aus der Tatsache, daß das Geld keinen „spezifischen subjektiven Nutzwert" hat, sondern seinen Wert nur dadurch bekommt, daß es imstande ist, „Dinge zu kaufen, die die Kraft der Bedürfnisbefriedigung besitzen".[2]) Es hat somit nur einen abgeleiteten Wert, und dieser wird durch das Austauschverhältnis zu den Gütern, durch die Geldmenge, bestimmt.

Das ist der theoretische Inhalt der Fisherschen Quantitätstheorie. Er hat allerdings bisher nur das Geld im engeren Sinne berücksichtigt und muß nun noch die Geldmenge durch die Einbeziehung der Depositen erweitern. Dadurch wird die theoretische Erkenntnis nicht geändert. Es würde genügen, die Verkehrsgleichung durch Einfügung von G^{1} und U^{1} zu ergänzen. Sie lautet dann: $GU + G^{1}U^{1} = \Sigma pQ = PH$. Das Charakteristische für Fisher ist jedoch, wie im Anfang dieses Kapitels festgestellt worden ist, daß er eine Proportionalität zwischen G und G^{1} annimmt. Bevor wir darstellen, wie er diese Abhängigkeit konstruiert, erscheint es notwendig, sich noch einmal den genauen Inhalt von G und G^{1} klarzumachen. Fisher hat bisher ein hypothetisches Gemeinwesen betrachtet, in dem es keine Depositen gibt Es war also nur G vorhanden, das Geld im eigentlichen Sinne. Wir haben gesehen, daß er dazu Goldgeld und Papiergeld rechnet gemäß seiner Definition „Geld ist alles, was zur allgemeinen Annahme gelangt." Für die Aufstellung der Verkehrsgleichung war es belanglos, ob das Papiergeld zur Geldmenge hinzugerechnet wird oder zur Depositenmenge. Will man aber eine Abhängigkeit zwischen G und G^{1} konstruieren, so kommt es sehr darauf an, wo sich das Papiergeld befindet. Bei Fisher tritt dies nicht immer klar hervor, zuweilen ist G nur Goldgeld, zuweilen umfaßt es auch das Papiergeld. Für die Abhängigkeit zwischen G und G^{1} erscheint es wahrscheinlich, daß er das Papiergeld zu G^{1} rechnet. Wenn Fisher zwischen Geld und Kreditumlauf unterscheidet, so besteht kein Zweifel, daß er die Banknoten als Kreditgeld auffaßt.[3]) Das entspricht auch dem Sinne seiner Theorie, da er ja eine Proportionalität zwischen dem Golde und den übrigen Zahlungsmitteln konstruieren will. Zu G kann er höchstens ein uneinlösliches Pagiergeld rechnen. Für dieses läßt sich aber eine

[1]) a. a. O., Seite 24.

[2]) a. a. O., Seite 24.

[3]) Vergl. Fischer, a. a. O., Seite 27 und 31

Abhängigkeit vom Golde nicht beweisen, wie Fisher auch bei der Darstellung eines praktischen Währungssystems, des der Vereinigten Staaten, feststellt.[1]) Eine Proportionalität kann nur dann angenommen werden, wenn die übrigen Umlaufsmittel auf Verlangen in Gold eingelöst werden müssen. Wir können also im Sinne Fishers annehmen, daß unter G^1 alle einlösbaren Zahlungsmittel fallen. Um nun die Abhängigkeit von G und G^1 zu zeigen, benutzt Fisher zwei Wege; er erklärt sie erstens aus dem Verhalten der Banken und zweitens aus der Gewohnheit des Publikums. Die Depositen entstehen zunächst dadurch, daß die Kunden bei den Banken Geld einzahlen, über welches sie durch Schecks jederzeit verfügen können. Dadurch übernehmen die Banken die Kassenhaltung ihrer Kunden. Da diese Depositen nun normalerweise nicht gleichzeitig abgehoben werden, können die Banken sie zur Grundlage ihres Kreditverkehrs machen. Werden die entliehenen Geldbeträge wieder bei der Bank eingezahlt mit dem Recht, durch Scheck darüber zu verfügen oder bei Bedarf die Auszahlung zu verlangen, so entstehen neue Depositen. Die Bank kann aber auch statt des Bargeldes Zahlungsversprechen, d. h. Banknoten, ausgeben. Da diese ebenfalls auf Verlangen einzulösen sind, so wirken sie wie Depositen.[2]) Es ist aber keineswegs erforderlich, den Umweg zu machen, daß die Kunden das entliehene Geld wieder bei der Bank einzahlen, um nach Belieben davon abzuheben. Fisher schaltet diesen Fall nur zum besseren Verständnis des Kreditvorganges ein. Die Bank kann auch das Geld in ihren Kellern behalten und ihren Schuldnern gegen Deponierung von Zahlungsversprechen gestatten, über ein bestimmtes Depositenkonto zu verfügen und auch Bargeld zu entnehmen. Auf diese Weise können die Zahlungsverpflichtungen der Banken gegenüber ihrem Bargeldvorrat erheblich steigen. Die Depositenbestände sind um ein mehrfaches höher als der Barvorrat. Die Banken können aber nicht beliebig hohe Verpflichtungen eingehen, da sie damit rechnen müssen, jederzeit ihre Noten und Depositen einlösen zu können. Sie sind bedroht von der Gefahr der „Unzulänglichkeit an Barmitteln.“[3]) Um dieser Gefahr zu entgehen, müssen sie stets über einen Barvorrat verfügen, der in einem durch die Verkehrsübung der Barentnahme bedingten Verhältnis zu den Depositen steht. Man nennt dies Verhalten, den Grundsatz der Liquidität beachten. Gewöhlich ist in der Praxis

[1]) a. a. O., Seite 117/118.
[2]) a a. O., Seite 31.
[3]) a. a. O., Seite 35.

das Verhältnis der Barreserve zu den Depositen auch gesetzlich geregelt, indem teils für die eigentlichen Depositen, teils nur für die Banknoten das Vorhandensein eines gewissen Prozentsatzes an Bargeld gefordert wird. Nach Fisher ist jedoch eine derartige gesetzliche Regelung für das Funktionieren des Bankwesens nicht erforderlich.[1]) Die Banken sind gezwungen, um jederzeit dem Verlangen nach Auszahlung gewachsen zu sein, stets einen Barvorrat im bestimmten Verhältnis zu ihren Verbindlichkeiten zu halten. Sie ermöglichen das, indem sie durch Verkauf von Wertpapieren gegen Bargeld und durch Kündigung von Darlehen ihren Barvorrat erhöhen oder durch Heraufsetzen des Diskontsatzes die Darlehen einschränken. Während auf diese Weise die Banken das in ihren Kassen befindliche Geld in einem bestimmten Verhältnisse zu den Depositen halten, bewirkt das Verhalten des Publikums, daß auch für das in Umlauf befindliche Geld ein solches Verhältnis sich herausbildet. Jede Einzelperson, Firma oder Gesellschaft wird nach Fisher ein mehr oder weniger bestimmtes Verhältnis zwischen ihrer Geld- und Depositenbilanz bewahren[2]), indem sie Geld für den Kleinverkehr und Depositenüberweisungen für große Zahlungsverpflichtungen benutzt. Ist viel Geld in der Kasse vorhanden, wird es bei der Bank deponiert, ist wenig vorhanden, hebt man Depositen ab. „So wird eines der beiden Austauschmittel fortwährend in das andere umgewandelt".[3]) Das Verhältnis von Bar- und Scheckzahlung ist wohl bei den Einzelwirtschaften, je nach der Art ihres Geschäftsbetriebes oder ihres Berufes, verschieden, aber infolge Bequemlichkeit und Gewohnheit wird es beim Durchschnittsmenschen oder bei der Durchschnittsgesellschaft nach Fisher doch mehr oder weniger stabil sein. Für ein ganzes Land ist die Wirkung so, „daß sich aus Bequemlichkeitsgründen ein ungefähres Verhältnis zwischen G und G' herausbildet."[4]) So glaubt Fisher aus der Tatsache, daß sowohl das in der Bankreserve als auch das in Umlauf befindliche Geld ein bestimmtes Verhältnis zu den Depositen bewahrt, auf eine Proportionalität zwischen G und G' schließen zu können.[5]) Abgesehen von der Anfechtbarkeit des Beweises überhaupt, die hier noch nicht behandelt werden soll, muß schon jetzt auf einen logischen Fehler in der Beweisführung hingewiesen werden. Im ersten Falle wird das Verhältnis zwischen Bargeld und Depositen

[1]) a. a. O., Seite 38.
[2]) a. a. O., Seite 41.
[3]) a. a. O., Seite 41.
[4]) a. a. O., Seite 42.
[5]) a. a. O., Seite 43.

durch die Einlösungspflicht in Gold bestimmt. Da die Banknoten auch einlösbar sind, werden sie den Depositen gleichgestellt, gehören also nicht zu G, sondern zu G'. Im zweiten Falle erklärt Fisher die Abhängigkeit der beiden Größen voneinander durch die Gewohnheit des Publikums, Bargeld und Schecks in einem bestimmten Verhältnis zu benutzen. In diesem Falle kommt es nur auf das Bestreben an, Bargeld für kleinere Zahlungen bereit zu haben; diese können auch mit Banknoten geleistet werden. Es fallen also hier unter G Bargeld und Banknoten und unter G' nur Depositen im eigentlichen Sinne. Es wird einmal eine Abhängigkeit von Depositen und Banknoten vom Goldgelde und das andere Mal eine Abhängigkeit der Depositen vom Goldgelde mit Einschluß der Banknoten behauptet. Beide Beweise decken sich nicht, sie ergänzen sich auch nicht, sondern können nur einzeln gewertet werden.

Der wichtigste Schluß aus dieser Beweisführung ist für Fisher dieser: „das quantitative Verhältnis zwischen Geld und Preisen wird unter normalen Bedingungen durch die Einbeziehung der Depositenumlaufsmittel nicht gestört."[1])

Es ist zu beachten, das Fisher hinzufügt: „unter normalen Bedingungen." Das ist eine reichlich unbestimmte Voraussetzung, da über den Begriff des „Normalen" die Ansichten weit auseinandergehen können. Es darf wohl angenommen werden, daß Fisher diese Einschränkung im Sinne des „ceteris paribus" gebraucht und damit die dynamische Wirkung einer Geldvermehrung ausschalten will. Das geht auch daraus hervor, daß er in Uebergangsperioden ein starres Verhältnis zwischen G und G' nicht annimmt. Wie Fisher die Dynamik des Geldes auffaßt, zeigt er in der Behandlung der Uebergangsperiode, in der das Preisniveau von einem Gleichgewicht in ein anderes überführt wird.

Hierbei tritt die Verknüpfung und die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Größen der Verkehrsgleichung voneinander in die Erscheinung. Dieses dynamische Problem wird in einem späteren Abschnitt behandelt werden. Für „normale" Verhältnisse, also wie oben festgestellt ist ceteris paribus, wird das Preisniveau nach Fisher bestimmt durch die Quantität des Geldes und der Depositen, durch deren Umlaufsgeschwindigkeiten und durch das Handelsvolumen. Durch die fünf Faktoren müssen sich alle anderen Einflüsse auf das Preisniveau geltend machen, die von außen her auf die einzelnen Größen der Verkehrsgleichung einwirken.[2])

[1]) a. a. O., Seite 44.
[2]) a. a. O., Seite 59.

5. Kapitel.

Die Theorie der indirekten Tauschgüter.

Der dritte Typ der neueren Fassungen der Quantitätstheorie, den wir die Theorie der indirekten Tauschgüter genannt haben, unterscheidet sich von den beiden ersten Typen dadurch, daß die Gleichung der Quantitätstheorie auf einer anderen Ebene gebildet wird. Sie wird, um die übliche Terminologie des volkswirtschaftlichen Kreislaufs zu gebrauchen, von der Zirkulations- in die Distributionssphäre versetzt. Es werden nicht mehr Geld und Waren, sondern Gesamteinkommen und Gesamtprodukt der Volkswirtschaft einander gegenübergestellt. Das Gesamteinkommen läßt sich auf zweierlei Art ausdrücken, als Realeinkommen oder Sozialprodukt und als Nominal- oder Geldeinkommen. So gibt es auch in dieser Gleichung eine Geld- und eine Güterseite, die Summe der Geldeinkommen und die Preissumme des Sozialprodukts. Das Geldeinkommen ist das Mittel zur Verteilung des Sozialprodukts. Die Geldeinheiten sind Einkommenseinheiten und als solche Anweisungen auf den Gütervorrat der Volkswirtschaft. Sie haben keinen eigenen Wert, sondern sind indirekte Tauschgüter, die nur die Aufgabe des Verrechnens zu erfüllen haben. Der Anschluß an den Gedankengang der Quantitätstheorie liegt in diesem Falle nahe. Je mehr Tauschmittel in einer Volkswirtschaft zur Verwendung gelangen, desto weniger ist die Einheit derselben wert, desto höher ist das Preisniveau. Diese Hervorhebung der Tauschmittelfunktion des Geldes findet man häufig bei den Vertretern der Grenznutzenschule, die einen inneren Geldwert ablehnen. Wir wählen für die Darstellung eines charakteristischen Typs die Quantitätstheorie Schumpeters, wie er sie in seinem Aufsatz: „Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige“ entwickelt hat.[1])

Das Geld ist nach Schumpeter ein „Hilfsmittel zur Abwicklung des Geschäftsverkehrs“.[2]) Die Vorgänge in der Güterwelt sind das Primäre. Das Wesen des Geldes ist daher nur aus der Beobachtung des wirtschaftlichen Kreislaufs zu verstehen. Dieser erscheint Schumpeter „als ein stetes Austauschen von produktiven Leistungen sachlicher und persönlicher Natur gegen Genußgüter, wodurch sich

[1]) Schumpeter: Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige, in „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, 44. Band.

[2]) a. a. O., Seite 630.

sowohl Produktion wie Verteilung — uno actu — realisieren".[1]) Das ist so zu verstehen, daß die Erlangung von Konsumgütern, die den Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit ausmacht, nur durch die Hingabe von produktiven Leistungen ermöglicht wird, und daß umgekehrt die produktiven Leistungen nur gegen Bezahlung mit Konsumgütern zu haben sind. Es werden immer Produktivgüter und Konsumgüter gegeneinander ausgetauscht. Um das Wesen dieses kontinuierlichen Kreislaufs verständlicher zu machen, konstruiert Schumpeter den Begriff des Sozialprodukts, den er folgendermaßen definiert: „das Sozialprodukt einer isolierten Volkswirtschaft besteht aus allen materiellen und immateriellen Genußgütern, die in einer Wirtschaftsperiode zur Konsumtion bereitgestellt werden, die Abnützungsquoten dauerbarer Güter mit eingeschlossen".[2])

Von den Produzenten her gesehen bedeutet es den Gesamtertrag aller an der Produktion durch Hingabe von Produktivkräften (Boden, Kapital und Arbeit) Beteiligten. Von den Konsumenten aus gesehen ist es das Gesamteinkommen, das sie für die Hingabe der Produktivkräfte beziehen. Um den Schumpeterschen Gedankengang genau zu erfassen, sei folgende Ueberlegung angestellt: das Sozialprodukt entsteht aus dem Zusammenwirken von Boden, Kapital und Arbeit. Die Preise dieser Faktoren sind Rente, Zins und Lohn, in dem der Unternehmergewinn einbezogen sei. Dies sind gleichzeitig die drei Einkommensarten. Sie kaufen das Sozialprodukt und müssen daher zahlenmäßig genau die Summe ergeben, die der Preissumme des Sozialprodukts entspricht. Dadurch wird es verständlich, weshalb Schumpeter in dem Sozialprodukt nur die Genußgüter erfassen will. Die Produktionsmittel, die in einer Wirtschaftsperiode produziert werden, dienen nur zum Ersatz der aus der vorhergehenden Periode übernommenen Produktionsmittel, d. h. sie werden zur Amortisation verwendet und erscheinen nicht in der Einkommensumme. Von der Möglichkeit, daß über diesen Ersatz hinaus noch Produktionsmittel produziert werden, was volkswirtschaftlich ein Sparen bedeutet, will Schumpeter in diesem Zusammenhange absehen. Er glaubt aber auch das Sparen in den Kreislauf einfügen zu können, durch die Erwägung, daß in der Regel in jeder Wirtschaftsperiode ein gleicher Betrag gespart und somit das Sparen in einer Periode durch das der vorhergehenden paralysiert wird.[3]) Ausgeglichen wird das Sparen ohne weiteres dann, wenn die ersparten Summen in der

[1]) a. a. O., Seite 631.
[2]) a. a. O., Seite 632.
[3]) a. a. O., Seite 632.

folgenden Periode wieder zur Konsumtion verwendet werden, d. h. wenn die einen sparen und die anderen ebenso viel von ihren Ersparnissen aufzehren. Insoweit ist das Sparen ohne weiteres in den Kreislauf einzufügen. Bei Ersparniszuwächsen erscheint der Fall komplizierter. Hier liegt der Einwand nahe, daß dabei ein Teil der Einkommensumme zum Kaufen dieser „ersparten" Produktionsmittel verwendet werden muß und das Einkommen in diesem Falle nicht nur Genußgüter kauft. Das ist aber nicht so. Wenn Schumpeter demgegenüber behauptet, daß die ersparten Summen bei anderen Wirtschaftssubjekten zu Einkommen werden, so hat er durchaus recht. Das Sparen bedeutet ein Kaufen von Produktivgütern, und somit werden die ersparten Summen zum Einkommen derjenigen, die diese Produktivgüter produziert bezw. zu verkaufen haben. Voraussetzung ist dabei, daß die Sparsumme in derselben Periode reibungslos investiert wird. Das ist zwar in der konjunkturbedingten realen Wirtschaft faktisch nicht der Fall, aber in einer statischen Wirtschaft sehr wohl zu konstruieren.

In einer solchen statischen Wirtschaft erfolgt durch den Austausch von Produktionsgütern gegen Genußgüter die Verteilung des Sozialprodukts nach Schumpeter gewissermaßen automatisch, indem jedes Wirtschaftssubjekt nach dem Marktwert seiner persönlichen und sachlichen Beiträge seinen Anteil an dem Sozialprodukt, sein Realeinkommen, erhält. „Jeder produktive Beitrag bedingt in der Verkehrswirtschaft automatisch eine bestimmte Genußgütermenge."[1]) Durch das Zusammenwirken aller produktiven Beiträge entsteht das Sozialprodukt, durch die Bewertung der einzelnen Beiträge wird es an die Konsumenten verteilt. Darin sieht Schumpeter das Wesen des volkswirtschaftlichen Kreislaufs.

Die Geldrechnung hat nach ihm nur die Bedeutung der Spielmarken beim Verrechnen eines Spieles.[2]) Statt des unmittelbaren Austausches von Genußgütern gegen Produktivgüter entstehen durch die Verwendung des Geldes zwei Märkte, der Genußgüter- und der Produktionsmittelmarkt. Auf diesem tauschen die Produzenten Geld gegen Produktionsmittel und auf jenem die Konsumenten Geld gegen Genußgüter. Die Anbieter der Produktivgüter sind gleichzeitig die Nachfrager nach den Genußgütern. Sie können auf dem Genußgütermarkte nur dasselbe Geld ausgeben, was sie auf dem Produktivgütermarkte eingenommen haben.

[1]) a. a. O., Seite 634.
[2]) a. a. O., Seite 634.

Daraus folgert Schumpeter, „daß die Preissumme aller Genußgüter im Zustande stationären Gleichgewichts der Preissumme aller Produktionsgüter gleich sein müßte und beide identisch gleich der Summe aller Geldeinkommen.“[1])

Daß die Preissumme aller Genußgüter gleich der Summe aller Geldeinkommen ist, erscheint ohne weiteres verständlich. Schwieriger einzusehen ist aber, daß auch die Preissumme der Produktivgüter diesen beiden Größen gleich sein soll. Das ist nur so zu erklären, daß hier unter den Preisen der Produktionsgüter, wie bereits oben ausgeführt wurde, Zins, Rente und Lohn verstanden wird. Diese sind das Einkommen und kaufen die Genußgüter. Wäre es möglich, die drei Größen zahlenmäßig zu erfassen, so ergeben sie die Preissumme der Produktivgüter, soweit sie zur Produktion gebraucht sind. In Wirklichkeit ist jedoch die Preissumme der Produktionsgüter weit höher als die Preissumme der Genußgüter, erstens, weil die dauerhaften Produktionsgüter mehrfach gebraucht werden und ihr Preis dementsprechend ein Vielfaches von der Rente oder dem Zins beträgt, und zweitens, weil die Genußgüter nur einmal, die Produktionsgüter aber mehrere Male umgesetzt, d. h. mehrere Male von einer Einzelwirtschaft in eine andere Einzelwirtschaft übertragen werden. Sieht man jedoch in Rente, Zins und Lohn die Preise der Produktionsgüter, dann ist der Satz richtig. Das bedeutet aber, daß nicht alle Produktionsgüterumsätze gerechnet werden, sondern nur jene, die Einkommen bilden, und nur in dem Maße, wie sie Einkommen bilden, was für die Anwendung und bei der statistischen Nachprüfung des Schumpeterschen Satzes sehr wichtig werden würde. Nach dem von Schumpeter entwickelten Gedankengang muß man den Satz wahrscheinlich in diesem Sinne auffassen. Er soll ja erklären, weshalb Einkommensumme und Sozialprodukt gleich gesetzt werden. Diese Gleichung bildet das Kernstück der Schumpeterschen Quantitätstheorie.

Der Begriff des Geldeinkommens, der dieser Gleichung zugrundeliegt, ist so gefaßt, daß es alles für Konsumgüter ausgegebene Geld, also auch konsumtiv verwendete Darlehen und Kapitalteile, umfaßt.[2]) Nicht darin enthalten sind Steuerleistungen und ersparte Summen. Die Steuerleistungen erscheinen später als Einkommen der öffentlichen Körperschaften in der Einkommensumme. Von den ersparten Summen behauptet Schumpeter, daß sie bei einem anderen

[1]) a. a. O., Seite 635.
[2]) a. a. O., Seite 635.

Wirtschaftsjubjekt zu Einkommen werden. Wie bereits festgestellt ist, braucht diese Annahme nicht immer zu stimmen. Die Addition aller Einzeleinkommen ergibt die Einkommensumme. Ihr gegenüber tritt in jeder Wirtschaftsperiode das Sozialprodukt, ein Produkt aus Mengen und Preisen der konsumierten Genußgüter, die das Realeinkommen verkörpern. In diese Gleichung müssen nach Schumpeter alle zirkulierenden Geldeinheiten eintreten.[1]) Ob das zutrifft, wird später zu untersuchen sein; vorläufig genügt es, die Geldmenge M ohne Abgrenzung ihres genauen Inhalts in die Gleichung einzusetzen.

Nach Einfügung der Geldmenge in die Gleichung lautet sie E = M · U = Sozialprodukt. Die Größen E (Einkommensumme) und Sozialprodukt sind bereits bekannt. M ist die zirkulierende Geldmenge, U deren Umlaufsgeschwindigkeit. Bevor wir sie näher betrachten, muß Schumpeters Auffassung über das Wesen und den Wert des Geldes klargestellt werden.

Der Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit der Wirtschaftssubjekte ist die Erlangung von Genußgütern. Wenn die Wirtschaftssubjekte ihre produktiven Beiträge auf dem Produktionsmittelmarkte gegen Geld austauschen, so tuen sie das nur, weil sie mit dem Gelde wieder Genußgüter kaufen können. Daraus schließt Schumpeter, daß das Wesen des Geldes dem einer Anweisung auf Güter gleichkommt. Es ist eine Bescheinigung für produktive Leistungen, die zum Güterbezug aus dem Sozialprodukt berechtigt. „Würden wirklich statt des Geldes Bescheinigungen beigetragener produktiver Leistungen ausgegeben, die zugleich Anweisungen auf den Konsumtivfonds der Volkswirtschaft wären, etwa von einem Zentralbüro, so hätten wir eine von den möglichen Formen eines sozialen Abrechnungssystems vor uns."[2]) Die Geldzirkulation ist nach Schumpeter nichts anderes als ein solches Abrechnungssystem.

Aus der Auffassung des Geldes als Anweisung muß Schumpeter notwendig den Eigenwert des Geldes, den Substanzwert, ablehnen. Um den Geldwert, d. h. die Geltung der Einkommenseinheit auf dem Markte, festzustellen, stellt er zunächst allgemein die Frage nach den Bestimmungsgründen des Geldwerts und unterzieht die verschiedenen Erklärungsmöglichkeiten einer eingehenden Kritik. Den Metallismus oder die Warentheorie des Geldes, die im Geldwert nur den Tauschwert des Geldmaterials sieht, lehnt er ab mit der Begründung, „das Geldwertproblem würde

[1]) a. a. O., Seite 635.
[2]) a. a. O., Seite 637.

im allgemeinen Tauschproblem aufgehen . . . ., sodaß im Grunde diese Lösung des Geldwertproblems darin besteht, seine Exsistenz zu verneinen und es durch ein Warenwertproblem zu ersetzen."[1]) Ferner führt er die bekannten aus der Beobachtung der Praxis sich ergebenden Gründe, daß sich uneinlösliches Papiergeld im Verkehr erhält, daß Metallgeld bei Einstellung der freien Prägung höher als sein Stoffwert bewertet werden kann, dagegen ins Feld. Am wichtigsten erscheint ihm der Einwand, daß die Verwendung als Geld dem Geldstoff einen anderen Wert gibt als den, den er nur als Ware haben würde.

Diese theoretische Ablehnung bedingt aber nach ihm durchaus nicht die Abkehrung von einer stoffgebundenen Währung in der Praxis. Das Wesen der Golddeckung sieht er aber nur darin, daß sie den Inhaber des Geldzeichens gegen eine beliebige Vermehrung derselben schützt.

Mit der staatlichen Theorie des Geldes stimmt er zwar in der Ansicht über die Unwesentlichkeit eines Stoffwertes des Geldes überein, bestreitet aber, daß sich die Marktgeltung des Geldes nur durch den Annahmebefehl des Staates erklären läßt. Der Staat könne wohl die konkreten Formen des Geldverkehrs regeln, sein Wesen sei aber nur aus den inneren Notwendigkeiten der Verkehrswirtschaft zu erklären.[2]) Ferner werde die Festsetzung des Wareninhalts der Einkommenseinheit nicht durch staatlichen Befehl, sondern durch den Automatismus des Marktes erledigt.

Die Grenznutzentheorie kann nach Schumpeter ebenfalls nicht zur Erklärung des Geldwertproblems herangezogen werden, da es einen subjektiven Gebrauchswert des Geldes nicht gibt. Der Geldgrenznutzen ist nur eine von den Austauschbeziehungen zwischen Geld und Ware abgeleitete Größe; er ist „lediglich ein Ausdruck der Wertschätzung jener Güter, die man für die Geldeinheit sonst noch erhalten könnte und deren Gebrauchswert in Wahrheit gegen den des Kaufobjektes abgewogen wird."[3]) Einen Gebrauchswert oder einen Tauschwert im gleichen Sinne wie die Waren hat das Geld nach Schumpeter nicht. Er muß daher für den Geldwert einen anderen Bestimmungsgrund suchen. Er benutzt dazu einen Vergleich zwischen Warenmasse und Geldeinheiten einerseits und dem Raum im Stehparterre eines Theaters und den Eintrittsbilletts andererseits. So wie der Raum, der jedem einzelnen Inhaber eines Billetts zur Verfügung steht, durch die Zahl

[1]) a. a. O., Seite 641.
[2]) a. a. O., Seite 645.
[3]) a. a. O., Seite 647.

der verkauften Karten bedingt ist, so ist auch der Warenanteil, der auf die einzelne Geldeinheit entfällt, von der ausgegebenen Geldmenge abhängig. Um den Anschluß an den zu Anfang entwickelten Gedankengang zu erreichen, muß man nach Schumpeter hier statt Geldeinheiten Einkommenseinheiten einsetzen. Diese sind die wahren „Eintrittsbilletts" zum Güterreservoir.[1]) Alle Einkommenseinheiten zusammen kaufen das Sozialprodukt; die Menge der Einheiten entscheidet daher über den Anteil und damit auch über den Wert oder die Kaufkraft der einzelnen Einheit. Das entspricht vollkommen dem Gedankengang der Quantitätstheorie, und Schumpeter erbringt den Beweis, daß nicht nur kein Gegensatz zwischen Anweisungs- und Quantitätstheorie besteht, sondern daß notwendig jede Geldtheorie außer der Warentheorie in den Gedankengang der Quantitätstheorie einmünden muß. Daraus wird verständlich, weshalb Schumpeter diese nicht als selbständige Geldtheorie, sondern nur als geldtheoretischen Lehrsatz auffaßt, der an und für sich nichts über das Wesen von Geld und Geldwert aussagt.[2]) Man kann ebensogut, wie es im ersten Teile der vorliegenden Arbeit geschehen ist, umgekehrt argumentieren: Weil man aus dem Wesen des Geldes einen inneren Geldwert nicht konstruieren kann, muß man Geldwert mit Kaufkraft identifizieren und so notwendig zur Quantitätstheorie gelangen. Will man diese in eine Gleichung kleiden, so ist, wie bereits mehrfach festgestellt wurde, die Abgrenzung der Geld- und Warenmengen von großer Bedeutung. Einkommensumme und Sozialprodukt der Schumpeterschen Gleichung sind klargestellt; es kommt nun darauf an, die Geldmenge zu bestimmen und in die Gleichung einzufügen. Der Geldbegriff ist nach Schumpeter nur aus seiner wirtschaftlichen Funktion zu erklären. Geld ist folglich alles, „was die Rolle des Geldes tatsächlich ausfüllt."[3]) Danach faßt Schumpeter in der Geldmenge sechs Gruppen verschiedener Geldarten zusammen. Zur ersten Gruppe Warengeld rechnet er nicht nur vollwertige, frei präg- und demonetisierbare Goldmünzen und Barrengold, sondern auch alle anderen Waren, die jeweils die Tauschmittelfunktion erfüllen (z. B Zucker, Kaffee, Tee, Tabak usw.). In die zweite Gruppe gehört alles Geld aus einem Stoff, dessen Marktpreis geringer ist als die Kaufkraft, der daraus erzeugten Einheiten,[4]) unter-

[1]) a. a. O., Seite 647.
[2]) a. a. O., Seite 648.
[3]) a. a. O., Seite 655.
[4]) a. a. O., Seite 657.

wertige Gold- und Silbermünzen, Scheidemünzen, Papiergeld. Die dritte Gruppe bilden die Banknoten, die vierte die Scheck- und Giroguthaben, die wie eine Geldvermehrung wirken. Banknoten und Giroguthaben unterscheiden sich nach Schumpeter dadurch, daß bei ersteren die Geldvermehrung erfolgt, weil nicht alle Noten gleichzeitig eingelöst werden und daher die ausgegebene Notenmenge größer sein kann als die Golddeckung; bei letzteren ist die Geldvermehrung möglich durch Ausschaltung des Goldes aus dem Verkehr. „Ihrem Wesen nach sind beide dasselbe."[1]) Die Schecks und Girozettel selbst sind nur dann in die Geldmenge einzubeziehen, wenn sie längere Zeit im Verkehr bleiben. Die fünfte Gruppe enthält alle durch Skontration allein erledigten Zahlungen, d. h. Beiträge, die im sog. Naturaltauschverkehr gegeneinander aufgerechnet werden. Schumpeter bestreitet, daß dadurch „Geld gespart" werden kann; er ist im Gegenteil der Ansicht, daß in diesem Falle die Geldmenge um die verrechneten Beträge vermehrt worden ist. In Gruppe sechs wird schließlich alles zusammengefaßt, was sonst noch die Geldrolle ausüben kann, insbesondere Kreditinstrumente und Forderungen aller Art. Dazu gehören Wechsel und Kupons, soweit sie zirkulieren. Bei den Forderungen ist besondes zu beachten, daß Schumpeter auch dem Buchkredit geldvermehrende Wirkung zuschreibt, weil es gleich sei, ob sich der Schuldner einen Girokredit bei der Bank oder einen Buchkredit bei einem Privatmann einräumen lasse. Erkenne man in jenem Falle die geldvermehrende Wirkung an, müsse man es auch in diesem Falle tun. Diese weite Fassung der Geldmenge hat nach Schumpeter zwar den Nachteil, daß sie praktisch nicht so leicht zu erfassen ist, wie etwa nur Metallgeld, Papiergeld und Banknoten, sie hat aber den Vorzug, daß sie der Wirklichkeit mehr gerecht wird. Die Konstruktion einer Proportionalität zwischen Goldgeld und Kreditgeld oder auch zwischen der „Deckung" und den auf ihr basierenden Zahlungsmitteln hält Schumpeter für unmöglich.[2])

Die so umrissene Geldmenge wird nun von Schumpeter durch zwei Einschränkungen wesentlich verkleinert. Erstens berücksichtigt er nur das wirklich zirkulierende Geld; es werden daher von der Geldmenge abgezogen: die Horte, die „Deckungen", unbeschäftigte, aber auf Verwendung wartende Summen und die Kassenreserven der Banken und Privaten. Im Gegensatz zu Fisher muß man darunter nicht den Durchschnittsbetrag der jeweiligen Kassenbestände ver-

[1]) a. a O., Seite 658.
[2]) a. a. O., Seite 663 und 665.

stehen, sondern nur die Beträge, die immer in Reserve bleiben. Zweitens schränkt Schumpeter auch die zirkulierende Geldmenge ganz erheblich ein. Seinem anfangs entwickelten Gedankengang folgend will er nur den Teil der zirkulierenden Geldmenge erfassen, der zu Einkommen wird, d. h. „der in jeder Wirtschaftsperiode von den Produzenten auf dem Produktionsmittelmarkt ausgegeben, dort von den Lieferanten der Produktionsmittel erworben und dann auf den Konsumgütermarkt gebracht wird.“[1]) Die Summen, die auf dem Grundstücks-, Hypotheken- und Effektenmarkt zirkulieren, sind auszuscheiden, da sie keine direkte Wirkung auf die Kaufkraft ausüben. Dieses Verfahren steht im Widerspruch zu der auf Seite 635 aufgestellten Behauptung, daß in die Einkommensumme alle zirkulierenden Geldeinheiten eintreten. Diese Summen würden nach unserer Auffassung die Preise der Produktionsgüter, die Schumpeter in diesem Zusammenhang Einkommensträger nennt, z. T. ergeben. Sie sind weit höher als die Einkommensumme, wodurch unsere Interpretation der Schumpeterschen Gleichung zwischen Preissumme der Konsumgüter und der Produktionsgüter erhärtet wird. Schumpeter verkennt nicht, daß Geldsummen zwischen der Kapitalsphäre, der Sphäre der Horte und Reserven und der Zirkulationssphäre hin und her wechseln und die statistische Erfaßbarkeit der Geldmenge ziemlich unmöglich machen. Begrifflich sei sie jedoch sehr klar, und von dieser Geldmenge gelte durchaus der Grundsatz der Quantitätstheorie.[2]) Unseres Erachtens wäre die Verengung des Begriffs Geldmenge in dieser Form garnicht nötig gewesen, da die in Frage kommenden Geldsummen infolge der besonderen Fassung der Umlaufsgeschwindigkeit überhaupt nicht zur Wirkung kommen. Wenn sie nicht in die Einkommensumme hineingeraten, haben sie nämlich die Umlaufsgeschwindigkeit Null. Das wird verständlich, wenn man sich den Schumpeterschen Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit klar macht. Dieser weicht von dem Cassels und Fishers erheblich ab. Es handelt sich bei ihm nicht um die Umlaufsgeschwindigkeit im Austausch zwischen Geld und Ware, sondern in der Einkommensverteilung. Damit begegnet Schumpeter dem Einwand, daß die Umlaufsgeschwindigkeit kein unterscheidbares Element des Geldwertproblems, sondern notwendig gleich der der Waren sei.[3]) Für den Warenverkehr könne das zutreffen; diesem

[1]) a. a. O., Seite 666.
[2]) a. a. O., Seite 667.
[3]) a. a. O., Seite 668.

Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit könne aber keine Bedeutung für das Geldwertproblem zugeschrieben werden. Um seinen Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit klarzustellen, stellt Schumpeter folgende Ueberlegung an. Er setzt an die Stelle der Produktiv- und Konsumgüter zwei Warenmengen, die von den Produzenten derselben mit Hilfe einer bestimmten Geldmenge — er nennt 100 Kronen — ausgetauscht werden und zwar einmal in einer Wirtschaftsperiode. Dann ist der Gesamterlös beider Warenmengen gleich 100 Kronen, da für die Geldsumme keine andere Verwendungsmöglichkeit besteht als Ankauf der betreffenden Waren. Nun ist es denkbar, daß der Austausch nicht einmal im Jahr, sondern jeden Monat stattfindet, wobei ein Zwölftel der Warenmengen ausgetauscht wird. Dann ist auch nur ein Zwölftel der Geldmenge dazu erforderlich, oder wenn die ganze Geldmenge zur Verwendung kommt, ist der Gesamterlös der Waren zwölfmal so hoch, also 1200 Kronen. Die Umlaufsgeschwindigkeit der 100 Kronen ist in diesem Falle gleich 12. Nun erweitert Schumpeter das Beispiel, indem er statt zweier gleichartiger Warenmassen wieder Produktiv- und Konsumgüter einsetzt. Das Entgelt für die ersteren ist die Einkommensumme, die das Sozialprodukt, das Realeinkommen, kauft. Geschähe dieser Kauf in der Art, daß zu einem und demselben Zeitpunkt das gesamte Realeinkommen gegen die gesamte Einkommensumme ausgetauscht würde, „so müßte jeder Einheit dieser Einkommensumme eine in irgend einer Form existierende Geldeinheit entsprechen."[1]) Eine solche Geldmenge, die der Einkommensumme gleich käme, ist, wie Schumpeter mit Recht aus der Statistik schließt, in keiner Volkswirtschaft vorhanden, sondern die Gesamtumsätze werden mit einer weit geringeren Geldmenge erledigt. Das ist nur dadurch möglich, daß sowohl Einkommensbildung wie Einkommensverwendung nicht einmalig, sondern mehr oder weniger kontinuierlich erfolgen. Für das Realeinkommen ist das ohne Bedeutung, jeder Teil von ihm kann nur einmal konsumiert werden. Die Konsumenten geben Produktivgüter in den Produktionsprozeß hinein, die nach einer längeren oder kürzeren Periode als Konsumgüter zu ihnen zurückkehren. Mit dem Konsumakt gehen sie unter. Anders verhält es sich mit dem Gelde; es geht nicht unter nach Durchlaufen dieses Kreislaufs, es kann sehr viele Güter auf diesem Wege begleiten. Weil die Produktionsperioden der einzelnen Güter verschieden lang

[1]) a. a. O., Seite 668.

sind, kann dieselbe Geldeinheit mehrmals den Kreislauf von der Konsumtionssphäre bis wieder in die Konsumtionssphäre innerhalb der volkswirtschaftlichen Produktionsperiode, die der Einkommensumme zugrunde liegt, zurücklegen, und in verschiedenen Geldeinkommen oder auch mehrere Male in demselben Geldeinkommen erscheinen.[1]) Diese Tatsache ergibt nach Schumpeter die Umlaufsgeschwindigkeit oder Effizienz des Geldes. Ihr Maß ist die Anzahl von Malen, in denen die Geldeinheit innerhalb der Produktionsperiode zum Einkommenselement wird. Der Händewechsel oder die durchschnittliche Ruhezeit bilden nach Schumpeter kein befriedigendes Maß der Umlaufsgeschwindigkeit. Der Händewechsel hat nach ihm nur dann geldvermehrende Wirkung, wenn das Geld von einem Einkommen in ein anderes übergeht. Bildet das Geld nur einen durchlaufenden Posten ohne Einkommensentstehung, so hat der Händewechsel keine Wirkung. Das stimmt für Schumpeters Gleichung. Für die Formulierung Cassels und Fishers trifft es nicht zu. Da die Effizienz nach den sozialen Kreisen und nach den Geldarten verschieden ist, so muß sie immer eine Durchschnittsgröße sein.[2]) Schumpeter nimmt im Interesse der vereinfachten Darstellung an, daß es nur eine Umlaufsgeschwindigkeit gebe. Eine Steigerung der Umlaufsgeschwindigkeit wirkt wie eine Vermehrung der Geldmenge. Will man diese zur Einkommensumme in Beziehung setzen, so muß man so formulieren: die Einkommensumme ist gleich dem Produkte aus Geldmenge und ihrer Effizienz. Die Grundgleichung der Schumpeterschen Geldtheorie ist damit soweit klargestellt, daß sie endgültig so formuliert werden kann: $E = M \cdot U = p_1 m_1 + p_2 m_2 + p_3 m_3 + \ldots\ldots p_n m_n$. Die Größen dieser Gleichung sind bekannt bis auf die letzte. Hier ist jedoch nur das Sozialprodukt in seine Bestandteile zerlegt. m_1 bis m_n sind die Mengen der einzelnen Gebrauchs- und Verbrauchsgüter; p_1 bis p_n ihre Preise, „wobei für jene Gebrauchsgüter, die die Wirtschaftsperiode überdauern, die normale Quantität der jährlichen Neuanschaffung in Betracht kommt.[3])

Die Addition der einzelnen Posten ergibt wieder das Sozialprodukt und erscheint in den weiteren Ausführungen Schumpeters unter der Bezeichnung „Produktensumme". Diese Gleichung ist nach Schumpeter eine ganz unleugbare Selbstverständlichkeit, was nicht zu bestreiten ist. Eine

[1]) a. a. O., Seite 670 f.
[2]) a. a. O., Seite 673.
[3]) a. a. O., Seite 675.

Tautologie ist sie aber auch nicht. Denn Schumpeter behauptet mit Recht, daß jede Größe nicht nur begrifflich, sondern auch praktisch zu unterscheiden ist. Schwieriger zu entscheiden ist die Frage, ob sie einen Kausalzusammenhang ausdrückt. „Im rein arithmetischen Sinne sagt sie, daß, wenn von den drei Größen, die sie enthält — Geldmenge, Effizienz und Produktensumme — zwei gegeben sind, damit auch die dritte bestimmt ist",[1]) während für die Quantitätstheorie nach Schumpeter nicht nur im arithmetischen, sondern auch im kausalen Sinne die Aussage der Gleichheit derart zutrifft, daß Geldmenge und Effizenz das bestimmende, das Preisniveau das bestimmte Moment bedeuten. Eine solche kausale Gültigkeit nimmt Schumpeter für seine Formel nicht in Anspruch. Sie ist nach ihm nur eine formale Gleichung, die ihm zum Feststellen von Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Geldvolumen und Produktensumme dienen soll. Er folgert aus ihr drei Hauptsätze. Davon lautet der erste: Keine Veränderung der Größen aus denen die Produktensumme besteht, kann diese selbst, also den Ausdruck: $p_1 m_1 + p_2 m_2 + \ldots . p_n m_n$ direkt beeinflussen.[2]) Da Schumpeter im dritten Hauptsatz die Möglichkeit einer indirekten Beeinflussung der Produktensumme über eine durch Veränderung der Warenpreise und -mengen hervorgerufene Geldvermehrung behandelt, muß der erste Hauptsatz den einschränkenden Zusatz erhalten: „Wenn $M \cdot U$ konstant bleiben." Solange das der Fall ist, muß nach Schumpeter die Produktensumme unverändert bleiben, d. h. „jede Veränderung von Warenpreisen und Warenmengen muß durch entsprechende Veränderungen anderer Warenpreise und Warenmengen ausgeglichen werden."[3]) Das ist leicht einzusehen. Die Produktensumme entspricht der Einkommensumme, die wieder gleich $M \cdot U$ ist. Wenn sich die Einkommensumme nicht ändert, und das ist bei der Voraussetzung, daß $M \cdot U$ konstant bleibt, der Fall, kann sich selbstverständlich auch die Produktensumme nicht verändern. Was von der Einkommensumme für eine Ware mehr ausgegeben wird, muß notwendig für andere weniger ausgegeben werden. Steigen infolge verschobener Nachfrage Preise und Mengen eines Gutes, so muß das durch Veränderung von Preisen und Mengen anderer Güter ausgeglichen werden, sonst müßten, wie Schumpeter mit Recht behauptet, entweder Waren unverkauft oder zahlungsfähige Nachfrage unbefriedigt

[1]) a. a. O., Seite 676.
[2]) a. a. O., Seite 677.
[3]) a. a. O., Seite 677.

bleiben.[1]) Wenn mehr oder weniger gespart wird, so entspricht das, wie bereits früher festgestellt wurde, vermehrtem oder vermindertem Einkommen der Besitzer der Produktivgüter, wodurch nichts geändert wird. Aus diesem Satz ergibt sich eine wichtige Folgerung für die Konstruktion des Preisniveaus. Bei Unveränderlichkeit von M · U können in der Produktensumme trotzdem alle Preise sich ändern, es kann sogar das Preisniveau steigen oder fallen, ohne daß die Produktensumme sich ändert, wenn nämlich — und nach Schumpeters Formulierung muß das so sein — durch Vermehrung oder Verminderung der Warenmengen ein Ausgleich herbeigeführt wird. Eine allgemeine Preisänderung, die nicht auf diese Art ausgeglichen wird, kann nur durch Veränderung der Geldseite veranlaßt werden. Daraus zieht Schumpeter für das Preisniveau den Schluß, daß der arithmetische Durchschnitt aller Preise mit den den Warenmengen proportionalen Indices gewogen werden muß, da andere Konstruktionen des Preisniveaus, z. B. der einfache arithmetische Durchschnitt oder auch der mit den den Umsatzsummen proportionalen Zahlen gewogene arithmetische Durchschnitt das Verhältnis zwischen den Warenmengen unberührt lassen.[2]) Das wichtigste Ergebnis des ersten Hauptsatzes ist, „daß die Produktensumme nie selbst die Ursache von Veränderungen der Geldmenge sein kann."[3]) Damit hat Schumpeter die Behauptung widerlegt, daß ein Steigen der Preise oder des Warenumsatzes eine Geldvermehrung nötig mache.

Der zweite Satz, den Schumpeter aus der Gleichung ableitet, lautet: „Was immer auf der linken Seite der Gleichung geschieht — jede Wirkung „monetärer" Ursachen also — beeinflußt unmittelbar M · U, und jede Veränderung von M · U erzwingt eine entsprechende Veränderung der Produktensumme der rechten Seite."[4]) Der zweite Teil des Satzes enthält die allgemein bekannte Behauptung der Quantitätstheorie. Charakteristisch für die Formulierung Schumpeters ist der erste Teil des Satzes. Er behauptet, daß M · U sich immer ändert, wenn sich auch nur eine der beiden Größen ändert, mit anderen Worten eine Geldvermehrung kann nicht durch eine verlangsamte oder umgekehrt eine Geldverminderung durch eine beschleunigte Umlaufsgeschwindigkeit ausgeglichen werden, sodaß trotzdem die Größe M · U konstant bliebe. Die Bedeutung dieser

[1]) a. a. O., Seite 678.
[2]) a. a. O., Seite 680 f.
[3]) a. a. O., Seite 681.
[4]) a. a. O., Seite 681.

Behauptung wird klarer durch einen Vergleich mit dem Casselschen und Fisherschen Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit. Nach Cassel wirkt die verstärkte Benutzung von Papiergeld und Giralgeld wie eine Umlaufsbeschleunigung. Will er die Menge des Goldes allein zum Preisniveau in Beziehung setzen, so muß er entweder U als konstant voraussetzen oder mit Fisher eine Proportionalität zwischen Goldgeld und allem übrigen Geld annehmen. Ein Ausgleich zwischen M und U im Sinne Cassels ist bei Schumpeter nicht möglich, da jede verstärkte Ausnutzung des Geldes im engeren Sinne, z. B. Clearing, Skontration und Forderungsüberweisung, als selbständiges Geld in die Geldmenge einbezogen ist und daher nur M und nicht U beeinflussen kann. Nach Fisher veranlaßt eine Geldvermehrung gleichzeitig eine Vermehrung des Bankgeldes und eine Vermehrung der Umlaufsgeschwindigkeit.

Das wird von Schumpeter bestritten, und nach seiner Begriffsbestimmung der Effizienz hat er darin recht. Danach kann eine Veränderung der Geldmenge die Effizienz nicht beeinflussen, da diese ja nicht von monetären, sondern von auf der Güterseite liegenden Momenten bestimmt wird. Es müßte sich dann schon der wirtschaftliche Kreislauf ändern. Da die Formel für eine statische Wirtschaft konstruiert ist, kann das nicht möglich sein. In einer solchen ist die Effizienz im Sinne Schumpeters konstant. In keinem Falle sind M und U auf solche Weise miteinander verknüpft, daß sich Veränderungen von M und U gegenseitig aufheben, ohne zuvor auf die Güterseite eingewirkt zu haben. Zieht man außerdem in Betracht, daß die Effizienz des Geldes durch die Güterbewegung bestimmt und deshalb in statischer Wirtschaft konstant ist, so kann man schließen, daß in der Schumpeterschen Gleichung nur M das bestimmende Moment ist. Aendert sich $M \cdot U$, so muß, wie der zweite Teil des Satzes behauptet, sich auch die Produktensumme ändern. Da M nur die zirkulierende Geldmenge enthält, ist das selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Erklärung. Nach Schumpeter fügt die Quantitätstheorie zu dieser Behauptung zwei andere hinzu: „erstens, daß die Geldmenge die treibende Kraft der Veränderungen von $M \cdot U$ ist, und die sich nur langsam und aus unabhängigen Ursachen verändernde Effizienz dabei als neutraler Faktor, fast als Konstante, betrachtet werden kann.“[1]) Dies erkennt Schumpeter in Bezug auf den von ihm formulierten Inhalt des Effizienzbegriffes an. Zweitens erfolgt

[1]) a. a. O., Seite 685.

die Veränderung der Produktensumme derart, daß sich die Preise ändern, während die Warenmengen konstant bleiben. Die Geldmenge ist das aktive, das Preisniveau das passive Moment; Effizienz und Warenmengen sind neutral. Hier muß man Schumpeter entgegen halten, daß diese beiden Punkte keine Konsequenz, sondern eine Voraussetzung der Quantitätstheorie sind. Er will obige These weder schlechthin annehmen, noch ablehnen. Richtig sei sie insofern, als eine Erhöhung der Einkommensumme nicht ipso facto eine Vergrößerung des Gütervorrats bedeute, sondern nur Vermehrung der Anweisungen darauf.[1]) Es müsse in diesem Falle das Preisniveau steigen, während die Warenmenge gleich bleibe. Wenn alle Preise gleichmäßig steigen, dann ist kein Ausgleich durch vermehrte Produktion möglich. Die Preissteigerung ist nur nominell, und auf der Warenseite bleibt alles unverändert. Diese Annahme wird aber nach Schumpeter durch die konkreten Tatbestände widerlegt. „Sie bringen soviel Abweichungen von den nötigen Voraussetzungen mit sich, daß von dem an sich richtigen Prinzip in praxi wenig übrig bleibt."[2]) Als nötige Voraussetzungen sieht Schumpeter folgende Punkte an: isolierte Volkswirtschaft, Verdoppelung aller Geldeinheiten dort, wo sie gerade sind, Verdoppelung aller in Kontrakten festgelegten Summen, keine Abströmungsmöglichkeit für Metallgeld und zuletzt allgemeine Kenntnis von der Geldvermehrung.[3]) In Wirklichkeit treffen diese Voraussetzungen nie zu. Die Wirtschaftssubjekte handeln, als wenn sie tatsächlich einen Einkommenszuwachs erfahren hätten, und dadurch werden Verschiebungen in Produktion und Konsumtion und in der Vermögensbildung veranlaßt. Damit hat Schumpeter aber das statische Problem verlassen und sich bereits der dynamischen Entwicklung zugewandt. Man kann das Ergebnis seiner bisherigen Ausführungen kurz so zusammenfassen: In einer statischen Wirtschaft stimmt die Gleichung. Da es aber eine statische Wirtschaft nicht gibt, entsteht ein neues Problem: Die Frage nach den Auswirkungen einer Geldvermehrung in einer dynamischen Wirtschaft.

Bevor dieses untersucht wird, erscheint es zweckmäßig, sich die Problemstellung des statischen Teils noch einmal klar zu machen, um festzustellen, ob die drei dargestellten Typen der Quantitätstheorie eine befriedigende Lösung gebracht haben. Wir hatten im ersten Teil der vorliegenden

[1]) a. a. O., Seite 686.
[2]) a. a. O., Seite 686.
[3]) a. a. O., Seite 686.

Arbeit das Charakteristikum der Quantitätstheorie darin gesehen, daß sie einen sogenannten inneren Geldwert ablehnt und die Tatsache, daß das Geld Wert hat und die Höhe dieses Wertes aus dem Verhältnis zwischen Geld- und Warenmengen erklärt. Dieses Charakteristikum weisen auch die drei dargestellten Typen auf. Sie unterscheiden sich nur durch die Formulierung. Nach Cassel ist das Geld eine abstrakte Rechnungseinheit, nach Fisher ein gedrucktes Beweismittel für das Eigentumsrecht an Gütern, nach Schumpeter eine Anweisung auf Güter. Für ihren Wert sind immer die Mengenbeziehungen zwischen Waren und Geld entscheidend. Alle drei kleiden die Theorie in eine Gleichung. Cassel geht aus von der zirkulierenden Geldmenge und dem Realumsatz und erweitert diese Größen, da sie ihm zu unbestimmt erscheinen, zu der Gesamtgoldmenge und dem allgemeinen Preisniveau. Für die begriffliche und wirkliche Erfaßbarkeit der Geldmenge bedeutet das eine große Vereinfachung. Sie ist aber an Voraussetzungen geknüpft, die wohl in Wirklichkeit nicht aufrecht zu halten sind. Erkennt man sie an, so ist gegen die Richtigkeit der Formulierung nichts einzuwenden.

Fisher nimmt seinen Ausgang von der Gegenüberstellung von Geldstrom und Warenstrom, und verengt dann diese Größen auf die Geldmenge im engeren Sinne (Bargeld und Banknoten) plus Bankdepositen und das Handelsvolumen. Gegen diese Gleichung läßt sich ebenfalls nichts sagen. Der einzige Einwand, der gemacht werden könnte, wäre der, daß sie eine Tautologie sei. Da Fisher sie aber zur Aufsuchung von Causalitätsbeziehungen benutzt, ist dieser Einwand gleichgültig.

Die Schumpetersche Gleichung stellt Einkommensumme und Sozialprodukt gegenüber. Es scheint zwar, als ob es sich hier um ganz andere Größen handelt. Die Einkommenseinheiten sind aber dieselben Geldeinheiten, die wir in den anderen Gleichungen auch finden. Nur ist der Geldbegriff ein viel weiterer. Es ist alles, was nur irgendwie in die Lage kommt, die Rolle des Geldes auszuüben, in die Geldmenge einbezogen, weil für diese auf den Nominaleinkommen basierte Gleichung alles erfaßt werden muß, was in der Lage ist, als Nominaleinkommen zu erscheinen. Begrifflich sind die Größen sehr scharf umrissen, über die praktische Erfaßbarkeit läßt sich streiten. Unter der Voraussetzung einer statischen Wirtschaft besteht die Behauptung der Gleichung zu recht.

Wir haben, als wir die wichtigsten Einwände gegen die Quantitätstheorie zusammenstellten, zwei Gruppen unter-

schieden, und zwar nach statischen und dynamischen Gesichtspunkten. Da bei allen drei Theorien die Ausschaltung des dynamischen Problems zur Voraussetzung gemacht wird, haben wir bei der Untersuchung, ob die Einwände auch auf die neuere Formulierung der Quantitätstheorie zu treffen, uns nur mit den ersteren zu befassen. Der Einwand, daß die Produktionskosten den Wert des Geldes bestimmen, wird wohl nicht mehr erhoben; er käme auch nur für Metallgeld in Betracht. Man könnte höchstens umgekehrt sagen, daß die Höhe des Geldwertes über die Produktion des Geldstoffes entscheidet, indem ein erhöhtes Preisniveau die Produktion rentabler machte; daß aber eine durch vermehrte Papiergeldausgabe veranlaßte Preissteigerung durch verstärkte Goldproduktion ausgeglichen werden könnte, ist aus technischen Gründen undenkbar. Wir können uns daher für die übrigen Einwände auf die Schumpetersche-Controverse „Ware oder Anweisung" beschränken. Ist das Geld eine Ware, dann gibt es, wie Schumpeter mit Recht behauptet, kein eigenes Geldwertproblem, es läßt sich mit dem allgemeinen Tauschproblem erledigen. Die Warentheorie läßt sich aber gegenüber den nominalistischen Angriffen nicht mehr halten. Das Geld ist keine Ware, denn es ist in seiner modernen Gestalt zu einem wirtschaftlichen Objekt sui generis geworden, das schon rein äußerlich (Papierschein, Guthaben) dadurch charakterisiert ist, daß es einen Gebrauch zu irgend welchen technischen Zwecken, wie es ihn für alle übrigen Güter gibt, überhaupt nicht mehr zuläßt. Infolgedessen ist der Stoff der Geldzeichen überhaupt gleichgültig geworden, und daraus folgt, daß der Stoffwert der Geldzeichen für ihren Wert nicht mehr maßgebend sein kann.

Damit ist aber natürlich noch nicht die Frage entschieden, ob der Nominalismus nicht ebenso, wie er die Stoffwerttheorien ausschließt, auch die Quantitätstheorie unmöglich macht. Gerade dies wird nicht allein von manchem seiner Gegner, sondern auch von einigen seiner Vertreter behauptet. Infolgedessen stehen sich hier zwei Meinungen gegenüber: Budge vertritt die Ansicht, daß der konsequente Nominalismus ein Problem des Geldwertes überhaupt nicht anerkennen darf. Er verweist darauf, „daß alle Schumpeter vorangegangenen Nominalisten der jüngsten Zeit (Knapp, Bendixen, Liefmann, Heyn) die Quantitätstheorie verwerfen." [1]) Dagegen muß nach Wagemann jede nominalistische Geldtheorie in die Quantitätstheorie einmünden. [2]) Wenn

[1]) Budge, Siegfried, Waren- oder Anweisungstheorie des Geldes? in Archiv für Sozialw. und Sozialpolitik, 46. Bd. Seite 735.
[2]) Wagemann, Ernst, Allgemeine Geldlehre, Seite 45 ff.

Budge behauptet, die Quantitätstheorie sei eine ausgesprochene Warentheorie des Geldes, nach der der Geldwert von Angebot und Nachfrage abhänge,[1]) so verkennt er die Problemstellung. Für eine Warentheorie des Geldes ist eine Quantitätstheorie nicht nötig. Gerade weil der Nominalismus ein Geldwertproblem im Sinne Budges nicht kennt, muß er zur Quantitätstheorie kommen. Wenn der Geldwert nicht aus dem Wert des Geldgutes erklärt werden kann, muß man ihn als Reflexwert zwischen Waren und Geld auffassen. Dabei sind immer Mengenbeziehungen ausschlaggebend und können immer nur Mengenbeziehungen ausschlaggebend sein, sodaß der Anschluß an die Quantitätstheorie nicht zu vermeiden ist. Wenn extreme Nominalisten wie Knapp[2]) und Liefmann[3]) die Quantitätstheorie ablehnen, so haben sie zwar das Verdienst, die Warentheorie widerlegt zu haben, können aber mit ihrer Theorie die Tatsache des Geldwertes nicht erklären. Wenn Knapp das Wesen des Geldes in der staatlichen Sanktionierung sieht, so erklärt er dadurch nur, weshalb gerade dieses oder jenes Zahlungsmittel Geld ist und wie seine Austauschbeziehungen zu den anderen Geldarten sind. Ueber sein Verhältnis zur Warenwelt sagt er nichts, weil der staatliche Befehl nichts darüber sagt, ob im Warenumsatz das vom Staate „sanktionierte" Geld überhaupt benutzt wird. Die Vertragsfreiheit ermöglicht, jedes beliebige wirtschaftliche Objekt als Tauschäquivalent festzusetzen. Ebenso verhält es sich mit der psychologischen Rechnungseinheit bei Liefmann. Sie kann wohl existieren, aber damit ist der Wert des konkreten Zahlungsmittels nicht erklärt. Hat doch Cassel sehr gut nachgewiesen, daß abstrakte Rechnungseinheit und konkretes Zahlungsmittel sich durchaus nicht zu decken brauchen. Man kann, um ein praktisches Beispiel anzuführen, sehr wohl in Goldmark rechnen, aber mit Papiermark, deren Anzahl gegenüber der Goldmark sich ändern kann, bezahlen, d. h. Waren kaufen. Das konkrete Geld kann seinen Wert nur von dem Austauschverhältnis zur Ware ableiten. Bestreitet man die Warentheorie und bekennt sich zum Nominalismus, so muß man, wie Wagemann und Schumpeter mit Recht behaupten, notwendig zur Anwendung der Quantitätstheorie gelangen. Das statische Geldwertproblem ist auf nominalistischem Boden, der allein den Tatsachen der vorhandenen Geld-

[1]) Budge, a. a. O., Seite 739.

[2]) Knapp, Georg, Staatliche Theorie des Geldes, III. Auflage.

[3]) Liefmann, Robert, Geld und Gold. Oekon. Theorie des Geldes, Stuttgart und Berlin, 1916.

verfassungen Rechnung trägt, nicht anders zu erklären, und die Quantitätstheorie ist unter der Voraussetzung einer statischen Wirtschaft sehr wohl dazu geeignet.

Man kann ihr allerdings die Berechtigung dieser Voraussetzung bestreiten mit dem Hinweis, daß es eine statische Wirtschaft realiter nicht gebe. Dieser Einwand richtet sich jedoch nicht gegen den Grundgedanken der Theorie, sondern nur gegen ihre Formulierung. Er behauptet nur, daß Geldmenge und Preisniveau nicht genau proportional steigen, wie es in der Gleichung der Quantitätstheorie ausgedrückt ist, weil andere Momente dem entgegen wirken können. Das geben die Vertreter der Quantitätstheorie auch wohl meistens zu, und gerade deswegen wird ja die Voraussetzung ceteris paribus, die der Annahme einer statischen Wirtschaft gleichkommt, gemacht. Die Ausschaltung von Zufälligkeiten oder von Momenten, die das Grundsätzliche der Erkenntnis nicht ändern, muß jedem Theoretiker zugebilligt werden. Mag diese Voraussetzung nach der älteren Fassung „ceteris paribus“ oder nach der neueren „statische Wirtschaft“ oder in der Formulierung von Mises „sonst gleiche Volkswirtschaften“ heißen, erkennt man ihre Berechtigung an, so kann man die Quantitätstheorie nicht widerlegen.

III. Teil.

Das dynamische Problem der Quantitätstheorie.

6. Kapitel.

Die Theorie der gleichmäßigen Expansion.

Es ist wohl zuzugeben, daß die Quantitätstheorie durch die bekannten Einschränkungen der vollen Wirklichkeit nicht mehr gerecht wird. Aber das schließt nicht aus, daß sie trotzdem für die Erklärung der Beziehungen zwischen Geld- und Warenmengen in einer dynamischen Wirtschaft recht gut zu verwenden ist, obschon sie nicht einfach wörtlich angewendet werden kann. In wie hohem Maße das der Fall ist, zeigt am deutlichsten die Existenz der sog. monetären Konjunkturtheorien, die den Konjunkturablauf nur mit den Veränderungen des Geldvolumens erklären wollen.[1]) Die Schwierigkeit des dynamischen Problems liegt darin, daß das Geld neben der Zahlungsmittelfunktion gleichzeitig die der Kapitalbildung und Kapitalübertragung ausübt. Da in Wirklichkeit die Vermehrung der Geldmengen nicht gleichmäßig bei allen Wirtschaftssubjekten erfolgt, ihnen auch meistens nicht allgemein bekannt ist, ergeben sich Verschiebungen in Produktion und Konsumtion, im Vermögen wie im Einkommen. Dadurch wird die Güterseite beeinflußt. Wir haben uns also beim dynamischen Problem mit der Frage zu befassen, wie sich eine Geldmengenveränderung in einer dynamischen Wirtschaft auf die Güterseite auswirkt, nachdem die Quantitätstheorie klargestellt hat, wie sich eine Geldvermehrung, die die Güterseite nicht beeinflußt, auf die Kaufkraft des Geldes auswirken würde.

Hier zeigt sich der entscheidende Fortschritt aller modernen Fassungen der Quantitätstheorie. Er liegt darin, daß sie die Art der Güterbewegung in der Volkswirtschaft klar angeben, deren Struktur die Gültigkeit der Quantitätstheorie allein zuläßt. Daraus ergibt sich von selbst der Weg, der den Uebergang von der reinen Quantitätstheorie zu dem Geldproblem der wirklichen, d. h. dynamischen Wirtschaft ermöglicht. Er besteht in der Herausarbeitung

[1]) Vergl. Spiethoff, Die Quantitätstheorie insbesondere in ihrer Verwertbarkeit als Haussetheorie a. a. O.

von Typen der Güterseite der Volkswirtschaften, die sich der Wirklichkeit schrittweise nähern, um daran die Abweichungen von der Gültigkeit der Quantitätstheorie in der statischen Wirtschaft zu prüfen. So haben denn auch die drei Theorien, die wir als Typen für die moderne Formulierung der Quantitätstheorie herausgestellt haben, je einen Wirtschaftstypus konstruiert, mit dessen Hilfe sie von der Quantitätstheorie aus möglichst nahe an die Wirklichkeit heranzukommen suchen. Wir nennen sie:

1. die Theorie der gleichmäßigen Expansion,
2. die Theorie der rhythmischen Expansion,
3. die Theorie der explosiven Expansion.

Der Schritt, den Cassel von der Konstruktion einer statischen Wirtschaft zur Annäherung an die Wirklichkeit unternimmt, besteht in der Annahme einer gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft, wobei er den Fortschritt in rein quantitativem Sinne „als eine in einer gesteigerten Produktion zutage tretende Bewegung" auffaßt.[1]) Diese Erweiterung der Produktion dient dazu, das Wachsen der Bevölkerung zu ermöglichen, oder sie muß bei gleichbleibender Bevölkerung die Bedürfnisbefriedigung pro Kopf steigern. In dem Falle muß die quantitative Arbeitsleistung pro Person größer werden oder, da das nur in engen Grenzen möglich ist, die Produktionsmethoden müssen dauernd verbessert werden. Das hat wieder eine dauernde Aenderung des Produktionsprozesses und auch der Bedürfnisbefriedigung zur Folge, sodaß der Fortschritt zu einer ziemlich komplizierten Angelegenheit wird. Um den Fall möglichst einfach zu gestalten, setzt Cassel ein gleichmäßiges Wachstum der Bevölkerung, unveränderte Produktionsmethoden und gleiche Arbeitsleistung pro Person voraus; dann kann er folgern: „Ist das jährliche Zuwachsprozent der Bevölkerung gegeben, so muß dieses auch für den ganzen Fortschritt der Wirtschaft maßgebend sein, und man kann von einem bestimmten für die betreffende Wirtschaft charakteristischen Fortschrittsprozent sprechen."[2])

Gegenüber der statischen Wirtschaft hat also die gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft nicht nur die Aufgaben der Herstellung eines gleichbleibenden Quantums von Genußgütern und der Aufrechterhaltung des Realkapitals, sondern sie muß dieses um einen bestimmten Prozentsatz vergrößern und gleichzeitig die Genußgüterversorgung in demselben Prozentsatz erweitern. Diese Erweiterung wird ermöglicht durch das Sparen, welches nach Cassel in der

[1]) Cassel, a. a. O., Seite 28.
[2]) a. a. O., Seite 29.

Beschränkung der Bedürfnisbefriedigung besteht und einem Opfer gleichkommt. Es werden nämlich nicht alle verfügbaren Kräfte in der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft zur Herstellung von Genußgütern verwendet, was eine reichlichere Versorgung bedeuten würde; es werden auch nicht die Arbeitszeit oder die Arbeitsleistung herabgesetzt, sondern ein gewisser Prozentsatz aller Produktivkräfte arbeitet an der dauernden Vermehrung des Realkapitals. Cassel nennt dies Kapitalbildung im konkreten Sinne. Das Sparen ist nach ihm nicht ein Verzicht auf den Konsum fertiger Güter, sondern es besteht darin, daß von vornherein ein Teil der Produktivkräfte zur Vergrößerung des Realkapitals bereitgestellt wird. Den so produzierten Zuwachs an Realkapital faßt Cassel als einen Teil des volkswirtschaftlichen Realeinkommens auf, das also in der fortschreitenden Wirtschaft nicht nur aus Konsumgütern, sondern aus der „Summe des dem Verbrauch dienenden Realeinkommens und der Vermehrung des Realkapitals in der betreffenden Periode“ [1]) besteht. Das Realeinkommen besteht also aus zwei Posten, aus Genußgütern, d. h. der Menge der Dienste und materiellen Güter, und der konkreten Kapitalbildung. Beide Teile für sich wachsen nach Cassel in der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft ebenso wie das Realeinkommen insgesamt mit dem allgemeinen Fortschrittsprozent. Wenn aber das Realeinkommen wächst, so heißt das, daß entweder die Preise sinken oder bei konstanten Preisen auch das Nominaleinkommen wachsen muß. An diesem Punkte läßt sich am besten die Anwendbarkeit der Casselschen Formulierung der Quantitätstheorie auf die gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft feststellen. Cassel stellt zwar selbst diesen Zusammenhang nicht her. Er will ja für das dynamische Geldproblem auf einen theoretischen Beweis verzichten und sich auf den praktischen Beweis beschränken. Aber für die Durchführbarkeit seines praktischen Beweises muß er annehmen, daß die von ihm konstruierte gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft wenigstens auf lange Sicht der Wirklichkeit entspricht. Das geht auch aus mehrfachen dahingehenden Ausführungen von ihm hervor.[2])

Wir wollen hier zum besseren Verständnis des praktischen Beweises die Verbindung zwischen der statischen und dynamischen Formulierung Cassels herstellen. Wir stellten fest, daß bei konstanten Preisen ein Wachsen des Realeinkommens ein gleichzeitiges Wachsen des Nominal-

[1]) a. a. O., Seite 33.
[2]) Vergl. Cassel, a. a. O., Seite 30 und 51 f

einkommens bedingt. Nach der Schumpeterschen Formel, die Geldmenge mal Umlaufsgeschwindigkeit dem Nominaleinkommen gleichsetzt, kann man daraus ohne weiteres den Schluß ziehen, daß entweder die Umlaufsgeschwindigkeit steigen oder bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit die Geldmenge vermehrt werden muß. Aber auch für die Casselsche Formel MV = TP kann man diesen Schluß in gleicher Weise ziehen, obwohl die Größen der Gleichung andere sind. Auf die Verschiedenheiten in der Definition von M und U kommt es in diesem Zusammenhang nicht an. Der Unterschied liegt darin, daß Schumpeter das Realeinkommen, Cassel dagegen den Realumsatz (T) zum Geldvolumen in Beziehung setzt. Will man die Casselsche Formel sinngemäß anwenden, so muß man voraussetzen, daß ein Wachsen des Realeinkommens ein Wachsen des Realumsatzes in gleichem Verhältnis bedingt. Das ist nach Cassels Ausführungen auch ohne weiteres anzunehmen. Da er den Fortschritt nur in quantitativem Sinne auffaßt, wobei die Produktions- und Handelsmethoden unverändert bleiben, wächst der Realumsatz nur, wenn das Realeinkommen wächst und nur in demselben Maße. Daher kann man die Formel MV = TP sehr gut auf die gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft anwenden. Sie sagt dann folgendes aus: wenn das Preisniveau konstant bleibt und der Realumsatz wächst, muß MV in demselben Verhältnis wachsen. Wie wir im statischen Teil gesehen haben, bedeutet M die gesamte Weltgoldmenge, V deren Umlaufsgeschwindigkeit. Wenn man nun V, wie es Cassel wenigstens für längere Perioden tut, als konstant annimmt, dann muß, um die Stabilität des Preisniveaus aufrechtzuerhalten, der gesamte Goldvorrat in demselben Maße wachsen wie der Realumsatz. Da dieser im gleichen Verhältnis zunimmt wie das Realeinkommen und dieses wieder wie die konkrete Kapitalbildung, so muß der Goldvorrat mit dem gleichen Fortschrittsprozent wachsen wie das Realkapital. Geschieht das nicht, muß das Preisniveau sich ändern. Der Zuwachs an Realkapital, also die konkrete Kapitalbildung, kann nach Cassel in der Geldwirtschaft „unter Voraussetzung konstanter Preise" durch den Zuwachs an abstraktem Kapital gemessen werden.[1]) Ein gleichmäßiger Fortschritt der Wirtschaft ist danach daran zu erkennen, „wenn dieses Gesamtkapital jährlich um einen bestimmten und unveränderlichen Prozentsatz wächst."[2]) Bezeichnet man mit Cassel diesen mit p und das Gesamtkapital mit K,

[1]) a. a. O., Seite 51.
[2]) a. a. O., Seite 51.

so beträgt der jährliche Zuwachs $\frac{p}{100}$ K. Das ist zugleich ein Teil, und wie Cassel für die fortschreitende Wirtschaft annimmt, ein konstant bleibender Bruchteil des Gesamteinkommens. Diese Quote bezeichnet er mit $\frac{1}{s}$ und nennt sie den „Spargrad". Ist das Einkommen = E, so wird also jährlich $\frac{E}{s}$ gespart. Damit hat Cassel die konkrete Kapitalbildung auf zweierlei Art ausgedrückt und kann dafür die Gleichung aufstellen: $\frac{E}{s} = \frac{p}{100}$ K. Das Einkommen E ist also gleich $\frac{sp}{100}$ K. Daraus muß man schließen, daß in der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft „das Einkommen in unverändertem Verhältnis zum Gesamtkapital steht und daß das Einkommen mit demselben Prozentsatz wie das Kapital wächst". [1]) Hier macht Cassel den Schritt von der Abstraktion zur Wirklichkeit, indem er an seine Ausführungen die Behauptung anschließt: „annähernd ist wohl dieser Satz für jede Wirtschaft, wenn man längere Perioden betrachtet, richtig." [2]) Die Zeiten, in denen man Verschiedenheiten im Wachstumstempo feststellen kann, sind nach ihm Uebergangsperioden. Das praktische Ergebnis dieser Schlußfolgerungen sieht er darin, daß sie einen Anhaltspunkt bei der Beurteilung und Aufstellung statistischer Berechnungen abgeben. Kennt man z. B. das Fortschrittsprozent und den Spargrad, so kann man das Einkommen berechnen, indem man das Kapital mit dem Produkt des Fortschrittsprozents und des reziproken Wertes des Spargrades multipliziert. Für Schweden stimmt nach Cassel das praktische Beispiel. Das Fortschrittsprozent ist mit 3,18 % berechnet, den Spargrad muß man $^1/_5$ annehmen.

$$\text{Dann ist: } E = \frac{3}{100} K \cdot 5 = \frac{3 \cdot 5}{100} K = \frac{15}{100} K.$$

Also beträgt das Einkommen 15 % des Gesamtkapitals, was durch die ermittelten Zahlen für Volksvermögen und Volkseinkommen bewiesen werden kann. Eine Voraussetzung muß allerdings zutreffen, daß nämlich der Spargrad $^1/_5$ beträgt. Die wichtigste Zahl ist jedoch das Fortschrittsprozent 3,18. Für Deutschland vor dem Kriege gilt etwa dieselbe Zahl, und für die westeuropäische Welt nimmt Cassel ein Fortschrittsprozent von etwa 3 als normal an. Welche Bedeutung dieser Zahl zukommt, ersieht man am besten aus der Gleichung MV = TP. Wir haben gesehen, daß T ebenfalls mit dem Fortschrittsprozent steigen muß. Soll also P konstant bleiben, so muß — V als kon-

[1]) a. a. O., Seite 51.
[2]) a. a. O., Seite 51.

stant vorausgesetzt — M — das ist die Weltgoldmenge — ebenfalls um 3 % steigen, wenn ein unverändertes Preisniveau möglich sein soll. Das ist auch das Resultat, zu dem Cassel bei dem Versuch, die Quantitätstheorie empirisch zu beweisen, gelangt.

Damit glauben wir, die Verbindungslinie vom statischen zum dynamischen Geldproblem für die Casselsche Formulierung der Quantitätstheorie gezogen zu haben, und können uns nun seinem praktischen Beweis zuwenden.

Einen theoretischen Beweis hält Cassel aus dem Grunde für undurchführbar, weil infolge der Geldvermehrung Nebenwirkungen in Erscheinung treten, die eine Preissteigerung durchkreuzen und niemals quantitativ erfaßt werden können. Wolle man bei einem empirischen Beweis diese Nebenwirkungen ausschalten, so sei es notwendig, die Untersuchung auf einen möglichst langen Zeitraum auszudehnen. Dabei müsse man folgenden Weg gehen. Man muß zuerst für eine bestimmte Periode die Schwankungen des Preisniveaus feststellen und dann nach den Ursachen dieses Schwankens suchen. Um Beziehungen zwischen Preisniveau und Geldmenge festzustellen, muß man auf die gesamte Goldmenge zurückgehen und dann die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus mit der Entwicklung der gesamten Goldmenge vergleichen. Diesen Weg schlägt Cassel auch ein.

Zunächst stellt er durch Vereinigung der Jevonsschen und Sauerbeckschen Indexziffern, deren Berechnungsmethoden wir hier nicht zu untersuchen haben, die Kurve des allgemeinen Preisniveaus für die Jahre von 1800—1910 fest. Dabei ergibt sich, daß das Preisniveau des Jahres 1850 mit dem von 1910 fast genau übereinstimmt. Diese Punkte nimmt Cassel als Normalniveau und bezeichnet es mit 100, sodaß die Kurve die Abweichungen des Preisniveaus vom Normalniveau in Prozenten desselben anzeigt. Danach berechnet er die Kurve für die faktische Goldmenge der Welt ebenfalls für die Jahre 1800—1910, wobei er wieder das Jahr 1850 zum Ausgangspunkt nimmt. Nach Abzug des normalen jährlichen Verlustes ergibt sich in den Jahren 1850—1910 eine Zunahme des Goldvorrates von 10 auf 52 Milliarden. Diese Steigerung entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs von rund 2,8 % jährlich. Um die Beziehung zwischen Goldvorrat und Preisniveau herzustellen, muß man nach Cassel zunächst daran denken, daß die wirtschaftliche Entwicklung ein Wachsen der Goldmenge verlangt und man zuerst feststellen muß, wieviel an Zuwachs sie verlangt. Da es sich nun sehr glücklich trifft,

daß das Preisniveau der Jahre 1850 und 1910 gleich ist, so darf man wohl annehmen, daß die Goldmenge zwischen diesen beiden Jahren genug gestiegen ist, um das Preisniveau von 1850 und 1910 auf derselben Höhe zu erhalten. Wäre die Goldmenge gleichmäßig gewachsen — nämlich jährlich um 2,8% —, so könnte man Veränderungen des Preisniveaus, vorausgesetzt es wären solche da, nicht auf Veränderungen der Goldmenge zurückführen. Eine solche gleichmäßige Steigerung nennt Cassel eine normale, und die Goldmenge, die unter dieser Voraussetzung in dieser Periode zu jedem beliebigen Zeitpunkt vorhanden gewesen wäre, bezeichnet er als normale Goldmenge. Ihre Bewegung wird von ihm in derselben Art wie die beiden anderen Kurven dargestellt. Die Veränderungen des Preisniveaus kann man somit aus der Abweichung der faktischen von der normalen Goldmenge erklären. Um diese Abweichungen direkt mit der Entwicklung des Preisniveaus vergleichen zu können, stellt Cassel die Quote zwischen der faktischen und der normalen Goldmenge, die relative Goldmenge, gleichfalls in einer Kurve dar. Dann stellt er diese Kurve und die des allgemeinen Preisniveaus auf einem besonderen Diagramm zusammen. und es zeigt sich, daß die Schwankungen beider in großen Zügen gleichmäßig verlaufen. Daraus schließt Cassel, „das die Quantitätstheorie insofern richtig ist, als das allgemeine Preisniveau der relativen Goldmenge direkt proportional ist.“ [1])

Sehen wir uns zur Kontrolle die Größen der Gleichung MV = TP noch einmal an, so finden wir, daß alle Größen außer V quantitativ erfaßt sind. Die Entwicklung von P zeigen die Indexziffern, T wächst nach den theoretischen Ausführungen über die gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft jährlich um 3%; außerdem bringt Cassel die Ziffer für das prozentuale Wachsen des Realumsatzes in England, das man als Durchschnitt für die ganze Welt nehmen könne; sie ist 3,05%. Der Goldvorat wächst durchschnittlich mit 2,8%; rechnet man den jährlichen Goldverbrauch mit 0,2% hinzu, so muß jährlich 3% des Goldvorrats produziert werden, um das allgemeine Preisniveau stabil zu erhalten. Dabei ist immer eine Voraussetzung im Auge zu halten, nämlich, daß V konstant bleibt. Hier liegt der schwache Punkt in Cassels Beweisführung, auf den später noch eingegangen werden muß.

[1]) a. a. O., Seite 428.

7. Kapitel.

Die Theorie der rhythmischen Expansion.

Außer den „sekulären" Schwankungen, die mit der Kurve der relativen Goldmenge übereinstimmen, zeigt die von Cassel berechnete Kurve des Preisniveaus noch andere Veränderungen, die jährlichen Variationen, die nach Cassel „überhaupt keinen Zusammenhang mit der Goldversorgung haben."[1]) Ihre Ursachen sind seiner Ansicht nach auf der Güterseite zu suchen und zwar in den Konjunkturbewegungen. In diesen „Uebergangsperioden" wachsen Realkapital und Realeinkommen stärker als der gleichbleibenden Zuwachsrate entspräche, aber die Zahlungsmittelversorgung paßt sich dem ohne Verstärkung der Goldversorgung an, sodaß eine nach der Quantitätstheorie zu erwartende Preissenkung in das Gegenteil verkehrt wird.[2])

Im Gegensatz zu dieser Auffassung führt Fisher die Preisschwankungen in den Uebergangsperioden auf monetäre Ursachen zurück. Nach ihm vollzieht sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht gleichmäßig, sondern in einem gewissen Rhythmus, der sich in einem dauernden Wechsel zwischen Aufschwung und Depression zeigt.

Auch Cassel kennt diesen Rhythmus der jährlichen Schwankungen, aber er sucht ihren Antrieb nicht wie Fisher in den Veränderungen des Geldvolumens. Für Fisher dagegen, der in diesen monetären Veränderungen die Ursache der Konjunkturschwankungen sucht, muß die Quantitätstheorie durch diese Schwankungen nicht nur nicht aufgehoben, sondern geradezu bestätigt werden. Es ist deshalb zu fragen, wie sich Fisher die Wirkung einer Geldmengenveränderung in den Uebergangsperioden vorstellt. Diese werden nach ihm charakterisiert durch ein Steigen oder Fallen der Preise; das Preisniveau wird vom stabilen in ein labiles Gleichgewicht verschoben. Die Ursache für die Störung des Gleichgewichtszustandes sieht Fisher, obwohl er zugibt, daß auch die anderen Faktoren der Verkehrsgleichung dazu beitragen können, doch in der Hauptsache in der Veränderung der Quantität des Geldes. Das dadurch hervorgerufene Steigen oder Fallen der Preise bringt er in Beziehung zum Zinsfuß. Bei einer Preissteigerung von

[1]) a. a. O., Seite 428.
[2]) Vergl. Cassel, a. a. O., Seite 448.

3% müßte der Darlehnsgeber bei einem Zinsfuß von 5%, um wirklich 5% Zinsen zu erhalten, und den gleichen Betrag geliehener Kaufkraft zurückerstattet zu bekommen, nicht 5%, sondern 8% Zinsen erheben. Geschieht das nicht, so macht der Kreditnehmer einen Gewinn. Umgekehrt erleidet er einen Verlust, wenn die Preise bei gleichbleibendem Zinsfuß fallen. Dieser paßt sich jedoch nach Ansicht Fishers nur sehr langsam dem veränderten Preisniveau an, und daraus erklärt er das Zustandekommen von Prosperitäts- und Depressionsperioden. Er geht von der Zunahme des Goldgeldes aus, die nach der Verkehrsgleichung eine Preissteigerung herbeiführen muß. Steigen alle Preise gleichmäßig, so hat niemand davon einen Vorteil. Da sich jedoch unter den Unkosten des Geschäftsmannes in der Regel ein gewisser Zinsbetrag befindet, so macht er, wenn der Zinsfuß gleich bleibt, einen Gewinn. „Der Gewinn erhöht sich demnach schneller als die Preise.“ [1]) Das veranlaßt den Unternehmer, sein Geschäft auszudehnen; er nimmt zu dem Zwecke Anleihen auf und zwar meistens kurzfristige Anleihen bei den Banken. Dadurch entstehen, wie Fisher bereits festgestellt hat, Depositen, d. h. G' vergrößert sich. Nach der Verkehrsgleichung muß aber die Vergrößerung von G' eine weitere Steigerung des Preisniveaus zur Folge haben. Ist der Zinsfuß noch nicht nachgekommen, so erhöht sich nochmals der Gewinn der Unternehmer. Infolgedessen bemühen sie sich, ihr Geschäft noch weiter auszudehnen und zwar wieder mit Hilfe von kurzfristigen Darlehen. Die Nachfrage nach diesen wird vielleicht den Zins nominell erhöhen. Die Preissteigerung eilt aber dieser Erhöhung immer voraus, sodaß immer noch ein Gewinn lockt und zu weiteren Darlehen ermutigt. Die Gelegenheit, sie zu erhalten, wird ihnen durch die Banken bereitwillig gegeben, da der nominell erhöhte Zinsfuß auch diesen einen höheren Gewinn vortäuscht und sie zur Ausdehnung ihrer Kredite veranlaßt. Die ebenfalls gestiegenen Preise für Effektenbestände bilden die Unterlage der Kreditgeschäfte. Die Folge ist ein weiteres Steigen des Depositenumlaufs und damit wieder ein Steigen der Preise. Für diesen Verlauf stellt Fisher folgende Stufen fest:[2])

1. Die Preise steigen (Ursache: Goldvermehrung).
2. Die Zinsrate nimmt zu, aber nicht genug.
3. Die durch großen Gewinn ermutigten Unternehmer erweitern ihre Anleihen.

---

[1]) Fisher, a. a. O., Seite 47.
[2]) Fisher, a. a. O., Seite 48.

4. Der Depositenumlauf (G') vermehrt sich im Verhältnis zum Gelde (G).
5. Die Preissteigerung dauert fort, d. h. das Phänomen Nr. 1 wiederholt sich. Dann wiederholt sich Nr. 2 usw.

Die Bewegung der Preise nach oben dauert nach Fishers Ansicht solange, „wie der Zinsfuß hinter seiner normalen Ziffer zurückbleibt." Die für die vierte Stufe angenommene Vermehrung von G' im Verhältnis zu G ist so zu verstehen, daß G' nicht nur in demselben, sondern in einem höheren Verhältnisse zunimmt. Fisher erklärt das folgendermaßen. Würden die Depositen in demselben Verhältnis wie G wachsen, so würden unter der Voraussetzung, daß U und H konstant bleiben, die Preise in eben demselben Verhältnis steigen. Es müßten also Anleihen in gleicher Höhe gemacht werden, „nur um dieselben Güter wie vorher kaufen zu können." [1]) Da aber die Unternehmer wegen des Zurückbleibens des Zinses einen Gewinn machen können, haben sie das Bestreben, darüber hinaus noch Anleihen zur Ausdehnung ihres Unternehmens aufzunehmen. So kommt es, daß G' noch mehr wächst und das normale Verhältnis zwischen G und G' — darunter versteht Fisher, wie wir im ersten Teil gesehen haben, ein proportionales Wachsen — in den Uebergangsperioden gestört wird. Aber auch die anderen Größen der Verkehrsgleichung, Handelsvolumen und Umlaufsgeschwindigkeit, bleiben nicht unbeeinflußt. Die Anpassung der Preise an die vermehrte Geldmenge erfolgt nicht sofort, sondern geht nur langsam vor sich. Infolgedessen reizt die Geldausgabe bei gleichen oder nur leicht gestiegenen Preisen zum Kaufen, und dadurch wird der Güterumsatz wenn auch nicht beliebig, so doch in gewissem Umfange vergrößert. Einer unbegrenzten Vermehrung von H stehen technische und physische Hindernisse, die in Produktionsumfang und Methoden, sowie in dem quantitativ und qualitativ begrenzten Arbeitsfaktor begründet sind, entgegen. In normalen Zeiten wirkt sich auf diese Größe der Gleichung die Geldvermehrung in vollem Umfange aus, nur in Uebergangsperioden hält Fisher eine gewisse Zunahme oder auch Abnahme von H für möglich. Als Grund für die Zunahme von U und U' führt er die Tatsache an, daß jeder sich beeilt, „eine Ware loszuwerden, welche wie eine reife Frucht vor unseren Augen verdirbt." [2]) Das bedeutet — in einer modernen Wendung — Flucht in die Sachwerte. Die Folge davon ist eine weitere Preissteigerung. Die durch

[1]) a. a. O., Seite 49.
[2]) a. a. O., Seite 51.

eine Vermehrung von G hervorgerufenen Veränderungen der G' und U verschärfen die in den fünf Stufen geschilderte Preisbewegung, und es beginnt die Reihe solange immer wieder von vorne, bis der Zins die nötige Höhe erreicht hat. Dann tritt die Krise ein. Sie wird dadurch hervorgerufen, daß die Banken den Zinsfuß über einen der Preissteigerung entsprechenden Prozentsatz hinaus erhöhen. Das übernormale Wachstum von G' wird dadurch gedrosselt und womöglich sogar auf ein unternormales Verhältnis zur Menge G herabgedrückt. Die Banken werden zu diesen Maßnahmen gezwungen, um die Kredithergabe nicht über den durch ihre Reserven bestimmten Umfang hinaus ausdehnen zu müssen. Das Verhältnis zwischen Depositen und Barreserven ist, wie wir im ersten Teil der Arbeit gesehen haben, durch die gesetzlichen Deckungsvorschriften und durch Liquiditätserwägungen gegeben. Der hohe Zinssatz schränkt die Nachfrage nach Darlehen und damit das Wachsen von G' ein. Die Beschränkung der Geldmenge muß gemäß der Quantitätstheorie den Beginn einer Preissenkung auslösen, die sich selbst durch ihre Folgen verschärft. Denn mit dieser Preissenkung verändern sich zugleich die Unterlagen für die Darlehen in ihrem Werte, weil durch den steigenden Zinsfuß die Kurse vieler als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere herabgedrückt werden, sodaß sie keine genügende Sicherheit mehr bieten und die Kündigung der auf ihnen basierten Kredite erfolgt. Das muß eine Verminderung der Depositen, d. h. von G', zur Folge haben. Die Kündigung von Darlehen bedeutet für die Unternehmer, die auf Verlängerung der Darlehensverträge angewiesen sind, Zahlungsschwierigkeiten, womöglich Bankerott. Erhalten die Banken ihre Kredite nicht zurück, so geraten sie selbst in die Gefahr der Illiquidität. Derartige Ereignisse oder auch nur die Furcht vor ihnen bringt in vielen Fällen dem Publikum die Meinung bei, daß sein Geld bei den Banken nicht mehr „sicher" sei. Es verlangt die Auszahlung seiner Guthaben, und es entsteht im schlimmsten Falle geradezu ein Sturm auf die Banken. Dadurch werden diesen in großem Umfange Bargeldmengen entzogen, die für die als Darlehen ausgegebenen Depositen als Reserve dienen. Die Banken müssen infolgedessen die Kredithergabe noch mehr beschränken, indem sie nochmals den Zinsfuß erhöhen. Diese Aufwärtsbewegung des Zinsfußes wird noch verstärkt durch die Bereitwilligkeit der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Unternehmer, jeden Preis für Kredit zu bezahlen, um ihren Konkurs zu vermeiden. Da Kredit kaum gewährt werden kann, bleibt

trotzdem der Zusammenbruch vieler Unternehmungen nicht aus. Dadurch geht die Nachfrage nach Darlehen zurück, und der Zins hat seinen Höhepunkt erreicht. Nun setzt eine langsame Abwärtsbewegung ein. Aber wie im Aufstieg der Zinsfuß hinter den steigenden Preisen zurückblieb, so folgt er jetzt nur ganz allmählich den fallenden. Da die Unternehmer bei sinkenden Preisen keinen Gewinn zu erwarten haben, so schränken sie trotz des erniedrigten Zinssatzes die Anleihen ein. Das führt zu einer Verringerung von G' und damit zu einer weiteren Preissenkung, sodaß der Zinsfuß immer noch nicht niedrig genug ist. Diese Erscheinung faßt Fisher analog der Aufwärtsbewegung in fünf Stufen:

1. Die Preise fallen.
2. Der Zinsfuß nimmt ab, aber nicht genug.
3. Die durch geringen Gewinn entmutigten kreditsuchenden Unternehmer schränken ihre Anleihen ein.
4. Die Depositenumlaufsmittel (G') vermindern sich im Verhältnis zum Gelde (G).
5. Das Fallen der Preise dauert fort, d. h. Phänomen Nr. 1 wiederholt sich. Dann wiederholt sich Nr. 2 usw. [1])

Wie beim Anstieg, so werden auch jetzt die Größen U, U' und H der Verkehrsgleichung in Mitleidenschaft gezogen. U und U' nehmen stark ab, weil nach Fisher die Leute bei fallenden Preisen große Zurückhaltung beim Kaufen üben und das Geld festhalten. Für die Verringerung von H führt er drei Gründe an:

1. den Unternehmern fehlt die Initiative für den Handel.
2. die Ausgaben werden eingeschränkt.
3. Der Mangel an Geld zwingt zum Uebergang zum Tauschhandel.

Um den letzten Grund zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß Fisher in H nur die gegen G und G' ausgetauschten Güterquantitäten erfassen will. Die verlangsamte Umlaufsgeschwindigkeit und die Abnahme von G und G' — letztere gehen auch hier in höherem Maße zurück als G — beschleunigen das Absinken der Preise, und die Stufenfolge beginnt wieder bei Nr. 1. Die Preissenkung setzt sich solange fort, bis sie vom Zinssatz überholt wird. Dann schlägt die Preisbewegung nach unten wieder in das Gegenteil um. Der jetzt wirklich niedrige Zins ermutigt die Unternehmer zur Aufnahme von Anleihen, G' wird ver-

[1]) a. a. O., Seite 55.

mehrt, die Preise steigen und der Kreislauf beginnt in der geschilderten Weise von neuem. Diese Auf- und Abwärtsbewegung bildet nach Fisher „einen geschlossenen Kreditzyklus“[1]). Er vergleicht ihn mit den Hin- und Herbewegungen eines Pendels, das, obwohl es immer zur Ruhelage strebt, doch immer wieder durch irgend ein Ereignis in Schwingungen versetzt wird. Die Ursachen für die Störung des Gleichgewichts können verschieden sein. Die häufigste und bedeutendste aber erblickt Fisher in der Vermehrung der Geldmenge. Bringe man die dadurch hervorgerufene Preissteigerung in Verbindung mit der mangelhaften Anpassung des Zinsfußes, so könne man daraus vollkommen die Störungen des Gleichgewichts in den Uebergangsperioden, d. h. die Krisen, erklären. Das Verhältnis der einzelnen Größen der Verkehrsgleichung wird dadurch zwar gestört. Aber wie das Pendel zur Ruhelage, so streben die einzelnen Faktoren zu dem in der Verkehrsgleichung gegebenen Gleichgewicht. Da nun aber, wie Fisher selbst feststellen muß, „die Uebergangsperioden die Regel und diejenigen des Gleichgewichts die Ausnahme sind“,[2]) so könnte man vielleicht zunächst daraus schließen, daß die Quantitätstheorie, wie sie von Fisher formuliert ist, für die von ihm zur Erfassung der Wirklichkeit konstruierte rhythmische Wirtschaftsbewegung nicht zu verwenden ist. Das stimmt auch, genau so wie ein Uhrpendel in Wirklichkeit sich ja niemals in Ruhelage befindet. Dieser Ruhelage des Pendels entspricht die Fishersche Formulierung der Quantitätstheorie. Nun kennen wir in Wirklichkeit den Ruhepunkt nicht. Wir sehen nur, daß das Pendel nach zwei Seiten fortdauernd mehr oder weniger weit ausschlägt, d. h. daß Preissteigerung und Preissenkung miteinander abwechseln. Die treibende Kraft dieser Ausschläge ist der „Zinslag“, d. h. die Spanne, die der Zins hinter der Preissteigerung bzw. Preissenkung zurückbleibt und die Ausdehnung bzw. Schrumpfung des Geschäftsumfangs verursacht. Während dieser Pendelbewegung, die der Fisherschen Uebergangsperiode entspricht, ist die Gültigkeit der Quantitätstheorie aufgehoben, weil nämlich G und G' nicht in proportionalem Verhältnis zu einander wachsen oder abnehmen und die Umlaufsgeschwindigkeit nicht konstant bleibt. Die abweichenden Bewegungen von G' und U werden verursacht durch den Zinslag, der im Aufstieg ein schnelleres Wachsen von G' im Verhältnis zu G und eine zunehmende Umlaufsgeschwindigkeit, im Abstieg dagegen ein schnelleres Zurück-

[1]) a. a. O., Seite 57.
[2]) a. a. O., Seite 57.

gehen von G' im Verhältnis zu G und eine abnehmende Umlaufsgeschwindigkeit bewirkt. Die Bewegungen von G' und U sind also in der aufsteigenden und abfallenden Periode genau entgegengesetzt. Demnach müssen sich für die ganze Dauer der Auf- und Abbewegung die Abweichungen aufheben.

Diese Ueberlegung gibt uns die Möglichkeit, die Gültigkeit der Quantitätstheorie für die Wirklichkeit trotz der Abweichungen zu demonstrieren. Zwar kann man nicht ein paar beliebige Punkte der Pendelbewegungen vergleichen, sondern man muß den Durchschnitt durch die ganze Bewegung nehmen. Berechnet man nämlich für die Periode des Auf- und Abstiegs die durchschnittliche Vermehrung bzw. Abnahme von G' und U, dann muß sich die Konstanz von U und ein proportionales Verhältnis von G und G' ergeben. Dies war die Voraussetzung für die Gültigkeit der Fisherschen Formulierung der Quantitätstheorie. Trifft also diese Voraussetzung zu, und wie wir sehen ist das für den Durchschnitt durch die Pendelbewegungen der Fall, so darf man wohl behaupten, daß die Quantitätstheorie für den Durchschnitt der von Fisher konstruierten rhythmischen Wirtschaftsbewegungen Geltung hat.

Aber auch nur für den Durchschnitt ist das Quantitätstheorem unmittelbar anwendbar. Um die Abweichungen vom Durchschnitt zu begründen, muß Fisher das Prinzip des Zinslag zur Erklärung heranziehen. Dieses in Verbindung mit der Quantitätstheorie ermöglicht es ihm, die wirklichen Vorgänge in der wirklichen Wirtschaft mit der für die statische Wirtschaft aufgestellten Formulierung in Einklang zu bringen. Daraus muß man schließen, daß die Quantitätstheorie allein zwar zur Erklärung der dynamischen Wirtschaft für Fisher nicht ausreicht, daß sie aber zur Erforschung der Dynamik für ihn unentbehrlich ist, da sie ihm erst die Basis gibt, auf der er die Theorie des Zinslag aufbauen kann. Diese hat nämlich erst dann einen Sinn, wenn die Gültigkeit der Quantitätstheorie zur Voraussetzung gemacht wird. Mit Hilfe dieser beiden Theorien gelingt es Fisher, einen Wirtschaftstyp zu konstruieren, der die Vorgänge der Wirklichkeit wiedergeben soll. Die Quantitätstheorie gilt also unmittelbar für den Durchschnitt und mittelbar für die Tatsachen, aus denen der Durchschnitt berechnet ist, wenn die von Fisher konstruierte rhythmische Wirtschaftsbewegung der Wirklichkeit entspricht. Das setzt voraus, daß der Rhythmus, wie die Zinslagtheorie annimmt, aus einander entgegengesetzten gleichstarken Bewegungen des Aufstiegs und Abstiegs, der Preissteigerung und Preissenkung, besteht.

Diese Voraussetzung läßt sich aber der Wirklichkeit gegenüber nicht aufrecht erhalten. Es ist zwar ein gewisser Rhythmus der wirtschaftlichen Entwicklung festzustellen, aber die Bewegungen sind keineswegs gleichmäßig und somit aus der Zinslagtheorie nicht zu erklären. Nach dieser Theorie in Verbindung mit der Quantitätstheorie müßte eo ipso jede Geldvermehrung eine verstärkte Unternehmertätigkeit und damit den Rhythmus der Wirtschaftsbewegung auslösen, sodaß das Problem der Konjunktur dadurch restlos geklärt wäre.

Es wäre also die Frage aufzuwerfen, ob eine Geldvermehrung in der Tat die Unternehmer zu einer Ausdehnung ihrer Tätigkeit veranlaßt und zwar zu einer solchen Verstärkung ihrer Tätigkeit, die jeweils dem Grade der stattfindenden anfänglichen Vermehrung von G proportional ist. Ein auf diese Weise und in diesem Maße ausgelöster Konjunkturanstieg würde allein jenen in seinen Ausschlägen nach oben und unten gleichmäßigen Rhythmus des Wirtschaftsprozesses ergeben, der — wie gezeigt — Fishers Anwendung des Quantitätstheorems auf die Wirklichkeit gestattete. Solcher Annahme aber steht die Ansicht Schumpeters diametral entgegen, der die Behauptung aufstellt, daß nicht die Geldvermehrung die Ursache der verstärkten Unternehmertätigkeit sei, sondern umgekehrt die verstärkte Unternehmertätigkeit die Ursache für eine Geldvermehrung abgebe. Die wirtschaftliche Entwicklung würde von den Ideen und dem Tatendrang der Unternehmer bestimmt und gehe daher in keinem gleichmäßigen Rhythmus, sondern „ruckweise“[1]) vor sich. Deshalb dürfte es wohl berechtigt sein, die dynamische Geldtheorie Schumpeters, mit der wir uns im nächsten Kapitel zu befassen haben, eine Theorie der explosiven Expansion zu nennen.

[1]) Schumpeter, Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens, in „Archiv für Sozialw. und Sozialpolitik, 39. Bd., Seite 8. Weiterhin zitiert als „Wellenbewegung“. Ohne diese Angabe ist beim Zitieren Schumpeters immer „das Sozialprodukt“ gemeint.

8. Kapitel.

Die Theorie der explosiven Expansion.

Wir hatten am Schluß des vorhergehenden Kapitels den Gegensatz in der Auffassung Fishers und Schumpeters in der Frage zusammengefaßt, ob die Geldvermehrung Ursache oder Wirkung einer verstärkten Unternehmertätigkeit sei. Um diese Frage zu klären, unterzieht Schumpeter die wichtigsten Fälle einer Geldvermehrung einer kritischen Betrachtung. Er unterscheidet dabei einmal nach der Art des Geldes, das vermehrt wird, und zweitens nach dem Orte, an dem die Geldvermehrung eintritt. Nach der Art des Geldes gibt es drei typische Fälle: die Vermehrung des vollwertigen Metallgeldes, des staatlichen Papiergeldes und des Bankgeldes. Nach dem Ort des Auftretens der neuen Geldmengen kann man nur zwei Verwendungsmöglichkeiten feststellen, auf dem Markte der Genußgüter oder auf dem der Produktivgüter. Auf jenem wird sich zur Hauptsache die Vermehrung des staatlichen Papiergeldes, auf diesem die Vermehrung des Bankgeldes auswirken. Die vermehrte Metallgeldmenge kann auf beiden Märkten Verwendung finden je nach dem Gebrauch, den die Produzenten von dem Erlös aus der Goldproduktion machen. Sie können entweder das neu gewonnene Gold zum Ankauf von Genußgütern verwenden oder, wenn sie mehr produzieren, als sie für ihren Lebensunterhalt gebrauchen, es bei den Banken deponieren. Bei der konsumtiven Verwendung der neu produzierten Metallgeldmenge werden dieselben Wirkungen ausgelöst wie bei der Vermehrung des staatlichen Papiergeldes; bei Ablieferung des Goldes bei den Banken dagegen verhält es sich analog der Bankgeldvermehrung. Die Ablieferung an sich ist bedeutungslos; es ist gleichgültig, ob die Goldproduzenten das Gold selbst oder die dafür eingetauschten Bankzahlungsmittel für ihren Genußgüterbedarf ausgeben. Erst dann, wenn das bei den Banken eingelieferte Gold zu Krediterweiterungen, d. h. zur Vermehrung des Bankgeldes benutzt wird, tritt eine andere Wirkung ein. Es ist keineswegs unbedingt notwendig, daß eine Vermehrung des Goldvorrats bei den Banken eine Vermehrung des Bankgeldes zur Folge haben muß, d. h. im Sinne Fishers, daß eine Vergrößerung von G eo ipso die Zunahme von G' bedeutet. Die Goldvermehrung bietet dazu zwar die Möglichkeit, ob aber diese Möglichkeit ausgenutzt wird, hängt, wie wir später sehen werden, von

anderen Faktoren ab. Das kann man sehr gut mit einem Beispiel aus der Gegenwart[1]) belegen. Der hohe Goldvorrat der amerikanischen oder französischen Zentralbank würde z. B. nach den Deckungsvorschriften eine erhebliche Ausdehnung des Bankgeldvolumens zulassen. Der Diskontsatz ist sehr niedrig. Trotzdem erfolgt diese Ausdehnung nicht, woraus man schließen kann, daß keineswegs ein notwendiger Zusammenhang besteht. Es sind auch für die Benutzung des Goldgeldes zur Krediterweiterung dieselben Bestimmungsgründe maßgebend wie beim Bankgelde, da es wohl richtiger ist, im Gold eine Bremse der Kreditmaschine als ihren Heizstoff zu sehen. Wir können daher die Wirkungen der Vermehrung des Goldgeldes je nach der Verwendung entweder mit der Vermehrung des staatlichen Papiergeldes oder des Bankgeldes gleichsetzen, um damit zwei Haupttypen sowohl nach ihrer Entstehung als nach ihrer Verwendung einander gegenüberstellen zu können. Auch Schumpeters Kasuistik über die Wirkungen der Goldvermehrung läuft im Resultat auf diese beiden Typen hinaus, wie sie von der Wirkungsart von Bankgeld und staatlichem Papiergeld in reinster Form dargestellt werden.

Bei der konsumtiven Verwendung des neuen Goldgeldes und der Vermehrung des staatlichen Papiergeldes, das fast ausnahmsweise zu demselben Zwecke ausgegeben wird, sind nur geringfügige Unterschiede festzustellen. Lassen sich die Goldproduzenten aus dem gewonnenen Gold Münzen prägen und geben sie diese für Genußgüter aus, so bedeutet das eine Vermehrung der Einkommensumme, der auf der Güterseite keine Vergrößerung des Sozialprodukts entspricht. Es muß daher das Preisniveau steigen und der reale Gegenwert der einzelnen Einkommenseinheit ein geringerer werden. Alle Wirtschaftssubjekte, deren Nominaleinkommen nicht gestiegen sind, erhalten einen geringeren Anteil vom Sozialprodukt als vorher. Die Differenz erhalten die Produzenten des neuen Goldgeldes. Die Preissteigerung der Genußgüter bewirkt ein Steigen des Geldeinkommens der Verkäufer und ihrer Lieferanten. Benutzen diese ebenfalls das vermehrte Einkommen zum Ankauf von Genußgütern, so muß eine weitere Preissteigerung eintreten. Diese erstreckt sich nach und nach über die ganze Volkswirtschaft. Da das Realeinkommen nicht gewachsen ist, müssen notwendig alle diejenigen, deren Nominaleinkommen unverändert geblieben ist, — das sind in erster Linie Festbesoldete und Besitzer festverzinslicher For-

[1]) Oktober 1931

derungen — ihren Güterkonsum einschränken. Das ist aber nicht die einzige Folge. Es wird auch im ganzen mehr konsumiert als vor der Geldvermehrung. Die Vorgänge, die dazu führen, kann man schematisch etwa folgendermaßen aneinanderreihen. Die Vermehrung der Geldmenge veranlaßt zunächst größere Nachfrage nach Genußgütern. Das führt zu einem Ausverkauf der Läger des Einzelhandels. Dieser macht größere Bestellungen beim Großhandel, der sie an die Produzenten weitergibt. Diese treiben durch verstärkte Nachfrage die Grundstoffpreise in die Höhe. Sie haben größere Gestehungskosten, verlangen deswegen höhere Preise, und so wandert die Preiserhöhung über den Großhandel bis zum Einzelhandel. Dadurch erst wirkt die Preissteigerung komprimierend auf das Realeinkommen der Festbesoldeten. In der Zwischenzeit wird durch die Räumung der Läger bei alten Preisen tatsächlich der Konsum größer. Das wiederholt sich bei jeder neuen Geldvermehrung. Die Produktion stellt sich mehr und mehr auf Genußgüter ein, und die Vermehrung des Realkapitals in altem Maße unterbleibt. So ist Schumpeters Behauptung verständlich, daß eine Geldvermehrung zu konsumtiven Zwecken einer volkswirtschaftlichen Verschwendung gleichkommt. Das ist in besonders hohem Maße bei der Vermehrung des staatlichen Papiergeldes der Fall, die meistens durch einen übergroßen Staatsbedarf, z. B. im Kriege, veranlaßt wird. Im Prinzip unterscheiden sich die beiden Fälle nicht voneinander. Die Vermehrung der „Papierzettel" wirkt genau so wie die Vermehrung der Goldmünzen. Nur ist bei dieser ein Uebergreifen der Preissteigerung auf andere Volkswirtschaften leichter möglich, während die Papiergeldmenge nur innerhalb des ausgebenden Staates wirkt. Die durch die Geldvermehrung hervorgerufene Preissteigerung bedeutet eine Erschwerung der Ausfuhr und eine Steigerung der Einfuhr. Das hat eine Passivität der Handelsbilanz zur Folge, die durch Goldexport ausgeglichen werden muß. Infolgedessen muß eine Goldgeldvermehrung schließlich das Preisniveau aller Länder erhöhen, wenn nicht die Zoll- oder Währungspolitik der einzelnen Staaten, wie wir es in der Gegenwart beobachten können, dieser Auswirkung entgegenarbeitet. Bei der Vermehrung des staatlichen Papiergeldes wird es zunächst gleichfalls zu einer Einfuhrsteigerung kommen und zwar solange, bis das in der Volkswirtschaft vorhandene Gold abgeströmt ist. In dem Augenblick werden ungünstige Wechselkurse sich einstellen, die ein Zurückgehen der Einfuhr veranlassen. Aber trotz der „günstigeren" Handelsbilanz werden die ungünstigen

Wechselkurse bestehen bleiben. Darin liegt aber nach Schumpeter kein wesentlicher Unterschied gegenüber einer Goldgeldvermehrung. Wenn das Abströmen des Goldes unmöglich gemacht würde, müßte eine Vermehrung der Goldmünzen genau so wie die Vermehrung der Papierzettel den Wechselkurs ungünstig beeinflussen. Die wahre Parität ist nach Schumpeter „das Verhältnis der Kaufkraft der Geldeinheiten verschiedener Staaten“ [1]) und nicht das Verhältnis der Feingehalte der Münzen. Dieses ist „nur ein zwar praktisches, aber nicht wesentliches Mittel, um den Geschäftsmann jenes Kaufkraftverhältnis auf einen Blick erkennen zu lassen.“ [2]) Prinzipiell wirkt also die Vermehrung des staatlichen Papiergeldes nicht anders als die des Goldgeldes, wenn es zu konsumtiven Zwecken Verwendung findet. Die Summe der Anweisungen auf das Realeinkommen wird vergrößert, während dieses unverändert bleibt. Dadurch muß der Wert der einzelnen Geldeinheit sinken. Das Realeinkommen aller Wirtschaftssubjekte, die von dem neuen Papiergeld nichts oder nur wenig erhalten, wird „komprimiert“, und die dadurch freiwerdenden Genußgüter bzw. Produktivkräfte werden in den Dienst des Staates oder derjenigen Leute gestellt, denen der Staat die Papiergeldsumme gibt.[3]) Das heißt, was der Staat auf diese Weise für seinen Bedarf vom Realeinkommen an sich zieht, müssen notwendig die Einzelwirtschaften weniger erhalten. Ein Ausgleich durch vermehrte Produktion erfolgt nicht, die Geldsummen strömen nicht zurück. Die Preise müssen dauernd steigen und zwar so lange, wie die Vermehrung der Papierzettel fortgesetzt wird. In diesem Zusammenhang weist Schumpeter mit Recht darauf hin, daß sich die Finanzierung der Staatsausgaben durch Papiergeldemissionen meistens zu einer „Schraube ohne Ende“ entwickelt. Die Preise steigen, infolgedessen steigt der Geldbedarf des Staates. Daraus wird eine weitere vergrößerte Notenemission notwendig, die wieder zu einer Preissteigerung Anlaß gibt. Da sich dabei auf der Güterseite nichts ändert, muß sich die ganze Wirkung der Geldvermehrung auf die Preise erstrecken.

Nach der Schumpeterschen Formulierung der Umlaufsgeschwindigkeit wird eine Veränderung derselben kaum erfolgen. Sie wäre nur dadurch zu erklären, daß die nunmehr kaufkräftigeren Wirtschaftssubjekte einen wesentlich anderen Geschmack hätten und durch die dadurch bedingte

[1]) a. a. O., Seite 695.
[2]) a. a. O., Seite 695.
[3]) a. a. O., Seite 694.

Nachfrage nach anderen Gütern eine Umstellung der Produktion veranlassen würden. Das wird nach Schumpeters Ansicht „im allgemeinen nicht zutreffen“,[1]) sodaß man für die konsumtive Verwendung des neuen Geldes die Gültigkeit der Quantitätstheorie wohl annehmen darf in dem Sinne, daß die Preissteigerung proportional mit der Geldvermehrung erfolgt.

Eine Proportionalität zwischen Geldvermehrung und Preisniveau kann aber nur dann festgestellt werden, wenn die neu hinzutretenden Geldmengen nicht dazu benutzt werden, den Produktionsapparat und damit die Güterseite wesentlich zu verändern. Das tritt nach Schumpeter dann ein, wenn das neue Geld produktiv verwendet wird. In diesem Falle wirkt die Vermehrung des Goldgeldes, wie bereits im Anfang des Kapitels festgestellt wurde, analog derjenigen des Bankgeldes, weshalb wir sie in ihrer Entstehung und Auswirkung zusammen betrachten wollen. Sind die Goldproduzenten gewillt, das neu gewonnene Gold der produktiven Verwendung zuzuführen, so bestehen für sie drei Möglichkeiten. Erstens können sie selbst Produktivmittel dafür kaufen, um eine Fabrik zu betreiben. Dieser Fall wird kaum zu beobachten sein. Zweitens können sie es anderen Personen, die es in diesem Sinne verwenden wollen, als Darlehen zur Verfügung stellen und drittens können sie es bei einer Bank zinsbringend anlegen, von wo es ebenfalls der produktiven Verwendung zugeleitet wird. Der Unterschied gegenüber der konsumtiven Verwendung zeigt sich nun darin, daß die Besitzer der vermehrten Geldmenge ihre Nachfrage auf Produktivgüter richten, und daher die Preissteigerung zuerst hier einsetzt. Erst durch die erhöhten Löhne der Arbeiter, nach denen stärkere Nachfrage entsteht, greift sie auch auf den Genußgütermarkt über. Das Realeinkommen derjenigen Wirtschaftssubjekte, deren Nominaleinkommen nicht erhöht worden ist, wird auch jetzt „komprimiert“, nur mit dem Unterschiede, daß die freigewordenen Anteile nicht konsumiert, sondern von den Unternehmern zur Produktion, d. h. zur Verbesserung oder Vergrößerung des Produktionsapparates, benutzt werden. Dadurch werden jene Leute gegen ihren Willen zum Sparen gezwungen. Dieses erzwungene Sparen ist nach Schumpeters Ansicht „ein wesentliches Stück des kapitalistischen Mechanismus; es macht die Geldvermehrung zu einem Treibriemen der wirtschaftlichen Entwicklung.“[2]) In diesem Falle bewirkt sie im

[1]) a. a. O., Seite 687 (Anmerkung).
[2]) a. a. O., Seite 691.

Gegensatz zur konsumtiven Verwendung eine Mehrproduktion, die nicht allein die Preissteigerung wieder abbaut, sondern sogar das Preisniveau unter den früheren Stand senken müßte, wenn nicht die durch die Zunahme des Goldgeldes ermöglichte Ausdehnung des Bankgeldes es verhindern würde. In diesem Zusammenhang entwickelt Schumpeter eine Gedankenfolge, die derjenigen Fishers außerordentlich ähnlich ist. Das Angebot neuen Geldes sowohl seitens der Goldproduzenten als auch im verstärkten Maße seitens der Banken muß den Diskontsatz senken; der dadurch zustande kommende Zinslag ruft dieselben Wirkungen hervor, wie sie bereits Fisher beschrieben hat. Die Ausdehnung der Unternehmertätigkeit nimmt solange zu, bis die Banken wegen Erschöpfung ihrer Mittel den Zinssatz so hoch setzen, daß er den Realzinsfuß überschreitet. Dann tritt der Preisfall ein. Schumpeter verwahrt sich aber ausdrücklich dagegen, mit der Feststellung dieses Tatsachenablaufs eine Erklärung der Krisen zu geben, wie es Fisher tut. Seiner Ansicht nach ist die Geldvermehrung nicht das verursachende Moment einer Wirtschaftsexpansion, sondern sie gibt den Unternehmern nur eine erhöhte Möglichkeit, ihre dahingehenden Pläne zu verwirklichen. Es müssen also zuerst Wirtschaftssubjekte vorhanden sein, die gewillt sind, sich der vermehrten Geldmenge zu diesem Zwecke zu bedienen. Dies wird besonders deutlich bei der Untersuchung über die Entstehung neuen Bankgeldes, das nach Schumpeter eigens dazu geschaffen wird, um den Unternehmern den Ankauf der Produktionsmittel für die von ihnen geplante Ausdehnung oder Umstellung der Produktion zu ermöglichen.

Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der Bankingtheorie, die behauptet, daß eine Vermehrung des Bankgeldes nur als Folge einer Warenvermehrung anzusehen sei und keine selbständige preissteigernde Wirkung ausüben könne. Schumpeter interpretiert die Theorie dahin, daß man von einer Anpassung des Bankgeldes an die Waren*mengen*, nicht an die Waren*preise* sprechen müsse, da das Bankgeld nach der Bankingtheorie mit der Ware entstehe und nach dem Fullartonschen Rückströmungsprinzip mit ihrem Uebergang an den Konsumenten verschwinde. Die Bankingtheorie könne daher nicht als Einwand gegen die Quantitätstheorie dienen, müsse vielmehr als deren Bestätigung angesehen werden. Denn ohne eine mit der Warenvermehrung gleichzeitig erfolgte Geldvermehrung würden eben die Preise sinken, was ja die Quantitätstheorie behauptet. Die Bankingtheorie würde also nach Schumpeter aussagen,

daß der Warenstrom den Geldstrom indiziert.[1]) Er faßt den Gedankengang der Bankingtheorie in folgende drei Sätze: 1. Der Anstoß zur Bankgeldvermehrung geht von der Kreditnachfrage aus. 2. Deshalb können dem Verkehr nicht beliebig Bankgeldsummen von den Banken aufgenötigt werden. 3. Mithin können von der Menge des Bankgeldes nie selbständige Wirkungen ausgehen.[2]) In dem letzten Satze sieht er die Kernfrage des Problems. Um sie zu entscheiden, muß er prüfen, ob in der Tat die nur der geschäftlichen Nachfrage folgende – also nur produktiv verwendete – Bankgeldvermehrung sich nur der Warenmengenveränderung anpaßt, also nicht preissteigernd wirken kann. Demgegenüber weist Schumpeter auf die Wirklichkeit hin, wo man abwechselnde Bewegungen der Preissteigerung und Preissenkung beobachten kann. Die Ursache kann nur die Veränderung der Bankgeldmenge sein. Diese muß also, so folgert Schumpeter, vor der Warenvermehrung erfolgt sein. Die Begründung dafür bietet seine Theorie über das Zustandekommen des wirtschaftlichen Aufstiegs. Nach dieser sind nämlich die Unternehmer die treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung.[3]) Sie treten mit Kreditanforderungen an die Banken heran und diese stellen ihnen die Geldmittel zur Verwirklichung ihrer Pläne zur Verfügung. Das bedeutet eine Vermehrung der Anweisungen auf den Gütervorrat, ohne daß dieser vergrößert ist. Die Preise der Produktivgüter steigen. Ihre Besitzer erhalten ein höheres Einkommen, und damit greift die Preissteigerung auf die Genußgüter über. Das Realeinkommen aller Wirtschaftssubjekte, die nicht an der Nominaleinkommenssteigerung beteiligt sind, wird komprimiert zugunsten der Unternehmer. Zur Befriedigung von deren Nachfrage erfolgt eine verstärkte Produktion von Produktivgütern. Die Anstiegsbewegung hört erst dann auf, wenn die Pläne der Unternehmer durchgeführt sind und die mit verbessertem oder vergrößertem Produktionsapparat produzierten Genußgüter, deren Quantum nunmehr gewachsen ist, auf den Markt kommen. Erst dann setzt der Preisfall ein und zwar wiederum aus Gründen, die in der Geldmengenveränderung liegen. Die Unternehmer stellen nicht nur mit der Vollendung ihrer Pläne die Nachfrage nach Bankzahlungsmittel ein, sondern sie zahlen auch aus dem Erlös der produzierten Waren ihre Bankkredite zurück und verringern so das Geldvolumen. Diese Verringerung des Geldvolumens

[1]) a. a. O., Seite 701.
[2]) a. a. O., Seite 701.
[3]) Wellenbewegung, Seite 14.

muß auf die Dauer sogar größer sein als die frühere Aufblähung, da die Unternehmer die Investitionssummen plus Zinsbeträgen und — wenn ihre Pläne gelingen — plus Gewinnen aus der Zirkulation zurückziehen. Obendrein aber müßte, selbst wenn das Geldvolumen, d. h. M · U, sich nicht verkleinern würde, aus dem Grunde eine Preissenkung eintreten, weil innerhalb der Produktensumme eine Vermehrung der Warenmengen nur durch eine Herabsetzung der Preise ausgeglichen werden kann, mit anderen Worten, weil bei Beibehaltung des erhöhten Preisniveaus die mehr produzierten Waren einfach nicht gekauft werden könnten. Hier liegt der eigentliche Grund der Depression. Der Preisfall ist also nach Schumpeter nur zu erklären „aus der neuerlichen Ungleichzeitigkeit des Geld- und Warenstromes.“ [1]) Die Depression ist nach ihm die notwendige Folge des vorhergegangenen Aufstiegs. In ihr vollzieht sich die Ausgleichung der durch die Wirtschaftsveränderung gegebenen neuen Daten, die nach einem neuen Gleichgewicht streben. Sowohl im Anstieg als auch im Abstieg gehen von der Veränderung der Bankgeldmenge selbständige Wirkungen auf die Preise aus. Eine automatische Anpassung der Bankgeld- an die Warenmenge erfolgt nicht, vielmehr sind die Unternehmer in der Lage, durch ihre Kreditaufnahme Geldsummen der Wirtschaft zuzuführen ohne gleichzeitige Vergrößerung der Warenmenge. Diese Geldsummen bestehen zwar aus Bankgeld, aber die Banken sind zu ihrer Ausgabe nur bei Aktivität von Unternehmern in der Lage. Von diesen hängt es ab, ob sie für ihre wirtschaftlichen Projekte größere Geldmengen beanspruchen. Natürlich spielt auch die Höhe des Zinssatzes für die Unternehmer eine Rolle. Je größer die Abweichung des Nominalzinssatzes vom Realzins, desto höher ist für sie der zu erwartende Gewinn. Der Zinslag ist jedoch nicht der Antrieb für die Unternehmertätigkeit, wie es Fisher annimmt, sondern der Diskontsatz kann eher als Bremse gegen übermäßige Kreditansprüche angesehen werden. Ein niedriger Diskontsatz wird die Unternehmer zwar geneigter für Inangriffnahme neuer Projekte machen; falls sie sich aber von den neuen Plänen nicht genug versprechen oder falls sie gar keine haben, wird ein niedriger Diskont sie auch nicht antreiben, ebenso wenig, wie sie ein hoher zurückhalten würde, wenn die geplante Produktionsverbesserung wirklich hohe Gewinne erwarten läßt. Aus dieser Auffassung Schumpeters, daß die Initiative der Unternehmer

[1]) a. a. O., Seite 705.

die treibende Kraft der Aufschwungsperiode ist, ergibt sich die für seine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung wesentliche Folgerung, daß zwar Aufstiegsperioden und als deren notwendige Folge Depressionsperioden einander abwechseln, daß aber diese Bewegungen keineswegs in dem gleichmäßigen Rhythmus vor sich gehen, den Fischer mit Hilfe der Zinslagtheorie konstruiert. Weder nach ihrer Dauer, noch nach ihrer Intensität sind die Perioden gleich stark. Diese Erkenntnis ist von großer Wichtigkeit, wenn man die Anwendbarkeit der Quantitätstheorie auf den von Schumpeter konstruierten Typ der explosiven Wirtschaftsexpansion prüfen will. Im Gegensatz zu dem von Fisher angenommenen gleichmäßigen rhythmischen Wirtschaftstyp kann man hier mit einem Durchschnitt durch die einzelnen Perioden nicht zum Ziele kommen. Die einzigen Ruhepunkte der Schumpeterschen Wirtschaftsbewegung sind die tiefsten Punkte der Depression. Hier kommt die Wirtschaft einem statischen Gleichgewichtszustande am nächsten. Deswegen bieten diese Punkte die einzige Vergleichsmöglichkeit. Nach der unter Eliminierung aller zufälligen störenden Momente konsequent durchgeführten dynamischen Geldtheorie Schumpeters müßte das Preisniveau einer jeden Depression tiefer liegen als das der vorhergehenden, da ja die nur zum Zwecke der Wirtschaftsexpansion geschaffenen Bankgeldmengen von den Unternehmern der Wirtschaft wieder entzogen sind und einem vermehrten Güterquantum kein vermehrtes Geldquantum gegenüber steht. In den Fällen, wo trotzdem ein höheres Preisniveau zu beobachten ist, kann man im Sinne der Quantitätstheorie schließen, daß dieses auf eine Vermehrung von $M \cdot U$ zurückzuführen ist.

Fassen wir nun das Ergebnis der kritischen Darstellung der drei zur Erfassung der Wirklichkeit konstruierten Wirtschaftstypen zusammen, so müssen wir folgendes feststellen: Die Gültigkeit der Casselschen Theorie war an die Voraussetzung geknüpft, daß V — das bedeutet bei ihm die Ausnützung des Goldvorrats zu Zahlungsleistungen — konstant bleibt, d. h. daß das Verhältnis zwischem dem Gold und dem darauf aufgebauten Kreditgelde sich nicht ändert. Die Beobachtung der Wirklichkeit beweist, daß das nicht der Fall ist. Durch die Einführung der sog. goldsparenden Einrichtungen ist V weit größer geworden. Hat doch Fisher schon für einen Zeitraum von 14 Jahren eine Zunahme des Verhältnisses von G zu G' — das bedeutet nach Cassel Vergrößerung von V – von 3,1 auf 4,1 berechnet. Wenn Cassel für seinen praktischen Beweis die Zunahme von V berücksichtigt hätte, würde er nicht eine erforderliche Steigerung der Goldproduktion von 3%, sondern ein entsprechend niedrigeres Zuwachsprozent als Resultat erhalten haben. Dann stimmt diese Zahl mit dem für die gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft errechneten Fortschrittsprozent nicht mehr überein. Man kann auch umgekehrt argumentieren: wenn V tatsächlich konstant geblieben wäre, würde ein Zuwachs von 3% des Goldvorrats bei weitem nicht genügt haben, das Preisniveau stabil zu halten. Gerade für lange Perioden kann man ein unverändertes V nicht annehmen. Viel wahrscheinlicher ist schon die Annahme Fishers von der Proportionalität von G und G' für kürzere Perioden. Sie findet immerhin in der tatsächlichen Geldverfassung eine Stütze, weil in der Tat die Banken infolge der Deckungsvorschriften und aus Liquiditätserwägungen G' nicht über ein bestimmtes Verhältnis zu G hinaus ausdehnen können. Aber dieses Deckungsverhältnis bildet nur die äußerste Grenze. Das Gold wirkt, um Schumpeters Ausdruck zu gebrauchen, als Bremse an der Kreditmaschine. Auf keinen Fall veranlaßt die Vermehrung von G automatisch eine Vermehrung von G', sondern die Vermehrung erfolgt nur dann, wenn die Unternehmer größeren Kredit beanspruchen. Damit entfällt die Voraussetzung für die von Fisher konstruierte rhythmische Wirtschaftsbewegung. Sie kann, wie wir bereits festgestellt haben, nur dann zustandekommen, wenn die durch Vermehrung von G hervorgerufene Preissteigerung in Verbindung mit dem Zinslag die Unter-

nehmertätigkeit auslöst. Das ist, wie Schumpeter unserer Ansicht nach mit stichhaltigen Gründen bewiesen hat, nicht der Fall. Wir können also nicht umhin, den unregelmäßigen explosiven Wirtschaftstyp Schumpeters als den der Wirklichkeit am meisten entsprechenden anzusehen.

Wir haben bereits festgestellt, welche Konsequenz für die Anwendbarkeit der Quantitätstheorie wir daraus zu ziehen haben. Prüfen wir nun, inwieweit die im ersten Teil zusammengestellten Einwände gegen die Quantitätstheorie, auch gegen diesen neuen Typ aufrechterhalten werden können. Der erste Einwand, daß bei einer Geldvermehrung das neue Geld nur soweit in den Verkehr kommt, als ein Bedarf dafür vorliegt, ist nur bedingt richtig. Wenn man ihn im Sinne der Bankingtheorie so auffaßt, daß die Geldvermehrung nur mit der Warenvermehrung gleichzeitig erfolgen könne, so trifft das nicht zu. Schumpeter behauptet mit Recht, daß die Ausgabe von Bankgeld vor der Warenvermehrung die Regel ist und daß das neue Geld das Preisniveau selbsttätig beeinflußt. Auch wenn der Staat seinen Bedarf mit der Schaffung von Staatspapiergeld oder durch Vermittlung der Zentralbank durch vermehrte Notenausgabe deckt, muß das neue Geld in den Verkehr kommen und das Preisniveau hochtreiben. Nur für den Fall der produktiven Verwendung kann man sagen, daß die Banken nicht von sich aus neue Geldmengen dem Verkehr aufnötigen können, sondern die Initiative der Unternehmer abwarten müssen. Damit haben wir schon das Problem des zweiten Einwandes erreicht, der den Unterschied zwischen der produktiven und konsumtiven Verwendung hervorhebt und daraus die Gleichmäßigkeit der Geldvermehrung und Preissteigerung bestreitet. Dieser Unterschied ist von Schumpeter in der klarsten Weise herausgearbeitet, und wir können seine Ansicht wohl als richtig annehmen, daß nämlich für den Fall einer rein konsumtiven Verwendung des neuen Geldes, die eine Veränderung des Produktionsapparates nicht hervorruft, ein mit der Geldvermehrung proportionales Steigen des Preisniveaus erfolgen muß. Natürlich wird eine ausschließlich konsumtive Verwendung in der Praxis kaum vorkommen, sondern es wird immer ein Teil des neuen Geldes zu produktiven Zwecken verwendet werden und damit die Proportionalität stören. Damit kommen wir zum dritten Einwand, daß das neue Geld durch Belebung der Produktion eine Gütervermehrung auslösen und somit der Preissteigerung entgegenwirken könne. Wir haben mit Schumpeter gesehen, daß die ausschließlich produktive Verwendung des neuen Geldes

nicht nur die Preissteigerung aufheben, sondern in der Endwirkung sogar das Preisniveau senken wird. Gerade für diesen Zeitpunkt würde dann wieder die Quantitätstheorie gelten. Bei einer ausschließlich zu produktiven Zwecken erfolgten Geldvermehrung zeigt es sich nämlich, wie aus der Darstellung Schumpeters hervorgeht, daß die Wirtschaft die für die Umstellung und Ausdehnung des Produktionsapparates erforderlichen neuen Geldmengen in Form von Bankkrediten in sich hinein saugt und nach Durchführung der Projekte als zurückgezahlte Kredite wieder abstößt, sodaß als Endresultat am Ende der Depressionsperiode die gleiche Geldmenge wie zu Beginn des Aufstiegs vorhanden ist. Sie kann sogar kleiner geworden sein, da nicht nur die entliehenen Geldmengen, sondern auch Zinsen, eventuell auch noch Gewinne aus der Wirtschaft herausgezogen werden. Wir können also als Endresultat folgendes feststellen: M ist gleich geblieben, eventuell kleiner geworden, U ist ebenfalls gleichgeblieben, eventuell durch Umstellung der Produktion unerheblich verändert, das Sozialprodukt ist infolge gesteigerter Produktion gewachsen. Das Preisniveau ist gesunken. Wenn wir diese Ergebnisse in die Schumpetersche Gleichung einsetzen, so beweisen sie die Richtigkeit der Quantitätstheorie. M und U sind unverändert, das Sozialprodukt ist größer geworden. Also hat, wenn das Preisniveau gesunken ist, die Quantitätstheorie auch für den von Schumpeter konstruierten Typ der explosiven Wirtschaftsexpansion recht behalten. Allerdings ist insofern ein Unterschied gegenüber der in der Literatur allgemein vertretenen Formulierung zu verzeichnen, als man dort gewöhnlich mit einer gleichbleibenden Warenmenge und einer veränderten Geldmenge operiert, während in der Wirklichkeit der ungestört sich entwickelnden Wirtschaft die Geldmenge die Konstante, und die Warenmenge die Veränderliche ist. In beiden Fällen, sowohl bei der Inflation, die den üblichen Voraussetzungen der Quantitätstheorie ungefähr entspricht, als auch in den Perioden ungestörter Entwicklung der Wirtschaft aus sich selbst zeigt sich also das Preisniveau als die abhängige Größe, die sich den Vorgängen in der Geldsphäre anpaßt und zwar in einer Weise, wie es die Formel der Quantitätstheorie verlangt.

Zusammenfassung.

Nachdem festgestellt worden ist, in welchen Formen die Quantitätstheorie zu neuem Leben erweckt worden ist, erscheint es zweckmäßig, sich die in der Problemstellung angeführten Gründe für die Wiederbelebung noch einmal zu vergegenwärtigen, um zu prüfen, ob sie ihren Zweck erfüllt hat.

Wir stellten zwei Ursachen fest, von denen die erste aus theoretischen, die zweite aus praktischen Erwägungen hervorgeht. Mit dem Auftreten der nominalistischen Geldtheorie entfällt der Erklärungsgrund für den Geldwert, soweit er in einer Eigenschaft des Geldes selbst gegeben ist. Der Geldwert kann nur noch als Reflexwert zwischen Geld und Waren aufgefaßt werden. Diese Erkenntnis muß zur Quantitätstheorie führen. Wir haben gesehen, wie von den drei als typische Beispiele dargestellten Theorien der Anschluß über die Auffassung vom Wesen des Geldes an die Quantitätstheorie vollzogen wurde. Der Begriff Geldwert wird identifiziert mit dem Begriff Kaufkraft des Geldes. Der so gefaßte Geldwert läßt sich, wie festgestellt wurde, sehr gut aus der Quantitätstheorie erklären und kann nur auf diese Weise erklärt werden: allerdings nur mit der Einschränkung ceteris paribus, die die dynamische Wirkung einer Geldvermehrung ausschließt. Hier kann man eine wesentliche Verschiebung des Problems der Quantitätstheorie gegenüber ihrer ursprünglichen Auffassung konstatieren. Ursprünglich wurde sie unmittelbar zur Erklärung von allgemeinen Preisschwankungen aufgestellt ohne ceteris paribus, während sie faktisch jetzt in erster Linie angewendet wird zur Erklärung des statischen Geldproblems, d. h. zur Bestimmung des Begriffs Kaufkraft des Geldes mit ceteris paribus, oder mit anderen Worten mit der Konstruktion einer statischen Wirtschaft.

Es ist jedoch ein großer Fortschritt bei den neuen Quantitätstheorien insofern zu verzeichnen, als sie sich nicht mit der Einschränkung einer konstruierten statischen Wirtschaft begnügen, sondern auch das dynamische Geldproblem von der Konstruktion einer statischen Wirtschaft ausgehend behandeln. Das ermöglichen sie, wie wir gesehen haben, durch die Zwischenschaltung bestimmter

Wirtschaftstypen, die zur schrittweisen Annäherung an die Wirklichkeit konstruiert werden. Es wird die Geltung der Quantitätstheorie nicht mehr gegenüber jeder allgemeinen Preisbewegung beansprucht, sondern nur für bestimmte Fälle der Wirtschaftsbewegung, und zwar von Cassel für einen konstruierten gleichmäßigen Fortschritt, von Fisher für den Trend der Entwicklung, d. h. für den Durchschnitt der Preisbewegungen, nicht für diese Schwankungen selbst, und von Schumpeter für bestimmte Ausschnitte aus den Preisbewegungen, nämlich jeweils nur für die Depressionsstadien der Konjunkturzyklen.

Wenn auch die Gültigkeit der quantitätstheoretischen Formel immer noch an gewisse Voraussetzungen geknüpft ist, so sind diese aber im Vergleich zu der Einschränkung ceteris paribus von weit geringerer Bedeutung. Mit „ceteris paribus" kann man der wirklichen Wirtschaft gegenüber nichts anfangen; es heißt nämlich, wie Spiethoff mit Recht behauptet, etwas annehmen, was es in Wirklichkeit nicht gibt. Die zur Erfassung der Wirklichkeit konstruierten Wirtschaffstypen haben dagegen den Vorzug, daß sie ziemlich nahe an die Wirklichkeit herankommen. Das zeigt sich auch besonders darin, daß viele neuere Quantitätstheoretiker ihre theoretischen Ausführungen durch einen praktischen Beweis erhärten. In welcher Art die Formel der Quantitätstheorie in der Praxis zu verwenden ist, haben Cassel und Fisher gezeigt. Schumpeter führt keinen praktischen Beweis, aber er gibt einen Weg an, auf dem man zur praktischen Anwendung seiner Formulierung gelangen könnte. Da die zirkulierende Geldmenge multipliziert mit ihrer Umlaufsgeschwindigkeit von Schumpeter der Einkommensumme gleichgesetzt wird, wäre es sehr gut möglich, die Geldseite der Gleichung durch den Ausbau der Einkommensstatistik ziffernmäßig zu erfassen. Bei der Erfassung der Güterseite liegt nach Schumpeter die Schwierigkeit darin, daß sich nicht allein die Preise, sondern auch die Mengen der Waren ändern; man müsse, um die Beteiligung rein monetärer Ursachen an der Steigerung der Produktensumme festzustellen, den Einfluß der Warenmengenveränderung eliminieren. Einen praktischen Vorschlag dafür bringt Schumpeter nicht. Unseres Erachtens dürfte es wohl möglich sein, mit Hilfe der Umsatzstatistik der Warenhäuser und Konsumvereine nach der repräsentativen Methode einen brauchbaren Index zu konstruieren. Damit ist die Entwicklungslinie, die von der theoretischen Abstraktion der Quantitätstheorie zur praktischen Verwendung führt, gezeigt.

Der zweite Grund für die Wiederbelebung der Quantitätstheorie ging, wie wir sahen, aus praktischen Erwägungen hervor. Man gebraucht die Quantitätstheorie, um die Gefahr, die der Währung entweder von der Goldknappheit oder von der willkürlichen Papiergeldvermehrung her droht, zu demonstrieren. In welchem Maße sie dafür zu verwerten ist, haben wir gesehen. Wenn wir auch die Ansicht Cassels und Fishers über das Verhältnis des sogenannten Kreditgeldes zum Golde nicht teilen können, so müssen wir ihnen aber das Verdienst zuerkennen, daß sie den Zusammenhang zwischen der Goldmenge und den darauf basierenden Zahlungsmitteln klar aufgezeigt haben. Die Bedeutung der konstruierten Zusammenhänge tritt bei der Betrachtung der Gegenwart außerordentlich hervor. Es geht zwar unseres Erachtens nicht an, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, wie es Cassel tut, nur auf monetäre Ursachen zurückzuführen, wir können ihm jedoch darin zustimmen, daß die durch die allgemeine Vertrauenskrise hervorgerufene Verengung der Goldbasis das darauf errichtete Kreditgebäude schwer erschüttern und dadurch die Krise ganz erheblich verschärfen muß.

Bei der Papiergeldverfassung ist die Gefahr einer übermäßigen Geldausgabe mit Hilfe der Quantitätstheorie wirksam demonstriert. Vor allem die zu konsumtiven Zwecken, insbesondere für den Staatsbedarf erfolgte Geldvermehrung ist von Schumpeter in ihrer preissteigernden Wirkung klar herausgestellt. Die zu produktiven Zwecken erfolgte Geldvermehrung kann zwar zu einer Ausdehnung und Verbesserung des Produktionsapparates benutzt werden. Diese kann aber nur durch die Komprimierung der Realeinkommen der Mehrzahl der Wirtschaftssubjekte erreicht werden. Hier liegen die unter Umständen recht bedeutenden Nachteile, die auch diese Art der Geldvermehrung mit sich bringt. Sie kann zwar als Mittel zur Vermehrung des Realkapitals Verwendung finden, sie bedeutet aber nicht eo ipso eine solche, sondern ein Zuwachs an Realkapital kann nur durch das „erzwungene Sparen" zustandekommen. Die sinngemäße Anwendung der Quantitätstheorie hat für die Geld- und Währungspolitik insofern also große Bedeutung, als sie eine nachdrückliche Warnung gegenüber den gerade in der Gegenwart so häufig vertretenen utopischen Geldplänen enthält und die Leistungsmöglichkeiten einer rationellen Geldpolitik aufzeigt. Ein letzter wesentlicher Grund, der die Wiederbelebung der Quantitätstheorie rechtfertigt.

Literatur.

Altmann, S. P., „Zur deutschen Geldlehre des 19. Jahrhunderts“ in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert. Schmoller-Festschrift, 24. Juni 1908. Leipzig 1908.

Altmann, S. P., Artikel: „Quantitätstheorie“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, III. Auflage, Band 6. Jena 1911.

Altmann, S. P., Besprechung von Irv. Fischer: „Die Kauftkraft des Geldes“ in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 57. Band, 1919.

Amonn, A., „Cassels System der theoretischen Nationalökonomie“ in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Band 51.

Bendixen, Friedrich, „Das Wesen des Geldes. 2. Aufl., Leipzig 1919.

Bendixen, Friedrich, Bemerkung zur Geldschöpfungslehre in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 58. Band, 1919.

Böhm-Bawerk, v., Artikel „Wert“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. III. Aufl., Band 8.

Bortkiewitz, L. v., „Die geldtheoretischen und währungspolitischen Konsequenzen des Nominalismus“ im Jahrb. für Gesetzgeb., Verwaltung und Volksw. im deutschen Reiche. 42. Jahrg. 1918.

Budge, Siegfried, „Zur Frage der Bankrate und des Geldwertes“, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolik. 44. Bd., 1917.

Budge, Siegfried, „Vom theoretischen Nominalismus“. Conrads Jahrb. 1919.

Budge, Siegfried, „Waren- oder Anweisungstheorie“ in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 46. Bd., 1918 19.

Breuer, Jacob, „Bemerkungen zur Indexrechnung“, Bank, Heft 12, 1923.

Cassel, Gustav, „Theoretische Sozialökonomie“. Leipzig 1919.

Cassel, Gustav, „Das Geldproblem der Welt“. I. und II. München 1921 und 1922.

Christen, Theodor, „Die Quantitätstheorie des Geldes“. München 1916.

Döring, Herbert, „Die Geldtheorien seit Knapp. Greifswald 1922.

Diehl und Mombert, „Zur Lehre vom Geld“ in Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie. Karlsruhe 1920.

Eggenschwyler, W., „Die Kaufkraft des Geldes, ein Versuch mit untauglichen Mitteln“, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 36. Band, 1913.

Elster, Karl, „Die Seele des Geldes“. Jena 1920.

Elster, Karl, „Wertmesser und Werteinheit“ in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statitik. 117. Bd. 1921.

Federn, W., „Hinauf mit den Bankraten“ in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 43. Bd. 1916/17.

Fisher, Irw., „Die Kaufkraft des Geldes, ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen“. Berlin 1916.

Fisher, Irw., „Der schwankende Geldwert“. Berlin 1924.

Furlan, „Eine neue Begründung der Quantitätstheorie", in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 44. Bd. 1912.

Hahn, Albert, „Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits". Tübingen 1920.

Helferich, „Das Geld". Leipzig 1903.

Heller, W., „Die Entwicklung der Grundprobleme der volkswirtschaftlichen Theorie". Leipzig 1924.

Heyn, Otto, „Neuere Untersuchungen über die Wertstabilität des Geldes" in Zeitschrift für Sozialwissenschaft. 1913.

Heyn, Otto, „Zur Frage der Eliminierung des Wertproblems aus der Geldtheorie" in Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1913.

Kirmayer, Karl, „Die Quantitätstheorie, eine Untersuchung über ursächlichen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Geldwert". Jena 1922.

Keynes, J. M., „Ein Traktat über Währungsreform". München 1924.

Knapp, G., „Staatliche Theorie des Geldes". III. Aufl., Leipzig 1921.

Lahn, J. J. O., „Der Kreislauf des Geldes im Mechanismus des Wirtschaftslebens". Berlin 1923.

Lansburgh, Alfred, „Wie entsteht Geld?" in „die Bank", III und V, 1925.

Lansburgh, Alfred, „Geldschöpfung" in „die Bank", XII, 1923.

Lehfeld, R., „Die Wiederherstellung der Währungen". Stuttgart 1924.

Lexis, „Geldwert und Quantitätstheorie" in Hardens „Zukunft" 18. V. 1895.

Lexis, „Frage des Geldwertes" in Hardens „Zukunft". 2. XI. 1895.

Liefmann, Robert, „Die Kaufkraft des Geldes", Bankarchiv. 15. Jahrgang 1920. Nr. 19 und 20.

Liefmann, Robert, „Geld und Gold". Stuttgart und Berlin, 1916.

Lotz, W., „Die Lehre vom Ursprung des Geldes", Conrads Jahrbücher, 1894.

Meyer, Richard, „Zur Frage des qualitativen Unterschiedes zwischen Banknoten und Giroguthaben" in Bankarchiv, 19. Jahrgang, Nr. 16, 1920.

Marschak, J. „Die Verkehrsgleichung", in Archiv für Sozialw. und Sozialpolitik. 52. Band.

Menger, Karl, Artikel „Geld" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Bd. IV.

Mises, Ludwig, v., „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel". Leipzig 1912.

Mises, Ludwig, v., „Zur Klassifikation der Geldtheorien" in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 44. Bd. 1917.

Mill, J. St., „Grundsätze der politischen Oekonomie" deutsch von A. Soetbeer. Hamburg 1852.

Moll, Bruno, „Geldseite und Warenseite" in „die Bank". 2. Heft, 1920.

Moll, Bruno, „Logik des Geldes". München und Leipzig 1916.

Neisser, H., „Gustav Cassels theoretische Sozialökonomie" in Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reich. 46. Jahrg. 1922.

Neufeld, Hans, „Das Bankgesetz und das Privatnotenbankgesetz". Berlin 1925.

Oppenheimer, Franz, Besprechung von Fisher „Die Kaufkraft des Geldes“, in Weltwirtsch. Archiv, 10. Band, 1917.

Plenge, J., „Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt“, 1913.

Pohle, Ludwig, „Warenpreisstand und Goldvorräte von 1850 bis 1913“. Bankarchiv, 18. Jahrg., Nr. 15, 1919.

Roscher, „Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland“.

Schlesinger, Karl, „Theorie der Geld- und Kredit-Wirtschaft“. München und Leipzig.

Schumpeter, Joseph, „Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige“ in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 44. Bd. 1918.

Schumpeter, Joseph, „Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie“. Leipzig 1911.

Schumpeter, Joseph, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklunng“ Leipzig 1918.

Schumpeter, Joseph, „Kreditkontrolle“ im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 54. Bd.

Schumpeter, Joseph, „Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens“ im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 39.

Spann, Othmar, „Bemerkungen zu Fishers Geldlehre“, in Jahrbücher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reich. 41. Jahrgang. 1917.

Spiethoff, Artur, „Die Quantitätstheorie, insbesondere in ihrer Verwendbarkeit als Haussetheorie“. Festgaben für Adolf Wagner. Leipzig 1905.

Wagemann, Ernst, „Allgemeine Geldlehre“. Berlin 1923.

Wagner, Adolf, „Die Geld- und Kredit-Theorie der Peelschen Bankakte“. Wien 1862.

Wagner, Adolf, „Sozialökonomische Theorie des Geldes und Geldwesens“. Leipzig 1909.

Wieser, Fr. v., „Der Geldwert und seine Veränderungen“ in Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 132.

Wicksell, Knut, „Geldzins und Güterpreise“. Jena 1898.

Wicksell, Knut, „Hinauf mit den Bankraten“ in Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik. Bd. 41. 1916.

Wicksell, Knut, „Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips“ theoretischer Teil. 2. Bd.: „Geld und Kredit“. Jena 1922.

Zwiedineck, O., v., „Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestimmungsgrund“ in Schmollers Jahrbuch. 33. Jahrg. 1909.

Lebenslauf.

Am 27. Januar 1896 wurde ich als Sohn des Gemüsebauers Franz Bakker in Emden in Ostfriesland geboren. Nach Besuch der evangelischen Volksschule und des Wilhelmsgymnasiums zu Emden bestand ich am 8. Juni 1916 das Abiturientenexamen. Am 15. Juni 1916 wurde ich Soldat und nahm vom August 1916 bis November 1918 an der Ost- und Westfront am Kriege teil. Am 11. Januar 1919 wurde ich als Vizewachtmeister und Offizier-Aspirant entlassen.

Vom Herbstzwischensemester 1919 bis zum Sommersemester 1922 studierte ich an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Herbst 1922 mußte ich aus gesundheitlichen Gründen mein Studium unterbrechen. Von 1923 an übernahm ich eine längere informatorische Tätigkeit bei verschiedenen Behörden und Verbänden. Im Wintersemester 1924/25 nahm ich mein Studium in Münster wieder auf und bestand am 9. Februar 1927 die volkswirtschaftliche Diplomprüfung. Nach weiteren zwei Semestern wirtschaftswissenschaftlichem Studiums beschäftigte ich mich neben praktischer Tätigkeit hauptsächlich mit der Anfertigung meiner Dissertation. Am 15. Dezember 1931 bestand ich in Münster das Doktorexamen.